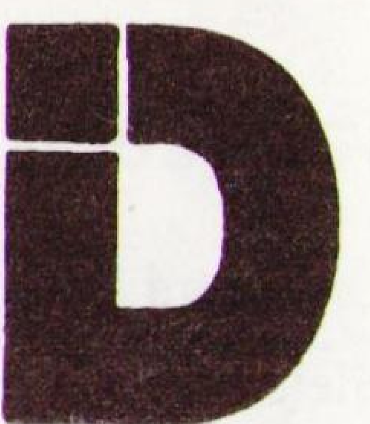
Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 206 3. NOVEMBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr



D 1870 CX

frankfurter informationsdienst
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52
postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTRE

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm fur 12 hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 — 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwörter angeben: „neuabo", „verlangerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser die abonummer.

HAUSMITTEILUNG

Liebe ID Leser und Leserinnen,

wie Ihr vielleicht schon erfahren habt, ist der Druckladen - Hausdruckerei von Informationsdienst, Pflasterstrand und Autonomie - in finanzielle bzw. Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Für dieses Finanzchaos gibt es inzwischen erkannte Ursachen: die Druckerei mußte in relativ kurzer Zeit hohe Investitionen tätigen, um an regelmäßige Aufträge heranzukommen. Nur so konnten wir unsere Reproduktion absichern. Die dadurch entstandene Schuldenlast (Kredite, Zinsen etc. etc.) vergrößerte sich seit einigen Monaten. Der ökonomische Zwang zur vermehrten Produktion ließ uns fast zusammenbrechen - wir wurden krank, hatten keine Lust mehr, die Zeit außerhalb der Druckerei wurde für uns immer kürzer.

Unser Anspruch "alternativ" zu arbeiten (Rotationsprinzip - jeder soll alles lernen, vom Büro über Repro, Montage und Druck) wich zum Teil Arbeitsbedingungen, die zu Zeiten der Betriebsarbeit von uns selber noch kritisiert wurden.

Dieser negativen Entwicklung förderlich waren allerdings nicht nur wir, sondern in vielen Fällen auch unsere Auftraggeber: Druckvorlagen wurden zu spät gebracht, während die Liefertermine unveränderbar waren - Rechnungen wurden monatelang nicht bezahlt.



★ ★

Das soll anders werden

Wir haben im letzten Monat die Druckerei dicht gemacht und in Klausur umfangreiche organisatorische Veränderungen beschlossen.
Die Büroorganisation wird entwirrt, die Kalkulationen den tatsächlichen Betriebskosten angepasst und die Auftragsannahme und -planung durchsichtiger gemacht. Durch eine realistischere Zeitkalkulation für die Produktion (die Anlernzeiten sollen jetzt miteinbezogen werden) und verbindliches Einhalten der Arbeitszeit wollen wir das "Chaos" beseitigen.
Diese Veränderungen können wir aber nur dann realisieren, wenn uns der ökonomische Druck genommen wird. Wir müssen über Spenden Kredite und Zinsen zurückbezahlen, wenn wir nicht schon wieder mit astronomischen Umsätzen produzieren wollen.

Wer unsere Lage versteht und uns auch politisch für wichtig hält, spendet - entweder in Form von Daueraufträgen oder einmaligen Beträgen auf das Konto:

Brigitte Vogel, Frankfurter Sparkasse von 1822,
Kontonummer: 375/012990

PS: Merke: Kein ID ohne Druckladen!

DER VERFASSUNGSSCHUTZ ÜBER DEN ID

BONN
1.Dezember

In der Abteilung ,Sonstige Bekenntnisse' veröffentlicht das Bundesinnenministerium im neuen Verfassungsschutzbericht (für 1976) Erkenntnisse über den ID. Da der Verfassungsschutzbericht eine beliebte Quelle für Journalisten ist, die über den ID zu berichten haben, veröffentlichen wir den Absatz im Wortlaut:

„Der wöchentlich in Frankfurt erscheinende „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID) setzte seine Veröffentlichungen über terroristische Aktionen sowie von Erklärungen und Stellungnahmen terroristischer Gruppen fort. Neben den Äußerungen inhaftierter Terroristen druckte er Bekenntnisse zu Terrorakten ab, berichtete über Gerichtsverfahren gegen terroristische Gewalttäter und schilderte ausführlich ihre angeblich unzumutbaren Haftbedingungen. Breiten Raum gab der ID Spendenaufrufen und anderen Unterstützungsaktionen, mit deren Hilfe Solidaritätskampagnen ausgelöst oder gefördert werden sollten. Er druckte aber z.B. auch eine Erklärung der „Frankfurter Spontis" ab, in der diese den Sprengstoffanschlag der RZ auf das Frankfurter Hauptquartier des 5.US-Korps scharf kritisierten und Terroristen aufforderten, ihren „Todestrip" und ihre „bewaffnete Selbstisolation" aufzugeben (Nr. 129 vom 12.6.1976).

DER WIENER ,KURIER' ÜBER DEN FRANKFURTER ID

FRANKFURT
1.Dezember

Ein ID-Leser aus Wien schickte uns die Ausgabe des ,Kurier' (unabhängige Tageszeitung für Österreich) vom 26.November. Auf der Titelseite wird über Waltraud Book, die in Wien im Knast sitzt, berichtet. Die Story steht im Zusammenhang mit der Verhaftung zweier Leute, die verdächtigt werden, den Millionär Palmers entführt zu haben und die vor ihrer Festnahme Kontakt mit Waltraud Book gehabt haben sollen.
Unter anderem heißt es da:

„Einige Male bekam Book auch den ,ID' (Informationsdienst deutscher ,Isolationsopfer'). Das sind meist auf Büttenpapier gedruckte Elaborate linksradikaler deutscher Häftlinge, die für ihre Zeitschrift einen eigenen Vertriebsapparat aufgezogen haben."

TRAINING FÜR GEWALTFREIE AKTION IM UMWELTSCHUTZ

VLOTHO
21. November

Vom 8. - 16. Dezember findet an der Akademie für Umwelt- und Lebensschutz in Vlotho/Weserbergland ein Trainigsseminar für gewaltfreie Aktionen im Umweltschutz statt.
Es sind besonders Bürgerinitiativen angesprochen, da der Schwerpunkt die direkte Vorbereitung und Einübung von Aktionen sein soll.
Das Seminar ist auf ca. 20 Teilnehmer begrenzt.

Kontaktadresse: Günter Saathoff, Heskemer Str. 2, 3557 Heskem, Tel. 06424/19 63.

NEUE STADTZEITUNG ERSCHIENEN

WETZLAR
29. November

In Wetzlar erscheint seit einiger Zeit die WETZLARER STADTZEITUNG, ein Blatt, das zunächst aus aktuellem Anlaß erschien (Fall Schleyer) und nun wöchentlich erscheint.
Anschrift:

Galerie/Werkstatt am Kornmarkt, Obertorstr. 22-24, 633 Wetzlar

GROSSE ANTIREPRESSIONSDEMO IN FRANKFURT

FRANKFURT
1. Dezember

Die Wehrt-Euch-Initiative (WEI) (GIM, KB, GAD, SAG, Spartakusbund, Unorganisierte) ruft für den 10. Dezember alle Welt zur Demo auf. Zeit und Ort wird noch bekanntgegeben. Es geht der Initiative darum, in einem möglichst breiten Bündnis den Abbau der demokratischen Rechte und die Installierung des Polizeistaates zu verhindern. Sie ruft gerade auch alle Sozialdemokraten und Liberalen auf, die Demo mitzutragen.

DIE HYSTERIE ZIEHT KREISE

HAMBURG
November 77

Schüler einer Hamburger Fachhochschule sollten eine Woche zu Studienzwecken nach England fliegen. Der Flug war gebucht als die Dozenten Muffesausen und nasse Hosen bekamen. "Es gibt so viele Attentate in letzter Zeit, daß wir das Risiko nicht übernehmen können; wenn wir nach England fahren, dann nur mit dem Schiff." Doch noch ist die Geschichte nicht zu Ende. Andere aus der Fachhochschule sollten nach Paris. Mit dem Bus. Hier wurden die Reisen gleich ganz abgesagt. Der Grund: Im Ausland werden zu viele Attentate auf deutsche Busse ausgeübt.

AN ALLE, DIE IN STUTTGART NACH DER BEERDIGUNG REGISTRIERT WURDEN

CLEEBERG
1.Dezember

Vor, während und nach der Beerdigung von Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader sind viele Teilnehmer erkennungsdienstlich behandelt, registriert worden. An sie wendet sich der folgende Aufruf:

„Wir wollen uns jetzt endlich mal zusammensetzen,um zu klären, was man gegen die Registrierung unternehmen kann. Wir dachten im Moment daran, die Löschung zu beantragen. Dies läuft wahrscheinlich erst in einem Verwaltungsgerichtsverfahren. Daneben könnten wir Dienstaufsichtsbeschwerden schreiben. Um alles zu diskutieren, treffen wir uns am **Mittwoch, den 7.12.77 im Häuschen,(Hinterhaus), Kurfürstenstr. 16 in Frankfurt um 18.00 Uhr.**

Kontaktadresse: **Günter Happel, Untere Pforte 18, 6309 Cleeberg, Telefon 06085 / 23 79**

HANDBUCH FÜR KERNENERGIE-GEGNER

BREMEN
30. November

Die **Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen** hat ein Buch herausgebracht, in dem alle Adressen, Namen und Telefonnummern der Kernenergiebetreiber in der BRD gesammelt sind. Weitere Themen:

– Wer liefert was für welches AKW?
– Wer steckt hinter den Firmen?
– Who is who in der Kernenergie?

Zu beziehen ist das Buch bei

Margret Rickert, Seemannstraße 9 a, 2800 Bremen.

Es kostet inclusive Porto 6,50 DM, für Bürgerinitiativen und Buchläden 5,50 DM! Kontonummer bei der Bremer Bank: 275 44 84, Stichwort „Buch".

DIE "FREIE PRESSE" IST WIEDER DA

Nach über einjähriger Pause ist nun wieder eine Ausgabe des freiheitlich-sozialistischen Magazins 'Freie Presse' erschienen, die Nr. 12. Künftig wird das Magazin wieder normal erscheinen. Thema dieser Nummer ist: Frau; Beiträge u.a. über Frau und Sozialismus auf Cuba, Mujeres Libres, Frauenbewegung, CNT u.s.w. Wir bitten alle Freunde und Genossen, sich wieder an uns zu wenden. Zur Zeit werden alle alten Bestellungen erledigt. Über die Hintergründe der Erscheinungspause informieren wir auf Anfrage.

Anschrift:
Freie Presse, c/o Impuls, Postfach 1704, 633 Wetzlar, Einzelnummer DM 1,20; Abo DM 10,-

ALTERNATIVZEITUNG EINGEGANGEN

BADEN–BADEN
1.Dezember

Aus Baden-Baden erreichte uns diese Anzeige:

Wir trauern um den



Die Stadtzeitung für Baden-Baden

Da wir jedoch immernoch sehr viel Post bekommen,möchten wir auf diesem Wege nochmal darauf hinweisen.Auch die Adresse im Katalog zur Gegenbuchmesse hat keine Bedeutung mehr.

Das Redaktionskollektiv

NULLNUMMER EINES ANTI–AKW–RUNDBRIEFS ERSCHIENEN

FRANKFURT
30. November

Dieser Rundbrief soll dazu dienen, den Informationsfluß unter den Rhein-Main AKW-Gegnern zu verbessern. Der Brief soll wöchentlich dienstags erscheinen.und ist zu beziehen über die Adresse:
Adam, Ubenstädterstr. 21, 6 Frankfurt 60, Tel. 0611/45 96 10

NEUES REVOLVERBLATT FÜR JUGENDLICHE

FRANKFURT
29. November

In Frankfurt gibt es jetzt ein paar Leute, die eine der Zeitungen machen, die zu lesen uns unsere Eltern immer verboten haben, nämlich: das "Revolverblatt". Geplant ist es als Jugendzeitung für Frankfurter Jugendliche mit Veranstaltungskalender, Kleinanzeigen und allem, was so dazu gehört. Bisher ist eine Nullnummer erschienen, die kostenlos in Jugendzentren, -clubs und ähnlichen Einrichtungen zu haben ist. Für Anstrengungen und Kritik, vor allem aber für Veranstaltungshinweise für besagten Kalender ist die Redaktion aufgeschlossen und dankbar. Man erreicht sie über die Naturfreundejugend Frankfurt, Hamburger Allee 47 oder Tel. 45 04 67.

WEIHNACHTSPÄCKCHEN HINTER DEN EISERNEN VORHANG !

FRANKFURT
1.Dezember

Ein Gefangener hat nur dreimal im Jahr die Möglichkeit, ein Paket mit Lebensmitteln und Tabak von ‚draußen' zu erhalten (zu Ostern und am Geburtstag je 3 kg und zu Weihnachten 5 kg). Sonst kann er sich nur über den Knastintern-Einkauf Nahrungsmittel und Toilettenartikel kaufen. Bei einem Tagesnettolohn von 2,- bis 3,50 DM und überhöhten Einkaufspreisen kann sich ein Gefangener nun überlegen, ob er drei Tage Arbeit lieber in ein Stück Seife und etwas Tabak oder in 100 g Kaffee anlegen will.

Päckchen sind also wichtig; viele Gefangene haben zwar Paketmarken (die von der Anstaltsleitung ausgeteilt werden) aber niemanden, der ihnen darauf ein Paket schickt. Wir bitten euch deshalb schnellstens (die Marken ‚verfallen' nämlich nach Weihnachten wieder), euch von einer der untenstehenden Knast- oder Gefangenen-Gruppe den Namen und die Adresse eines Gefangenen geben zu lassen. Dieser schickt euch dann die Paketmarke und ihr könnt ihm dann das Paket schicken.
Nützliche Dinge sind: Tabak, Kaffee, Schokolade,Hartwurst, Briefmarken und Briefpapier. Das Paket kann auch direkt im Knast abgegeben werden. WICHTIG: Paketmarke draufkleben, Inhaltsverzeichnis angeben und nicht mehr als 5 kg, da es sonst wieder zurückgeht!

Es besteht aber auch die Möglichkeit, statt eines Pakets Geld an die Gefangenen zu schicken.
Fragt auf jeden Fall den, dem ihr schreibt, daß er, falls er keine Marke mehr hat, auch einem anderen Gefangenen Bescheid sagen kann, der euch dann seine Marke und Absender schickt. In der Kürze der Zeit haben wir leider nur noch wenige Gruppen erreichen können, die Adressen von Gefangenen weitergeben können, es sind dies:

Gefangenen-Selbst-Initiative, Max-Brauer-Allee 225, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/ 43 32 96 (von 17 – 20 Uhr)

Rote Hilfe München, Telefon 089 / 52 52 44

‚Gegenknast' Bielefeld, Telefon 0521 / 17 37 74

BUCHVERLEIH FÜR GEFANGENE

FRIEDRICHSDORF
30. November

Egon Spittka schrieb uns. Er will seine umfangreiche Bücherei linker, oppositioneller Literatur Gefangenen zur Verfügung stellen. Egon will über die Bücher reden, „zwei, drei, viele revolutionäre Kontakte zwischen drinnen und draussen schaffen". Bücherliste anfordern bei
Egon Spittka, Fachklinik, Landgrafenplatz 1, 6382 Friedrichsdorf (Taunus)

BROSCHÜRE ÜBER DEN KNAST GEPLANT

HAMBURG
30. November

„Wir planen die Herausgabe einer Publikation, die anhand authentischer Berichte den Knast aus der Sicht des Gefangenen zeigen soll. Dazu haben wir bereits eine vorläufige Zusammenstellung uns vorliegender Briefe etc. gemacht. Um eine möglichst große Vielfalt, Vollständigkeit und Aussagekraft zu erreichen, halten wir es für wünschenswert, eine solche Veröffentlichung mit anderen Initiativen zusammen vorzubereiten und herauszugeben. Das gilt besonders für Angehörige, Freunde, Rechtsanwälte und Gruppen, die Gefangene betreuen Sofern technich möglich natürlich in erster Linie Gefangene selbst."

niativkomitee ARBEITERHILFE, c/o Theis, Methfesselstraße 41, 2000 Hamburg 19

BRASILIEN–NACHRICHTEN

TÜBINGEN
22.November

Die in er „Aktion Brennpunkt Brasilien" zusammenarbeitenden entwicklungspolitischen Gruppen geben monatlich eine neue Zeitschrift heraus, die BRASILIEN NACHRICHTEN.
„Wir wollen mit Nachrichten, Analysen und Dokumenten aus diesem Land aufzeigen, wie das „Brasilianische Wirtschaftswunder" an den elementarsten Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung vorbeigeht, ja sogar die Verarmung weiter Kreise verstärkt."

Da die BRD als zweitgrößter Investor und wichtiger Handelspartner – z.B. Nuklearvertrag – intensive Verflechtungen mit Brasilien hat, wollen wir die Ergebnisse dieser „Zusammenarbeit" offenlegen.

Ferner erscheint ein Koordinationsteil, in dem die beteiligten Gruppen sich vorstellen, ihre Projekte und Aktionen beschreiben sowie Seminare und Tagungen ankündigen und davon berichten.
Fordert ein kostenloses Probeexemplar an:
BRASILIEN NACHRICHTEN-VERTRIEB, Belthlestraße 40 7400 Tübingen

VIER JAHRE JUGENDZENTRUM: FEST

GEROLZHOFEN
30. November

Das selbstverwaltete Jugendzentrum in der unterfränkischen Kleinstadt Gerolzhofen feiert in den nächsten Wochen trotz zahlreicher Schikanen und Repressalien seitens der CSU-regierten Stadtverwaltung sein 4 jähriges Bestehen. Geplant ist unter anderem eine Fest- und Kulturwoche mit einem Folk-Festival, Autorenlesungen, Theateraufführungen und eine Rock-Fete. Musiker/Interpreten sowie sonstige Kulturschaffende die an einer Teilnahme interessiert sind oder Vorschläge haben, sollen sich bitte an folgende Adresse wenden:

Jugendzentrum Gerolzhofen, c/o Rainer Werbinek, Marienweg 8, 8620 Lichtenfels

AKTIONSPROGRAMM IN SAARBRÜCKEN



Saarbrücken
29.11.77

Der Asta der Uni Saarbrücken hat für die beiden Streikwochen ein großesAktionsprogramm mit Veranstaltungen in allen Fachbereichen ausgearbeitet. Es werden z.B. folgende Themen angeboten: Hochschule und Terrorismus, politische Gefangene im Iran, HRG in allen Problembereichen, weiterhin Arbeitsgruppen zu fachbereichsspezifischen Problemen usw.
Wer also Interesse an Arbeitsunterlagen von diesen Veranstaltungen hat, sollte sich an folgende Adresse wenden:
ASTA der Universität des Saarlandes,Im Stadtwald Bau 14, 6600 Saarbrücken 11 Tel.0681/ 3022900

FREISTAAT OSTFRIELAND WIRD GESUCHT

RAUISCHHOLZHAUSEN
21. November

Unermütlich wird nach dem Freistaat geforscht, wo läßt er sich finden. Die Suche soll im Januar bei einem Treffen besprochen werden. Wer noch mitsuchen will:
Freistaat Ostfriesland c/o T. Waalkes, H. Lüppen; Roßdorferstr. 15, 3557 Rauischholzhausen

KINDERFEST DER BÜRGERINITIATIVE AUF DEM SPIELPLATZ

GORLEBEN 1.Dezember Die sofortige Vollziehbarkeit der Anordnung des Oberkreisdirektors Paasche, den Spielplatz auf einem Stück abgebrannten Waldgelände, auf dem die geplante Wiederaufbereitungsanlage errichtet werden soll, abreißen zu müssen, ist aufgehoben worden. Auf Empfehlung des Gerichts mußte P. seine Anordnung, die durchweg haarsträubende Begründungen enthielt ("das Landschaftsbild wird verunstaltet, Zerstörung der natürlichen Eigenart der Landschaft, Splittersiedlung"), in dieser Form zurückziehen. Bis zur gerichtlichen Entscheidung, was mit dem Spielplatz geschehen soll, ist eine aufschiebende Wirkung der Anordnung erlassen worden.

"Jetzt schützt auch der Elefant den Platz!"

Trotz anfänglichen Schneetreibens und eisiger Kälte waren am 27. November an die 800 Leute, darunter viele Kinder, gekommen. Zum Auftakt wurde aus Rundhölzern und Stroh ein riesiger Elefant in 3-stündiger Arbeit von vielen WAA-Gegnern zusammen gebaut.

7 Bauern aus der Umgebung kamen mit ihren Treckern mit Aufschriften wie: "Für die Landwirtschaft!", "Für die Kinder", "Gegen Atommüll!", um zu zeigen, daß sie das umwelt- und menschenfeindliche Atomenergieprogramm der Bundesregierung ablehnen.



Die Kinder - Hauptakteure des Festes - gingen auf abenteuerliche Schatzsuche und fanden eine Schatztruhe mit Goldtalern. Außerdem bauten sie Vogelscheuchen, machten Tauziehen und Verkleidungsstaffel, bei denen manche oft zu Boden gingen, aber doch noch das Ziel erreichten! Für die Hungrigen gab es Erbsensuppe und Korinthenbrötchen, die an Holzstäben im Feuer gebacken wurden. Weiterhin wurden im Rahmen der Wiederaufforstung des abgebrannten Waldes 2 - 300 Bäume - darunter Erlen und Eichen - neu gepflanzt!

Höhepunkt des Festes war die Verleihung des "Roten Elefanten", der vom Arbeitskreis "Roter Elefant-Kinder-Bücher-Medien e.V." dem Kinderspielplatz verliehen wurde. Prof.Dr. Richter übergab den R.E. der Bürgerinitiative und versicherte, sie seien bereit, jederzeit mit Kindern wiederzukommen - notfalls jedoch auch ohne! Ebenso sprachen ein Mitglied der BBU und ein AKW-Gegner aus Whyl ihre Solidarität aus und betonten ihre Bereitschaft zur Mithilfe im Kampf gegen WAA und Atommülldeponie.

"Hier kommt ein bunter Luftballon, eines Tages vielleicht eine radioaktive Wolke! Deshalb kein Atommüll in Gorleben!"

Eine große Luftballonaktion führte die Bürgerinitiative durch, um die Bürger der DDR auf der anderen Seite der Grenze über die geplante WAA zu informieren.

Auf dem abschließenden Fackelzug durch Lüchow, an dem ca. 450 Menschen teilnahmen, wurde aus Anlaß der Selbstverbrennung Hartmut Gründlers in verhaltenem Ton "Wehrt Euch - Leistet Widerstand!" gesungen. An dem Fackelzug nahmen hauptsächlich Menschen aus der unmittelbaren Bevölkerung teil, darunter auch viele ältere Menschen und Familien mit ihren Kindern.

Auf der Abschlußkundgebung vor dem Rathaus Lüchow nahm die BI u.a. Stellung zu der Behauptung Paasches im NDR, die BI habe den Spielplatz bewußt illegal errichtet, um die Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt herbeizuführen, und protestierte auf das energischste gegen den Versuch der Kreisverwaltung, die BI und die Anti-Atomkraftbewegung auf diese Weise zu kriminalisieren.

GORLEBEN SOLL LEBEN!

Freundschaftskreis Rhein-Main d. BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Kontakt möglich über: BDP, Hamburger Allee Tel.: 777010

"GRÜNE LISTEN" ALL OVER EUROPE?

AACHEN November 77 *Die Umweltschutzgruppe Aachen schreibt zu den Europawahlen:*

"Liebe Freunde!

Nachdem in Belgien und Frankreich grüne Listen bereits an Wahlen teilgenommen haben und nachdem der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) seine Kandidatur für den Bundestag angekündigt hat, halten wir es für nötig,daß diese Frage in den BI's breit diskutiert wird. Zunächst stehen die Europawahlen bevor, auf die sich die belgischen und französischen Ökologisten bereits intensiv vorbereiten. Für die Kandidatur einer grünen Liste sprechen folgende Gründe:

1. Wir sollten uns mit erfolgreichen Strategien in den Nachbarländern solidarisieren. Der Erfolg der belgischen und französischen Ökologisten bestand darin, daß sie ihr Schwergewicht auf Öffentlichkeitsarbeit, nicht auf Erringung von Mandaten legten. Rene Dumont, der bei den Präsidentschaftswahlen gegen Giscard antrat, hätte nicht kandidiert, wenn er Ausssicht auf Erfolg gehabt hätte.
2. Die Kandidatur übt Druck auf die Parteien aus, was angesichts des Umfallens der FDP und den Rückzugsgefechten der SPD dringend nötig wäre. Es geht darum, daß die Parteien nicht nur schöne Ziele im Umweltschutz aufzeigen, sondern auch Roß und Reiter nennen, d.h. sagen, wie sie diese Ziele umsetzen wollen.
3. Der Wahlkampf bietet uns eine einmalige Chance für Öffentlichkeitsarbeit, denn in der Wahlzeit sind die Ohren offener für Politik. Wir dürfen den Parteien nicht die Möglichkeit geben, an der Umwelt- und Wachstumsproblematik vorbeizureden und einen Wahlkampf wie Waschmittelwerbung zu führen, sondern müssen offensiv die öffentliche Diskussion in der Wahlzeit mitbestimmen. Angesichts der Schwierigkeit, Leserbriefe in die Zeitungen zu bringen, sollten wir die Möglichkeit zu unzensierten Fernsehauftritten nicht unterschätzen.

Die Strategie muß sorgfältig überlegt werden, denn die Kandidatur bringt auch Gefahren für die ökologische Bewegung:

1. Der Wahlkampf bringt für alle BI's eine hohe Arbeitsbelastung stung, unter der zwangsläufig andere Aktionsformen leiden müssen. Diesen Nachteil können wir nur an den Alternativen messen — und die gibt es im Wahlkampf nicht. Politische Auseinandersetzungen, die nichts mit dem Wahlkampf zu zun haben, werden in der Wahlzeit einfach übersehen.

2. Die Mitglieder der Bürgeriniziativen, die auch in Parteien mitarbeiten, können in Loyalitätskonflikte geraten.
Aber: Das Europaparlament hat ohnehin keine politischen Machtbefugnisse, deshalb sind die genauen Mehrheitsverhältnisse nicht so wichtig. Deshalb braucht auch niemand auf die Unterstützung der grünen Liste zu verzichten, um seine Partei zu schonen.

3. Die ökologische Bewegung könnte eine meßbare Niederlage erleiden. Wenn wir 3% bekommen, schreibt die bürgerliche Presse: 97% sind für Atomkraftwerke. Daher darf es uns nicht darauf ankommen, die 5%-Hürde zu überspringen, sondern nur darauf, die Umweltfrage ins öffentliche Bewußtsein zu bringen, und das sollten wir jetzt und im Wahlkampf ständig betonen.

Eine straffe Organisation als Partei zerstört unweigerlich den Charakter der Bürgerinitiativen, weil zentrale Entscheidungen notwendig werden und nach oben delegiert werden müssen. Der Parteiapparat würde durch seine Eigendynamik unweigerlich zur Basisferne führen und damit noch eine Alternative zum bestehenden Parteienklüngel darstellen. Bürgerinitiativen leben aber von der Basis. Daher:
- keine Partei, sondern freie Listen, die nicht den Anspruch stellen müssen, auf jede politische Frage eine Antwort zu wissen;
- Schwerpunkt auf Basisarbeit;
- Globalziele, die jeder AKW-Gegner akzeptieren kann;
- Beschränkung zunächst auf Europawahlen. Aufgrund dieser Erfahrungen können wir dann über die Teilnahme an Bundes- oder Landtagswahlen entscheiden.

Kontaktadresse: Umweltschutzgruppe Aachen c/o Lehrerzentrum, Mauerstr. 92, 51 Aachen

ZUR DISKUSSION ÜBER ÖKOLOGISTEN

HAMBURG
November 77

"In der gegenwärtigen Situation der Defensive der Anti-AKW-Bewegung wird zunehmend in den Bürgerinitiativen (BI's) die Möglichkeit diskutiert, sich über sog. 'Grüne Listen', Ökologielisten in Stadt- und Landesparlamente wählen zu lassen. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat schon öffentlich bekanntgemacht, daß er zu den nächsten Landtagswahlen in Niedersachsen und Schleswig - Holstein und zu den Bundestagswahlen 1980 antreten wird; in Hildesheim und Hameln/Pyrmont hat sich bereits eine Anti-Atom-Partei an den Wahlen beteiligt und je einen Sitz im Kreistag erhalten.

Nachdem jetzt auch bei uns in Hamburg verschiedene BI's darüber nachdenken wie sie sich an den im nächsten Frühjahr stattfindenden Bürgerschaftswahlen beteiligen können, haben wir bei uns im Arbeitskreis Ökologie die Wahlen diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir jegliche Wahlbeteiligung der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke strikt ablehnen. Wir halten die Frage, wie sich die Anti-AKW-Bewegung zu den Wahlen verhalten wird, für grundsätzlich entscheidend für die Erfolgsaussichten in unserem weiteren Kampf. Wir gehen soweit zu sagen, daß, wenn sich eine Wahlbeteiligung und damit Akzeptierung des Parlamentarismus in den BI's durchsetzt, das in letzter Konsequenz die Aufgabe der Ziele unseres Kampfes gegen AKW's bedeutet.

Wie wir dazu kommen, werden wir im folgenden thesenartig anreißen. Wir wollen noch ein sehr ausführliches Papier zur Frage der Wahlen erstellen, aber wir möchten die Diskussion über die Wahlen nicht unnötig verzögern und bitten hiermit alle BI's die Diskussion über eine Wahlbeteiligung ja oder nein sehr ernst zu nehmen und so bundesweit zu diskutieren.

Jetzt stichwortartig unsere wesentlichsten Argumente gegen eine Wahlbeteiligung:

1. Eine Wahlbeteligung bedeutet eine enorme Erleichterung der Kriminalisierung jedes eigenständigen, praktischen Widerstands gegen den Bau von AKW's
- weil unsere Gegner immer behaupten werden, wir hätten die Möglichkeit, den Bau von AKW's über parlamentarische Mehrheiten zu beeinflussen. Und wenn wir die dazu nötigen Mehrheiten nicht bekommen, sei das als Volksentscheid für AKW zu bewerten. Jeder weitere eigenständige Widerstand der Anti- AKW-Bewegung wird nach dieser Schablone kriminalisiert werden.

2. Eine Solidaritätsarbeit mit den Strafverfolgten wegen Brokdorf und Grohnde wird unglaubwürdig
- weil wir z.B. nie zum Sturm auf die Festung Grohnde hätten aufrufen dürfen, wenn wir die parlamentarischen Spielregeln akzeptierten.
- weil wir mit den Grohnde-Angeklagten nur solidarisch sein können, wenn wir offen die Berechtigung von Widerstandsmaßnahmen gegen den Bau von AKW's propagieren, auch wenn sie nach geltendem Recht illegal sind.

3. Es wird immer der 'ordentliche' (parlamentarisch eingebundene Teil der Bewegung gegen den autonomen Teil ausgespielt werden. (s.o.)

4. Um eines angeblichen taktischen Vorteils willen (die BI's, die sich an den Wahlen beteiligen wollen, behaupten, die 'Vorteile, die eine Wahlbeteligung bietet, für die gesamte AKW-Bewegung nutzbar machen zu wollen und weisen weit von sich, selber irgendwelche Erwartungen für die Erfüllung unserer Forderungen an den parlamentarischen Weg zu haben) setzen diese BI's unsere Glaubwürdigkeit all den Menschen gegenüber, die wir ansprechen wollen, auf's Spiel und erwekken falsche Vorstellungen darüber, wie wir AKW's verhindern können — gegen eigenes besseres Wissen,
- weil wir genügend Erfahrungen damit gemacht haben, wie die AKW-Betreiber auf Anhörungsterminen und Genehmigungsverfahren mit den Einwendern umgehen.
- weil wir erfahren haben, daß unser verbaler Protest allein gar keinen Eindruck macht, und wir nur dann eine Chance haben, unsere Forderungen durchzusetzen, wenn wir eindeutig klarmachen, daß wir entschlossen sind, die Verwirklichung unserer Forderungen selbst in die Hnad zu nehmen. (Demonstrationen am 30.10.76, am 13.11.76 in Brokdorf und am 19.3. 77 in Grohnde)

Jetzt zu den sog. 'taktischen Vorteilen', warum das keine Vorteile sind:

1. Wir könnten die Parteien zur Stellungnahme in Sachen AKW zwingen, aber
- sie tun das schon ständig
- sie haben über Rednerliste, Abstimmungsmaschine, Geschäftsordnung etc. beliebig viele Tricks, sich vor einer inhaltlichen 'Entlarvung' zu schützen.

2. Wir hätten Anspruch auf Sendezeiten in Radio und Fernsehen und Whlkampfgelder, aber
- jede Minute Sendezeit, die wir darauf verwenden zur Wahl einer Anti-AKW-Liste aufzurufen ist schädlich, weil von uns wissentlich falsche Perspektiven vorgegaukelt würden. Genauso sind Gelder, die wir für einen Wahlkampf bekommen (den wir dann auch führen müssen) keine Unterstützung für unsere Ziele.

3. 'In der Wahlkampfzeit sind Menschen politisch aufgeschlossener, das müssen wir nützen'.
- warum ausgerechnet durch Wahlbeteiligung, statt dadurch, die Parteien anzugreifen? (Denkabr wäre z.B. zum Wahlboykott zu mobilisieren.)

4. 'Durch Wahlbeteiligung kommen wir an ganz andere Bevölkerungsschichten ran. An die, die noch an die Parteien glauben und an die, die von der ständigen Hetze gegen uns abgeschreckt sind.'

— Kann man Leute davon überzeugen, daß Parteien nichts taugen, und daß sie ihre Interessen besser in die eigene Hand nehmen, indem man ihnen eine neue 'gute' (?) Partei hinsetzt, von der sie sich, mal wieder! vertreten lassen sollen?

— Wenn man glaubt, die Wahlen zu brauchen, um von den Regierungsmedien verhetzte Menschen zu gewinnen, dann macht man sich bei diesen Leuten lieb Kind, indem man sich über eine Wahlbeteiligung als im legalen, staatlich erlaubten Rahmen agierend darstellt — und man muß sich, dieser Logik zufolge, natürlich z.B. von den Grohnde-Angeklagten distanzieren.

Man kann Menschen nicht hintenherum über eine falsche Sache (Wahlen) für eine richtige Politik (eigenständige, praktische Aktionen) gewinnen.

Wenn sich die AKW-Bewegung über eigene Listen zur Wahl aufstellt, dann gibt sie das auf, was bisher unsere Stärke war und unsere Stärke für die Zukunft sein wird:
autonome Strukturen, eigenständiges selbstverantwortliches Handeln; — die Möglichkeit für jeden Einzelnen, sich seinen Fähigkeiten und besonderen Interessen entsprechend am Kampf gegen AKW's zu beteiligen; — unsere Aktionen danach zu bestimmen, was wir für notwendig halten, und nicht danach, was im herrschenden Sinne legal ist zugunsten einer Struktur, deren Wesen es ausmacht,

- daß Interessen delegiert werden
- daß der einzelne Mensch nur als Stimmvieh von Bedeutung ist
- daß Entscheidungen nicht auf der Grundlage einer bestimmten Notwendigkeit gefällt werden, sondern nach machtpolitischen Gesichtspunkten
- daß Minoritäten nicht mehr die Möglichkeiten belassen werden, einfach auszuprobieren, was sie für richtig halten und aufgrund ihrer Erfahrungen dann vielleicht zu einer Korrektur ihrer Vorstellungen zu kommen (nur so ist es nämlich möglich einen Kampf weiterzuentwickeln, der von jedem Einzelnen persönliche, praktische Initiative erfordert!).

Diejenigen, die eine Wahlbeteiligung propagieren, haben damit begonnen, unseren Widerstand auf eine administrative Ebene zu verlagern — weg von praktischen Aktionen.

Das ist keine Antwort auf die zunehmende Kriminalisierung und Erschwerung unserer Arbeit, sondern ein Rückzug.

Wir wollen keine Mitbestimmung am Bau von AKW's, sondern wir müssen verhindern, daß weitere gebaut und in Betrieb genommen werden, und erreichen, daß schon laufende AKW's stillgelegt werden.

Es ist ein schon oft formuliertes Ziel der Bundesregierung, die Bürgerinitiativen als eigenständige Kraft zu eleminieren und in die bestehenden parlamentarischen Strukturen einzugliedern."

Kontaktadresse: AK Politische Ökologie, Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19 (Laden), Tel. 040/40 27 82

SCHWELBRAND IN RADIOAKTIVEN ABFÄLLEN

JÜLICH
30. November

„Glimpflich verlaufen ist in der Jülicher Kernforschungsanlage (KFA) ein Schwelbrand in einem 200-Literfaß mit schwachradioaktiven Abfällen. Wie die KFA am 25.November mitteilte, sei der am Nachmittag des 24. November ausgebrochene Brand von der Werksfeuerwehr in wenigen Minuten gelöscht worden, bevor Sach- und Personenschaden entstanden sei. Nach ersten Überprüfungen sei auch keine Radioaktivität ins Freie gelangt. Als Ursache des Brandes wurde Selbstentzündung durch chemische Reaktionen des Abfalls angegeben."

aus: Rundbrief 'Energie'Nr. 230/77 der Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH

IST KATASTROPHENSCHUTZ EINE TÄUSCHUNG?

MÜNCHEN
16.November

Am 15.November 1977 fanden viele Münchner folgende „Amtliche Mitteilung" samt Fragebogen und Antwortkouvert in ihren Briefkästen. Münchens Oberbürgermeister Kronawitter dazu: „... daß es sich hier um ein fingiertes Schreiben handelt, das offensichtlich die Bevölkerung irritieren und beunruhigen soll. Es handelt sich um üble Praktiken wahrscheinlich von extremen Kernkraftgegnern, die auch vor Methoden der Täuschung nicht zurückschrecken." (Süddeutsche Zeitung):

„Liebe Münchner,
Anläßlich der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Ohu 1 möchten wir eine Voruntersuchung für eine breitangelegte Fragebogenaktion durchführen. Dadurch wollen wir Aufschluß bekommen, in welcher Weise wir für Sie, liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen, einen besseren Schutz im Falle eines kerntechnischen Unfalls garantieren können. Es ist nun sicherlich nicht so, wie oft unberufene Stimmen behaupten, daß die Atomtechnik ein Gefahrenrisiko für weite Teile der Bevölkerung darstellt. Ich kann Ihnen versichern, daß ich mich gründlich bei den Betreibern des Atomkraftwerkes Ohu, der KKW Isar GmbH, zu denen ich auch persönlich gute Beziehungen pflege, informiert habe. Die zuständigen Wissenschaftler versicherten mir glaubhaft, daß das Risiko eines kerntechnischen Unfalls nahezu Null ist und ausreichend Schutzmaßnahmen vorhanden sind. Dennoch möchten wir nichts unversucht lassen, selbst das kleinste Gefahrenrisiko durch den Ausbau geeigneter Schutzräume auszuschlaten.

Wie Sie sicher der Tagespresse entnommen haben, wurde kürzlich in Straubing eine Modelluntersuchung zum Zivilschutz durchgeführt. Die dort gemachten Erfahrungen versuchen wir nun auf München auszuweiten. Zu diesem Zweck benötigen wir brauchbare Daten als Grundlage für eine später geplante Ortsbesichtigung und Bestandsaufnahme.

Damit unser zukünftiges Tun auch Erfolg haben wird, bitten wir Sie, liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen, diesen Fragebogen sorgfältig auszufüllen und umgehend zurückzuschicken.

Angesichts der Wichtigkeit des Problems haben wir uns bemüht, die Fragen so einfach wie möglich zu halten. Sollten dennoch bei der Ausfüllung des Fragebogens Unklarheiten auftreten, bitten wir Sie, sich mit der Abt.Katastrophenschutz — Tel. 19 70 72 — in Verbindung zu setzen.

gez. Kronawitter Oberbürgermeister"

SCHIKANE GEGEN AKW—GEGNER

KREFELD
30. November

In Krefeld haben mehrere AKW-Gegner vom Polizeidirektor Krefeld Anhörungsbögen erhalten. Die Überraschung war groß! Sie sollen folgende 'Ordnungswidrigkeit' begangen haben:

"Auf der rechten Seite des o.g. PKW war ein Plakat angebracht, bestehend aus einem roten Klecks in der Mitte und darum herum ein gelber Kranz, sowie die Aufschrift 'Atomkraft Nein Danke'. Mit diesem Fahrzeug wird im Stadtgebiet herumgefahren. Von einer Genehmigung ist hier nichts bekannt."

Als Grundlage dieses Schreibens wird die Verordnung der Stadt Krefeld über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf den Straßen genannt. Es soll sich um einen Verstoß gegen einen Paragraphen handeln, in dem das Umhertragen und Umherfahren von Plakaten untersagt wird. Nachforschungen von Betroffenen bei der Polizei ergaben, daß diese Verordnung völlig unbekannt sei und eine Genehmigungsstelle (Was natürlich nicht heißen soll, daß wir uns unsere Meinung genehmigen lassen wollen) nicht genannt werden konnte.

Dieses Vorgehen der Polizei kann wohl nur als Schikane bezeichnet werden, denn uns ist bisher nicht bekannt, daß Fahrzeughalter, die durch Aufkleber zu anderen Themen Stellung nehmen, einen solchen Bogen zugeschickt bekommen haben. Dieser Anhörungsbogen hat Methode und reiht sich ein in eine Vielzahl von Schikanen gegen AKW-Gegner (z.B. Geldforderungen, Anzeigen, Bespitzelungen und willkürliche Beschlagnahme von "waffenähnlichen" Gegenständen). Wir lassen uns unsere Meinung nicht verbieten! Auch in Zukunft werden wir über die Gefahren von Atomkraftwerken informieren!

Kontaktadresse: Bürgerinitiative Niederrhein/Krefeld gegen AKW's, für Umweltschutz (BINKA), Ostwall 48, 415 Krefeld

ZUSAMMENBALLUNG VON ATOMKRAFTWERKEN IM MOSEL/SAAR–GEBIET GEPLANT

LUXEMBURG 30. November — *Luxemburger AKW-Gegner schickten uns folgenden Bericht:*

"In den nächsten Monaten tritt der Kampf gegen die geplanten Atomkraftwerke in Remerschen (Luxemburg) und Cattenom (Frankreich) in seine entscheidende Phase.

Dezember 77/Januar 78 wird die luxemburgische Abgeordnetenkammer entscheiden, ob die Remerschener Atomzentrale gebaut wird oder nicht. Die Regierung ihrerseits hat das Terrain bereits vorbereitet: Im Sommer 77 ist der Vertrag zwischen der luxemburgischen Regierung und RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke) unterzeichnet worden. Das Parlament soll also rasch und ohne längere Diskussionen das Projekt schlucken. Dann kann sofort mit dem Bau begonnen werden. Ein zweiter Schachzug besteht darin, daß Josy Barthel, der noch vor kurzem als neutraler Experte das Reaktorprojekt positiv begutachtete, sich nun zum Energieminister emporgeschwungen hat, also den Reaktor bauen wird. Als Minister ist dieser Mann Antragsteller und Erbauer zugleich , als Ministerialbeamter hat er das Projekt begutachtet und unterstützt! Grotesk, aber wahr!

Die französiche Regierung will Anfang 79 mit dem Bau der Atomzentrale in Cattenom beginnen, trotz des vehementen Einspruchs der gesamten Bevölkerung dieser Gegend. Mehr noch: Kürzlich erklärten Regierungssprecher in Paris, Lothringen müsse bis Ende dieses Jahrhunderts zu einem der wichtigsten Lieferanten von Nuklearstrom werden, genau wie diese Gegend bisher wichtigster Energielieferant aufgrund ihrer Kohlevorräte war.

Die Bundesrepublik Deutschland plant mindestens drei Atomkraftwerke an der Mosel und an der Saar; außerdem eine Wiederaufbereitungsanlage in Hermeskeil.

Auf engstem Raum würde so an Mosel und Saar eine der größten Konzentrationen an Atomzentralen entstehen, die vom Standpunkt radioaktiver chemischer und thermischer Belastung von unverantwortlicher Gefährlichkeit ist.

Wir rufen alle Betroffenen in Frankreich, der Bundesrepublik und Luxemburg auf, in Zukunft in enger Zusammenarbeit gegen die vorgesehenen AKW's anzukämpfen. Wir fordern alle, die mit den erwähnten Punkten einverstanden sind, auf, sich uns anzuschließen."

Kontaktadresse:
Regionalgruppen der "Bürgerinitiative Moseltal" im Großherzogtum Luxemburg, c/o Gaston Kremer, 66 Rue du X. Octobre, Bereldingen / G. Luxbg.

GROHNDE-PROZESS IN ALLER STILLE: MILDES URTEIL

HAMELN 22,November — *Im ID 205 haben wir einen Bericht über den ersten Prozeßtag des Prozesses gegen Linda Engelbert aus Bremen abgedruckt. Gleichzeitig hat es in aller Stille jedoch noch mindestens einen anderen Grohnde-Prozess gegeben:*

"Am Morgen des 22. November fand bereits ein nichtöffentlicher Prozess gegen einen Jugendlichen statt, in dem es ebenfalls (wie bei Linda) um Landfriedensbruch bei der Demonstration am 19. März in Grohnde ging. Urteil: im Namen des Volkes zwei Freizeitarreste.

Im Verlauf dieser Verhandlung gab der Einsatzleiter Juretzky, verantwortlich für den Polizeieinsatz um Grohnde, folgende "polizeiliche Erkenntnis" zu Protokoll (sinngemäß): "Es ist eine alte Demonstrantenlist, sich überrennen zu lassen um hernach die Polizeikräfte von hinten bekämpfen zu können". Soweit bisher feststeht, war der Verteidiger des Angeklagten ein Hausanwalt der "Wesertal AG", die zu den Bauherrn des AKW Grohnde gehört".

Weitere Ergüsse zu Polizei- und Demonstrantentaktik bei [der] Grohnde-Demonstration vom Einsatzleiter Juretzky höchstpersönlich könnt ihr folgendem Artikel aus der "Deister- und Weserzeitung" (Hameln) vom 23.November entnehmen. Der Artikel behandelt übrigens eben jenen Prozeß, von dem oben die Rede war.

Von Aufruhrstimmung erfaßt

Zwei Freizeitarreste im ersten "Grohnde-Prozeß"
HZg Emmerthal/Hameln

Der erste Prozeß gegen einen jugendlichen "Grohnde-Täter" vor dem Jugendschöffengericht Hameln ist störungsfrei gelaufen. Es war Sonnabend, 19. März, gegen 15.30 Uhr, als Polizeikräfte am Südzaun nahe Grohnde in schwierige Lage geraten waren : In Verfolg ihres Auftrags, die Menge vom Zaun abzudrängen, aber schonend vorzugehen, sahen Gruppen von ihnen sich mit langen Tauen von Demonstranten zusammengezogen. Energisch befreit und weiter im Vorgehen erlebten die Beamten die - laut Aussage des Einsatzleiters Juretzky - "alte Demonstrationslist": Hier und da wichen einzelne nicht mit der Masse zurück, sondern ließen sich fallen, um unbeachtet überrollt zu werden und nachher hinter den Polizeikräften neu wirken zu können.

Die vorderste Polizeikette konnte sich unmöglich mit diesen "Sitzern" aufhalten, und die nachgeführten Trupps mußten rasch zupackend die Überrollten "sammeln" ehe sie zur Gefahr wurden. Der jetzt Angeklagte nun war einer der "Sitzer". Wie harmlos, das war in diesem Augenblick nicht zu ahnen: Eine Tasche umgehängt, zwei faustgroße Steine und eine Metallsäge darin, Sturzhelm auf dem Kopf.

Jetzt erzählte er mit gehauchter Stimme und unter häufigem Erröten, wie er in das Getümmel geraten ist. Zu fünf Freunden waren sie aus der Heimat 60 Kilometer nordwestlich von Hameln Sonnabendnachmittag von der Schule abgefahren. Sein Moped hatte er in der Schule stehen lassen, aber den Helm mitgenommen. Die Schulbücher legte er ins Auto; und die nun leere Tasche, die wurde bald "nützlich": Die Freunde gerieten hinter Kirchohsen in die Kolonnen, als die sich gerade aus der Bewegung zum Angriff entfalteten und entwickelten. Der junge Mann hielt es mehr mit dem Beobachten. Er setzte sich von den Handgreiflichkeiten ab und sammelte hinten erst mal dicke Steine für den "Kampf auf Distanz".

Er hatte gesehen, daß die gegliederten und geführten Gruppen vorn so zusammenwirkten: Die einen machten sich am Zaun zu schaffen, während die anderen mit Steinhagel "Feuerunterstützung" gaben. Dieses Schmeißen schien ihm der ungefährlichere Weg. Ohne dabei gesehen worden zu sein, hat er ehrlich einige "Anklopftreffer" auf die dünngepanzerten Wasserwerfer bekannt. Jetzt entdeckte eine der Führerinnen den ziemlich "nutzlosen" Alleinunterhalter. Sie orderte ihn zu sich, drückte ihm eine Metallsäge in die Hand und gab ihm den entsprechenden Auftrag. Doch ehe er Schlimmes anrichten konnte, geriet er in Gefangenschaft.

Dieser junge Mann gehörte, wie vor Gericht durch Zeugenaussage dargelegt wurde, zu den 4000 Mitgerissenen, Leuten also, die zum Zuschauen gekommen, zum Zupacken von der unheimlichen Kraft der Masse in Bewegung geraten waren. Die Gesamtzahl des "Grohndeauflaufs" hat danach rund 11500 Menschen betragen. 5500 blieben beobachtend, die eben genannten 4000 machten plötzlich mit, und 2000 kamen von vornherein mit Kampfesansicht hin.

Auch der Staatsanwalt aus Hannover, der speziell mit Landfriedensbruch befaßt ist, sah diesen Fall als nicht strafwürdig an. Doch einen Denkzettel sollte der Angeklagte kriegen. Das Gericht erlegte ihm zwei Wochenendarreste auf. Der junge Mann steht vor dem Abitur; in der Klasse weiß niemand etwas von dem Prozeß. So wird es wohl unbekannt bleiben.

GESPRÄCH MIT IRMGARD MÖLLER

WESTBERLIN 17. November *Am 10.11. gelang es der Co-Verteidigerin von Irmgard Möller, Alexandra Goy, nach längeren Durchsuchungsaktionen , ein zweistündiges Gespräch mit Irmgard Möller in Hohenasperg zu führen. Die Verteidigerin sollte nur zugelassen werden, wenn sie für das "Wiederaufnahmeverfahren" gekommen sei. Man wollte diesen Sachverhalt anhand von Stichproben ihrer mitgebührten Aktenunterlagen überprüfen. Auf die Weigerung Alexandra Goys und ihre Frage hin, ob es hierfür einen richterlichen Beschluß gäbe, was der stellvertretende Vollzugsleiter verneinen mußte, wurde nach längeren Telefonaten zwischen Richter und stellvertretendem Vollzugsbeamten Alexandra Goy der Zutritt gewährt. Jedes einzelne Blatt ihrer Unterlagen wurde gesichtet un in einen Anstaltsaktenordner umgeheftet. Die Verteidigerin wurde einer strengen Körperkontrolle (Intimbereich wurde mit einer Sonde gefilzt) unterzogen, sämtliche Tascheninhalte (Zeitungen etc.), auch die ihres Mantels, wurden unter Verschluß genommen. Sogar eine Büroklammer wurde ihr abgenommen.*

Zum Gesundheitszustand von Irmgard Möller

"Laut Aussagen von A. Goy gehe es Irmgard Möller 'subjektiv ganz gut'. Sie habe jedoch den Eindruck, daß Irmgard teilweise unter Gedächtnisausfall leide. So könne sie sich nicht mehr an die beiden Fragen ihrer Verteidigerinnen, Juttas Bahr Jendges und A. Goy, die diese ihr über eine Ärztin am Tag des 'Selbstmordversuches', am Dienstag, den 18.10., übermitteln ließen, erinnern. Aufgrund des Kontaktsperregesetzes wurden die beiden Anwältinnen zu diesem Zeitpunkt nicht selbst vorgelassen. Die Fragen lauteten 'Willst du einen anderen Arzt? ' und: 'War es Selbstmord? '. Nach Aussage der Ärztin hätte Irmgard die zweite Frage nicht beantworten wollen, was für die Anwältinnen erst mal nicht überprüfbar ist. Irmgard habe bis Donnerstag, den 20.10., in fast völlig bewußtlosem Zustand gelegen. So wurde ihr nicht einmal mitgeteilt, daß ihr linker Herzbeutel in Tübingen genäht worden ist. Obwohl Irmgard Möller die Ärzte ausdrücklich von ihrer ärztlichen Schweigepflicht gegenüber den Verteidigerinnen entbunden hat, sind keinerlei Informationen über den genauen Befund und den Operationsverlauf herauszubekommen.

Bei der ersten Röntgenuntersuchung ergab sich, daß Irmgards Herz keine klaren Konturen erkennen läßt, was auf einen Wassergehalt im Herzbeutel zurückzuführen ist. Auch Irmgards rechte Seite, die unverletzt ist, enthält Wasser. Von Prof. Müller, dem behandelnden Arzt aus Stuttgart, wurde eine Herzpunktion angeordnet, falls sich die Flüssigkeit vermehre. Laut Irmgards Aussagen vom 10.11. hat man ihr mitgeteilt, daß bei der zweiten Röntgenaufnahme nicht feststellbar gewesen sei, ob sich die Flüssigkeit vermehrt habe (!). Eine Aussage, die unter diesem Umstand äußerst fragwürdig erscheint.

Die nach der Operation festgestellte Lungenentzündung soll inzwischen verheilt sein. Nach A. Goys Aussagen sind keinerlei Informationen darüber zu bekommen, welche Betäubungsmittel und welche Zusammentsetzung die Narkose enthielt. Dies sei eine der wichtigsten Aufgaben, da es ihr sehr unwahrscheinlich erscheint, daß Irmgard fast zwei Tage im Trance-Zustand verbracht hat und auch heute noch unter Gedächtnisausfall leidet. Als einziges Medikament wurde 'Novalgin' genannt. Prof. Müller hat jetzt erst die Behandlungsunterlagen aus Tübingen angefordert. Laut Aussage von Irmgard möchte sie dringend Kontakt mit dem Korrespondenten des dänischen 'Extrabladet' aufnehmen, der bei ihrem Abtransport ins Krankenhaus ihre erste Äußerung ('Es waren die Schweine ...') veröffentlicht hat. Aufgrund ihrer teilweisen Bewußtlosigkeit könne sie sich nicht mehr an diese Aussagen erinnern, bezweifle jedoch nicht ihren Wahrheitsgehalt.

Eine weitere Schikane ist, daß trotz richterlichem Beschluß, wonach Irmgard nunmehr Zugang zur Presse haben kann, ihr dieser dennoch verweigert wird. So zeigt sie besonderes Interesse für die Informationen, die sich auf die angeblich zwischen der Bundesregierung und Adreas Bader geführten Gespräche beziehen und auf die von Gudrun Ensslin in einem gesonderten Aktenordner hinterlassenen Briefe. Die These, daß Ensslin, Bader und Raspe in Mogadishu gewesen seien, hält sie für äusserst unwahrscheinlich, da sie aufgrund ihres Rufkontaktes mit Jan Raspe (gegenüberliegende Zelle) unbedingt einen Abtransport bemerkt hätte. Außerdem habe sie um 4.30 Uhr, als sie in ihrer Zelle Geräusche und Schüsse hörte, Jan angerufen, ob es ihm gut gehe, worauf er ihr geantwortet habe. Nach dieser These hätten die Gefangenen zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht zurücksein können. Es besteht die Vermutung, daß es sich in Mogadishu eventuell um Atrappen gehandelt habe.

Irmgard hat den Antrag auf Umschluß mit den in Hohenasperg inhaftierten Günther Sonnenberg und Rechtsanwalt Newerla gestellt, dem nicht stattgegeben wurde. Außerdem hat sie den Antrag auf Rückverlegung nach Stammheim gestellt. Der Anwalt von Verena Becker hat bei einr Rückverlegung Antrag auf Umschluß in Stammheim gestellt.

Laut Antrag des Landgerichts Heidelberg soll die für Irmgard angeordnete zweimonatige 'Hausstrafe' wegen angeblicher 'Gefangenenmeuterei' aufgrund ihrer langen Isolationshaft und ihres Gesundheitszustandes auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Diesem Antrag wurde bisher noch nicht stattgegeben."

Aus: Radikal Nr. 29, 17.11.77

OFFENER BRIEF AN IRMGARD MÖLLER

DÜSSELDORF
30.November

Liebe Irmgard,

wir haben nicht direkt nach den Vorfällen in Stammheim reagiert. Wir haben unserer Wut, unserer Betroffenheit nicht Ausdruck gegeben, nicht einmal unsere Zweifel an der einseitigen Darstellung in der Presse, die keine Diskussion zuließ, sondern ohne Zögern von "Selbstmord" sprach, laut werden lassen.
Wir haben geschwiegen aus Angst vor Hausdurchsuchungen und willkürlichen Festnahmen, aus Angst, unseren Job zu verlieren, aus Angst, unter Vorwänden und falschen Anschuldigungen in die Sympathisantenecke gedrängt zu werden.
Aber nachdem mit Ingrid Schubert ein weiteres Mitglied der politischen Gefangenen die Haft nicht überlebt hat, haben wir begriffen, daß wir uns durch unser Schweigen mitschuldig machen. Mitschuldig an den unmenschlichen Haftbedingungen der Isolation, mitschuldig am Tod vielleicht noch weiterer politischer Gefangener.
Wir erfahren in den Medien so gut wie nichts über Deine konkrete Situation. Wir haben das Vertrauen in diese Darstellungen längst verloren und glauben nur noch denen, die selbst in diesen Staatsschutzbunkern einsitzen oder mit ihnen Kontakt haben.
So haben wir aus einem offenen Brief Deiner Anwältin erfahren, welche unvorstellbaren Maßnahmen sich hinter dem Wort "Kontaktsperre" verbergen: Entzug von Radio, Fernsehen, Zeitungen, Limitierung der Bücher, keinerlei Kontakt zu den Mitgefangenen - z.B. Verbot, gemeinsam ein Shampo zu benutzen -, von 16 bis 7 Uhr zusätzliche Schallabdichtung der Zellentür etc. Erschüttert waren wir auch darüber, daß Du bis zum 23.10. nicht einmal Schreibutensilien bekommen hast, um Dir Notizen zu machen.
Wir können uns nicht erklären, mit welcher Begründung man Dich in eine psychatrische Klinik verlegen konnte. Auch die übrigen Maßnahmen gegen Dich (Abweisung der Anwältin wegen "Infektionsgefahr" am 21.10.) lassen auf einen Zustand von Haftunfähigkeit schließen. Wir fordern daher Deine sofortige Entlassung. Zur breiten Unterstützung der Forderung nach Freilassung von Irmgard Möller soll am 10.12. ein bundesweiter Aktionstag stattfinden, zu dem auch Frauen aus dem Ausland aufgerufen haben. Liebe Irmgard, es erscheint uns wichtig, die Mauer der Isolation, die um Dich und die anderen politischen Gefangenen gelegt wird,zu durchbrechen. Der Brief soll ein erster Versuch sein, Kontakt mit Dir aufzunehmen und Dir zu zeigen, daß Du nicht allein bist.
Wir können an vier Selbstmorde in Stammheim und in München nicht glauben, und wir können uns nicht vorstellen, daß Du auf diese Weise einen Selbstmordversuch unternommen haben sollst. Wir wollen Dich unterstützen im Kampf gegen die unmenschlichen Haftbedingungen.
Wir brechen unser Schweigen, um nicht zu denen zu gehören, die in alter deutscher Tradition von sich sagen: wie wissen von nichts. Denn wenn die Informationen auch unzureichend sind, so sind die Repressionen außerhalb des Knasts für jede von uns täglich spürbar.
Wir können unsere Angst vielleicht nicht völlig überwinden, aber wir müssen lernen, mit ihr zu leben, wenn wir die Hoffnung auf eine repressionsfreie, menschliche Gesellschaft nicht aufgeben wollen.

Mit schwesterlichen Grüßen

Frauenzentrum
Düsseldorf

Außerdem fordert das Frauenzentrum Düsseldorf vom baden-württembergischen Justizminister Palm die sofortige Freilassung von Irmgard Möller.

Das Westberliner "Weiberplenum" schlägt ein Solidaritätskomitee für Irmgard Möller vor.
Kontaktadresse: IVK-Laden, 1 Berlin 19, Seelingstr. 42

AUSWIRKUNGEN DES KONTAKTSPERRE-GESETZES IM KNAST OSSENDORF

KÖLN
30. November

Ein Brief aus Ossendorf:

„Erklärung für die Zensur:
Hiermit versichere ich, daß alle geschilderten Ereignisse und die Maßnahmen gegen mich rechtsstaatlich einwandfrei waren und nur zu meinem und der demokratisch-freiheitlichen (oder war's umgekehrt?) Grunzordnung Besten.

Na, denn mal los.

Im Knast ist 'ne Menge los. Seit Schleyerentführung und Stammheimer Endlösung stehen unter anderem die politischen Gefangenen im Mittelpunkt staatlicher Repr . . . , pardon, legitimer Gewaltausübung. Wie das im Knast Ossendorf ausgesehen hat, was das konkret bedeutet, davon will ich einen subjektiven Bericht geben.

Am 5. September nachts noch (Tag des Schleyerklaus) läuft 'ne Zellendurchsuchung, Leibesvisitation, und ich werde auf eine andere Station verlegt. Am nächsten Mittag sind auch schon die entsprechenden Gerichtsbeschlüsse da, die die Isolation bestätigen. Sie beziehen sich darauf, daß der Kontakt zu anderen Knackis verhindert werden soll. Außerdem werden uns sämtliche Informationsmöglichkeiten gestrichen, also keine Zeitungen, kein Radio. Später wird ergänzt: keine Besuche, Fliegendraht vorm Fenster. Die Anwälte werden nicht mehr reingelassen. Davon erfahre ich aber nichts.

Ab und zu kriege ich im Laufe der nächsten Wochen doch Neuigkeiten mit: im Knast hat's halt Menschen, und Knackis sind in allen Lebenslagen (notgedrungen) erfinderisch. Die Schließer reagieren allerdings auch mit entsprechender Überwachung. Sie entwickeln sowas wie einen sportlichen Ehrgeiz darin, meine Infoquellen zu entdecken und trockenzulegen. Das gibt eine zunehmende Verschärfung des Klimas. Natur-

wüchsig sozusagen. Wenn das auch nicht der Hauptgrund für die bisweilen rüden Umgangsformen ist. Der eine oder andere Schließer schleicht sich zum Beispiel unter mein Fenster und stellt sich dort mucksmäuschenstill hin, um zu hören, mit wem ich mich am Fenster eventuell unterhalte. Ein Knacki, der für mich angeblich eine Zeitung auf dem Hof versteckt hat, wird am selben Tag noch verlegt. Vor und nach dem Hofgang suchen die Grünen das Terrain ab — nach Zetteln, Zeitungsausschnitten usw. von mir bzw. für mich. Ab Anfang Oktober dann werde ich vor und nach dem Hofgang durchsucht.

Am 6. Oktober kriege ich offiziell mitgeteilt, daß es da ein „Kontaktsperregesetz" gibt und der Justizminister eine „Feststellung" getroffen habe, die in dem Gesetz vorgesehen ist und nach der auch ich kontaktgesperrt werde. Ich brauche zwei Tage, um das Gesetz zu verstehen. Wenigstens sind jetzt aber einige der Unsicherheiten über meine Lage ausgeräumt . . .

Das Binnenklima verschlechtert sich zusehends. Unter den Schließern viele neue Gesichter; von denen, die sonst auf der Station Dienst machen, sind kaum noch welche da. Zufall? Perverse Situation: die Knackis, mit denen ich vorher monatelang zusammen war — jetzt darf ich kein Wort mehr mit ihnen wechseln. In die Verlegenheit, mit ihnen sprechen zu können, komme ich allerdings auch höchst selten.

Dann der Hammer: Massentod in Stammheim. Au warte. Der Angstschweiß der Knastbürokratie ist förmlich zu riechen. Ab diesem 18. Oktober werde ich in Abständen von 5 Minuten durchs Gucklochin der Zellentür begutachtet. „Auffällige Beobachtung" nennt sich das im Amtsjargon. Nachts bleibt jetzt das Licht an. Offiziell mitgeteilt bekomme ich selbstverständlich nichts. Mittags dann Totalfilzung der Bude. Ich werde in die Leerzelle nebenan geführt. Dort muß ich mich nackt ausziehen, bücken und die Beine spreizen. In dieser Stellung werde ich mit einer Metallsonde untersucht. Eine dreiviertel Stunde werkeln die Jungs in der Bude rum. Als ich wieder zurück bin, stelle ich fest: alle Knastklamotten sind ausgetauscht, Mobiliar, Wäsche, Matratzen, Klobürste usw. Meine eigenen Klamotten sind in zwei Kisten geschmissen. Die Kacheln am Waschbecken sind von der Wand geschlagen. Dieser Zirkus läuft von da an jede Woche. Abgesehen von den Kacheln . . .

Außerdem gibt's praktisch jeden Tag eine neue Überraschung. Der Fußboden (Linoleum) wird rausgerissen, die Kloschüssel ausgetauscht und die neue einbetoniert. Ich bekomme Plastikbesteck. Meine Thermoskanne fällt der Sicherheit und Ordnung in der Anstalt zum Opfer. Ein paar Tage lang wird die Schreibmaschine „untersucht", für diesen Zweck natürlich eingezogen.

Wenig später wird die „Kontaktsperre" aufgehoben. Für uns heißt das: wieder gemeinsamer Hofgang, Umschluß mit den Knackis von der Station. Die pausenlose Bemühung um uns – hier und da taucht schon das Wort Psychoterror auf — allerdings bleibt. Die einzelnen Stories aufzuzählen will ich mir sparen. Inzwischen hat sich aber einiges als gleichbleibend rausgestellt: die Stationsschließer haben mit uns nichts mehr zu tun. Es gibt jetzt eine „Sicherheitsgruppe" (?!?), die sich ausschließlich mit den Politknackis beschäftigt. Das sind drei Mann. Der erste hat den (einzig verfügbaren) Schlüssel für das zusätzliche Vorhängeschloß an der Tür. Der zweite läuft mit einem Walkie-Talkie rum; der Dritte steht dabei, paßt auf, hält sich auf Distanz. Das ist so 'ne Art knastinternes MEK. Vor dem Hofgang: Leibesvisitation, nach dem Hofgang: Leibesvisitation, vor dem Umschluß: Leibesvisitation, beim Duschen dasselbe Theater. Die Zelle wird, auch wenn ich nicht drin bin, mit dem Vorhängeschloß zugesperrt. Die Grünen dürfen auch nur noch zu mindestens zwei Mann rein. Auch unter denen: totale Paranoia. Keiner traut keinem. Täglich wird die Zelle gründlich durchsucht. Dabei treten sich die Schließer regelmässig gegenseitig auf die Füße — weil's immer so viele sind. Das Bett zu machen, lohnt sich schon gar nicht mehr, weil jeden Tag die Matratze rausgerissen wird.

Zu den Besuchen muß ich mich nackt ausziehen und kriege dann neue Klamotten. Nach den Besuchen werde ich mit einer Metallsonde untersucht. In nacktem Zustand. Die Sachen, die ich während des Besuches getragen habe, kommen sofort weg. Die Leute, die mich besuchen, darf ich nicht anfassen.

Inzwischen bin ich in eine andere Zelle umgezogen worden. Anläßlich einer der beschriebenen wöchentlichen Genralinventuren. Diese Zelle ist jetzt „terroristensicher", wie sich einer der Grünen ausdrückte. Als Fußboden: grau gestrichener Estrich, das Betongitter ist gestrichen — vermutlich, damit leichter erkennbar ist, wenn ich meine Vampirzähne daran geschärft habe. Zwischen dem Betongitter und der Mauer ist ein Stahlrahmen eingepaßt — anstatt der normal üblichen gummiartigen Dichtungsmasse. Und noch tausend andere Kleinigkeiten.

Das Knastbesteck bekomme ich irgendwann wieder. Die Zellenbeleuchtung soll nachts in unregelmäßigen Abständen angemacht werden, heißt es plötzlich. Auf meinen Protest hin darf ich wählen: entweder wird das Licht unregelmäßig an- und ausgemacht oder es bleibt die ganze Nacht brennen. Ein aus Düsseldorf angereister Psychologe begutachtet im Verein mit einem „Progressiv-Dynamischen", der sich als stellvertretender Knastleiter entpuppt, den Grad meiner Selbstmordgefährdung. Daraufhin (?) wird das Licht seit neuestem nachts ganz ausgemacht.

Für die Knackis bin ich zum exotischen Vogel geworden. Ein Schließer rät mir, ich sollte das mal alles mit Humor nehmen. Daß ich da noch nicht drauf gekommen bin . . . "

VERSCHÄRFTE HAFTBEDINGUNGEN VON WERNER SCHLEGEL AUFGEHOBEN

BOCHUM

29. November

Werner Schlegels Anwalt teilte uns folgendes mit:

"Liebe Freunde,

nachdem die Maßnahmen aufgrund des Kontaktsperregesetzes aufgehoben worden sind, war W. Schlegel - ebenso wie eine Vielzahl anderer Gefangener - verschärfter Haftbedingungen unterworfen worden, unter der Behauptung einer Selbstmordgefahr (ID 202).

Neben Briefen an Justizminister Posser hatten wir am 9.11.77 bei der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts (LG) Bonn im Wege einer einstweiligen Anordnung beantragt,

1. die nächtliche Dauerbeobachtung und viertelstündige Kontrolle der Zelle von W.Schlegel zu unterlassen, und
2. W. Schlegel von seiner Arbeitspflicht so lange zu befreien, wie nicht die unter 1. beantragte Maßnahme unterlassen wird.

Schon bevor das LG Bonn in dieser Sache entscheiden konnte, hat der Leiter der JVA Rheinbach die beantragten Maßnahmen von sich aus vorgenommen und das Licht des nachts wieder löschen lassen. (dies hat er dem Gericht am 18.11.77 mitgeteilt)

Aus diesem Verhalten der Anstaltsleitung kann durchaus der Schluß gezogen werden, daß unser Antrag bei Gericht die Selbstmordgefahr beseitigt hat. Oder hat etwa gar keine Gefahr bestanden? "

Weiter teilte uns der Anwalt mit, daß Werner Schlegel an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen darf und daß sein Post- und Besuchsverkehr regelmäßig verlaufen würde. Innerhalb des Knasts von Rheinbach sei er jedoch schon mehrmals verlegt worden, die Überwachung ist unregelmäßig.

Werner Schlegel
Postfach 601/JVA
5308 Rheinbach

BUNDESGERICHTSHOF BESTÄTIGT: VIEREINHALB JAHRE KNAST FÜR TÜRKISCHEN ARBEITER

FRANKFURT 29.November *Der türkische Arbeiter Hasan Töreyen, einer der aktivsten Teilnehmer an dem Streik in der Strumpffabrik Eles in Taunusstein-Bleidenstadt im Winter 1975, hatte nach dem Streik einen der Streikbrecher, der ihn provozierte, angeschossen (vgl. ID 121). In erster Instanz wurde er am 16.November 1975 zu 4 Jahren und 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt (ID 163). Die von der Verteidigerin Ulrike Hill beantragte Revision wurde jetzt vom Bundesgerichtshof verworfen. Sie berichtet:*

Die Revision gegen das Urteil stützte sich vor allen Dingen auf 3 Punkte: Zum einen darauf, daß Zeugen während ihrer Vernehmung kurz hintereinander total verschiedene Versionen des Geschehens schilderten, das Gericht in seinem Urteil jedoch mit keinem Wort darauf eingeht, wieso die belastende Version die glaubwürdigste sein soll. Zum andern darauf, daß das Gericht Aussagen von Hasan für "abenteuerlich" und unglaubwürdig hält, auch wenn Zeugen in dem fraglichen Punkt seine Aussage bestätigen. Drittens schließlich hat das Gericht keine eindeutige Feststellung über die Anzahl der gefallenen Schüsse getroffen - z.T. geht es von unterschiedlichen Zahlen aus - was jedoch wichtig gewesen wäre, um die Glaubwürdigkeit der Aussagen zu beurteilen. Hinzu kamen noch eine Reihe von Verletzungen prozessualen Rechts.

Der Bundesgerichtshof hat die Revision mit Beschluß vom 28. September 1977 ohne Angabe von Gründen als unbegründet verworfen. Derartige Beschlüsse sind zwar sehr häufig, bemerkenswert ist jedoch, daß der BGH die pauschalisierende, spekulative Argumentation des Landgerichts für eine ausreichende Tatsachenfeststellung hält.

Nach der Zurückweisung der Revision wurde Hasan von Darmstadt nach Butzbach verlegt, wo er für DM 3,- pro Tag Netze knüpft.

Gleichzeitig kommen nunmehr die Schadenersatzansprüche auf ihn zu: der seinerzeit verletzte Arbeitskollege Taskin klagt z.Z. ein Schmerzensgeld in Höhe von DM 30 000,- ein; die Krankenversicherung Taskins hat ihren Schaden auf etwa DM 20 000,- beziffert.

Problematisch wird es noch einmal werden, wenn Hasan 2/3 seiner Strafe verbüßt haben wird. Ausländer werden dann nämlich fast immer in ihre Heimat abgeschoben. In der Türkei kann er jedoch noch einmal wegen derselben Tat vor Gericht gestellt werden.

Wer näheres über Hasan wissen oder ihn unterstützen will, kann sich an das Eles-Solidaritäskomitee c/o G. Müller, Günthersburgallee 75, 6000 Frankfurt, wenden.

EIN BEGRÜSSENSWERTES URTEIL

HAMBURG 28. November Eine jordanische Staatsangehörige hatte in der BRD eine Ausbildung als Erzieherin gemacht. Sie hatte bereits einen Arbeitsvertrag mit dem Kindertagesheim Billstedt abgeschlossen, als die Innenbehörde ihr die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis versagte und sie zum Verlassen der BRD aufforderte. Das Landesarbeitsamt gab der Erzieherin keine Arbeitserlaubnis unter Berufung auf die Lage des Arbeitsmarktes trotz des offenkundigen Bedarfs des Kindertagesheims.

Der Antrag auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis durch einstweilige Anordnung wurde von beiden Instanzen des Hamburger Sozialgerichts als unzulässig zurückgewiesen: Der einstweilige Rechtsschutz könne nur in den wenigen, vom Sozialgericht genau umschriebenen Fällen, gewährt werden.

Die Erzieherin hat in der Verfassungsbeschwerde geltend gemacht, daß der Art. 19 Abs. 4 GG nicht nur ein grundsätzliches Klagerecht garantiere, sondern daß Rechtsschutz immer auch die Berechtigung bedeute, zur Abwehr von schwerwiegenden Nachteilen eine einstweilige und sofortige Entscheidung durch die Gerichte fordern zu können.

Die Bundesregierung und der Hamburger Senat hatten in ihren Stellungnahmen die Verfassungsbeschwerde für begründet gehalten. Dennoch hat das Landessozialgericht in Parallelfällen während der 2 Jahre seit Erhebung der Verfassungsbeschwerde an seiner ablehnenden Auffassung festgehalten. Diese sozialfeindliche Praxis hat das Bundesverfassungsgericht jetzt beendet. Das ist zu begrüßen. Gerade für ausländische Arbeitnehmer, deren Aufenthaltserlaubnis rechtlich und deren Aufenthalt existentiell von der Arbeitserlaubnis abhängig ist, kann der einstweilige Rechtsschutz lebenswichtig sein.
Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 19.10.77 mit der die Entscheidung des Landessozialgerichts Hamburg aufgehoben und folgende Leitsätze aufgestellt worden sind:

"1. Art. 19 Abs. 4 GG verlangt bei Vornahmesachen jedenfalls dann vorläufigen gerichtlichen Rechtsschutz, wenn ohne solchen Rechtsschutz schwere und unzumutbare, anders nicht abwendbare Nachteile entstünden, zu deren nachträglicher Beseitigung die Entscheidung in der Hauptsache nicht mehr in der Lage wäre.

2. § 198 Abs. SGG läßt nach Wortlaut, systematischer Stellung und Entstehungsgeschichte eine Auslegung zu, die es den Sozialgerichten gestattet, über die ausdrücklich im Sozialgerichtsgesetz geregelten Fallarbeiten hinaus zur Vermeidung von schweren und unzumutbaren, anders nicht abwendbaren Nachteilen in entsprechender Anwendung des § 123 VwGO einstweilige Anordnungen zu erlassen." (Az. 2 BvR 42/76)

Kontakt: Uwe Maeffert, Neuenfelder Str. 4, 2102 Hamburg 93 Tel. 7 53 50 13/14

EHRENGERICHTSVERFAHREN GEGEN EINEN ANWALT

DORTMUND 30. November *Die Generalstaatsanwaltschaft in Hamm betreibt gegen den Rechtsanwalt Hugo Brentzel ein Ehrengerichtsverfahren.*

Hugo Brentzel teilt dazu in einer Erklärung mit:

„In der Zeit vom 12.12.73 bis zum 25.1.74 fand vor dem erweiterten Schöffengericht in Köln eine Hauptverhandlung gegen 10 Angeklagte wegen einer Vietnam-Demonstration statt. Während der 15-tägigen Verhandlungsdauer soll ich einmal anläßlich einer Störung der Hauptverhandlung durch Zuschauer zusammen mit 10 Angeklagten aufgestanden sein, um auf diese Weise den Richter an der Feststellung der Störer zu hindern. Wann im

einzelnen ich diese Tat begangen haben soll, wird in der Anshculdigungsschrift nicht besagt.

Der zweite Punkt des Vorwurfs bezieht sich auf denselben Hauptverhandlungstag. Mein Mandant Hannsmann endete in seinem Schlußwort mit den Worten: "Die wahren Verbrecher sind in der Brandt-Regierung." Wegen dieser Äußerung sollte eine Ordnungsstrafe gegen meinen Mandanten verhängt werden. In diesem Zusammenhang mit dieser Ordnungsstrafe soll ich gesagt haben: "Ich weiß nicht, ob hier geprüft werden kann, daß hier nicht der Wahrheitsbeweis angetreten werden kann."

Der dritte Punkt der Anschuldigungsschrift bezieht sich auf ein Interview der Roten Fahne. In diesem Interview soll ich über den Justizminister Posser geäußert haben, daß dies ein Mann sei, der alles Fortschrittliche haßt und mit allen Mitteln diffamieren will. Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang noch darauf, daß das Ausgangsverfahren gegen meinen Mandanten Hansmann noch nicht rechtskräftig ist."

Kontaktadresse:
Hugo Brentzel, Bornstr. 68, 46 Dortmund, Tel. 0231/81 24 51

ERMITTLUNGSVERFAHREN WEGEN EINES LESERBRIEFS

SCHWÄBISCH-
30. November

Zur Schließung des Jugendzentrums „Schmalzgrube" in Schwäbisch-Gmünd schrieb ein betroffener Jugendlicher einen Bericht an die Lokalzeitung. Dieser Brief brachte ihm ein Ermittlungsverfahren wegen § 88a ein. Wir veröffentlichen den Brief im Wortlaut:

„Wir sind wieder soweit, daß in unserem Land Meinungen verboten werden. Was den Herrschenden nicht paßt, wird niedergemacht. Der kritische Teil der Jugend, der sich nicht mit dem verordneten Denkverbot und Gesinnungszwang unterwirft, der Demokratie und Selbstverwaltung will, wird kriminalisiert. Lassen sich Jugendzentren nicht gleichschalten, werden sie ausgeschaltet. Die Konterrevolution wird vorbeugend forciert: Aufrüstung von Polizei und Staatsschutz, Maulkorbgesetze, Verbot von Verteidigung in Strafverfahren, Legitimation der Folter. Auf Hochtouren läuft die Hatz auf „Sympathisanten"; bei Adolf wurden stattdessen die Juden gejagt. Dieser staatliche Terror fordert die Gegenwehr. Der Widerstand wird zur moralischen Pflicht. Wir [illegible]en uns nicht unterkriegen."

Die Begründung für das Ermittlungsverfahren lieferte der Begriff 'Gegenwehr'. Es ist zur Zeit noch nicht entschieden, ob es zur Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft kommt.

GEFEUERTER BETRIEBSRAT GEGEN FIRMA PITTLER: BELAWA-PROZESS IN ZWEITER INSTANZ

LANGEN (Hessen)
25. Nov.

Die Maschinenfabrik Pittler hatte ihren Betriebsratsvorsitzenden Bruno Belawa fristlos gekündigt, als dieser die Tricks herausbekam, mit denen die Firma ihre Belegschaft kurzarbeiten ließ und nachdem sie seine Betriebsratstätigkeit vergeblich zu sabotieren versucht hatte (vgl. ID 168). Das Arbeitsgericht in Offenbach weigerte sich, die Firma mit einer einstweiligen Verfügung zur Wiedereinstellung zu zwingen (ID 184) und wies Belawas Klage zurück. Jetzt kommt der Prozeß vor das Landesarbeitsgerich. Angesichts der immer häufigeren Rausschmisse von mißliebigen Betriebsräten sollten möglichst viele Kolleg(inn)en und andere Interessierte zum Prozeß kommen. Belawa schreibt dazu:

Ich werde in diesem Prozeß beweisen, daß die mir während meiner Tätigkeit als Betriebs- und Konzernbetriebsratsvorsitzender der Pittler AG angelasteten angeblichen Verfehlungen, die zu meiner fristlosen Entlassung am 9. Februar 1977 führten, *alle* frei erfunden sind.

Ich werde beweisen, daß die fristlose Entlassung auf unsachlichen, willkürlichen und damit rechtsmißbräuchlichen Gründen beruht.

Ich werden beweisen, daß die Fa. Pittler Kurzarbeit angemeldet hat, die ausschließlich auf betriebsorganisatorischen Gründen beruht und damit gesetzwidrig ist.

Ich werde beweisen, daß die Geschäftsleitung der Pittler AG unrichtige und unvollständige Angaben an das Arbeitsamt in Frankfurt gemacht hat.

Ich werde in jedem Fall, anhand von Sitzungsprotokollen der Geschäftsleitung, Beschlüssen und Schreiben des Betriebsrates an die Geschäftsleitung, Informationen der Firma an alle Mitarbeiter und Geschäftsberichte der Pittler AG beweisen, daß ich niemals meine arbeitsvertraglichen Verpflichtungen verletzt, niemals zum Schaden der Firma Pittler gearbeitet, niemals meine Kompetenzen überschritten habe und keine falschen Zahlen an das Arbeitsamt Frankfurt gegeben habe.

Ich würde mich freuen, Sie beim Landesarbeitsgericht begrüßen zu können. Die Gründe meiner Entlassung, die Art und Weise meiner Entfernung aus dem Betrieb und die Einmaligkeit, was die Größenordnung, sowie das Ergebnis des Prozesses anbelangt, wird Sie überraschen.

Termin: Montag, 5. Dezember 1977, 11 Uhr, Landesarbeitsgericht Frankfurt, Adickesallee 36, 3. Stock, Raum 306

Kontaktadresse:
Bruno Belawa, Sofienstr. 33b, 6070 Langen

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSS WEGEN CHILE-SOLIDARITÄT?

OSNABRÜCK
23. November

PRESSE-ERKLÄRUNG

Gegen die Ärztin Hildegard Geißler, die seit 10 Jahren an den Städt. Kliniken in Osnabrück arbeitet, die seit 5 Jahren Gewerkschafts-Mitglied der ÖTV ist, und die in die Vertrauensleutegruppe des Krankenhauses sowie in den Kreisgewerkschaftstag und in den Vorstand der in der ÖTV organisierten Ärzte Niedersachsens gewählt wurde, läuft ein Verfahren zum Ausschluß aus der ÖTV wegen Beteiligung an der 1. Mai-Demonstration 77 in Osnabrück.

Der ÖTV-Vorstand Osnabrück sah diese Demonstration als eine Demonstration des KBW an; in einer solchen Demonstration ein Transparent zu tragen, sei Unterstützung des KBW, und eine Unterstützung des KBW sei mit der Mitgliedschaft in eine DGB-Gewerkschaft unvereinbar. Der Auschlußantrag wurde ohne Anhörung der Kollegin an den Bundesvorstand der ÖTV nach Stuttgart geschickt.

Die Kollegin hat von der Möglichkeit, sich beim Bundesvorstand zu den Vorwürfen zu äußern, fristgemäß in einem ausführlichen Brief Gebrauch gemacht. Sie hat richtiggestellt, daß es sich nicht um eine KBW-Demonstration gehandelt hat, sondern daß zu der 1. Mai-Demonstration 77 außer dem KBW mehrere Jugendgewerkschaftsgruppen, mehrere Fachbereichs-

gruppen der Universität Osnabrück, das Komitee "Südliches Afrika", die Gruppe für ein unabhängiges Jugendzentrum und das Chile-Komitee Osnabrück aufgerufen hatten.

Das Chilekomitee, in dem die Kollegin seit der Gründung Januar 74 mitgearbeitet hat, hat in Zusammenarbeit mit den Behörden der Stadt mehrere chilenische Flüchtlingsfamilien nach Osnabrück geholt und betreut und ist in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, Filmvorführungen und Vorträgen über die Lage in Chile, durch Solidaritätsfeste und Demonstrationen an den Jahrestagen des Putsches und jeweils am 1. Mai für die Solidarität mit Chile eingetreten. Es setzt sich überparteilich aus engagierten Einzelpersonen zusammen.

Auch an diesem 1. Mai trug die Kollegin — wie in früheren Jahren — zusammen mit chilenischen Flüchtlingen ein Transparent des Chile-Komitees Osnabrück gegen die Unterdrückung in Chile durch die Militär-Junta. Trotz der den Tatsachen entsprechenden Gegendarstellung der Kollegin hat der ÖTV-Vorstand in Stuttgart den Ausschluß bestätigt, ohne auf ihre Ausführungen einzugehen.

Sollte wirklich ein engagiertes Eintreten für Chile am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse in aller Welt, den Ausschluß aus einer bundesdeutschen Gewerkschaft bedingen?

Das wäre Zynismus gegenüber den hier im Asyl lebenden chilenischen Flüchtlingen und gegenüber den öffentlichen Solidaritätserklärungen des DGB und der Bundesregierung. Es wäre außerdem ein weiteres Beispiel für die Einschränkung der freien Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit und des Demonstrationsrechts in der BRD.

Das Chile-Komitee und chilenische Flüchtlinge in Osnabrück haben bereits beim ÖTV-Vorstand in Stuttgart gegen den Ausschluß protestiert. Wir fordern die Chilekomitees und Chile-Solidaritätsgruppen auch der anderen Städte der BRD sowie die Gewerkschaftsmitglieder, insbesondere die Kollegen von der ÖTV, denen die Chile-Solidarität nicht gleichgültig ist, auf, ebenfalls darauf zu drängen, den Ausschluß zurückzunehmen.

Chile-Komitee Osnabrück
Chile-Solidaritäts-Gruppe

Kontaktadresse:
Chile-Komitee, Otto Kuhlmann, Zieglestraße 21,
45 Osnabrück

ZENSUR BEIM WDR — ZECHENSIEDLUNGSINITIATIVEN WEHREN SICH

GELSENKIRCHEN
28. November

Am 28.11.1977 fand in Gelsenkirchen-Ückendorf eine Pressekonferenz zu der geplanten Absetzung/ Veränderung kritischer Sendungen im WDR statt. Hierzu haben verschiedene Zechensiedlungsinitiativen eine Erklärung verfaßt:

"Die Initiativen in den Arbeitersiedlungen des Ruhrgebiets sind betroffen!

In den letzten Wochen häufen sich die Meldungen über einen Kahlschlag bei bürgerorientierten und kritischen Sendungen im WDR. So mußten wir unter anderem erfahren, daß dieSendungen 'Vor Ort' und 'Ende offen' abgesetzt sind. Den plumpen Etikettenschwindel des Chefredakteurs LOCH, der ein völlig verändertes Konzept unter dem alten Namen laufen lassen will, schlucken wir nicht: daß Redakteure, die sich für Initiativen einsetzen und Bürger unzensiert zu Wort kommen lassen, massiv eingeschüchtert und in einem Fall (Bundiers) sogar gefeuert werden, daß es neuerdings im WDR als negativ gilt, wenn 'dauernd Bürger vor der Kamera stehen' und eine Sendung 'Anlaufstelle für Bürgerinitiativen ist' (Chefredakteur Loch laut Spiegel vom 14.11.77). Wir Initiativen aus den Arbeitersiedlungen wissen, wie wichtig eine kritisch-solidarische Berichterstattung durch das Fernsehen für uns ist. Es geht uns dabei nicht darum, dauernd mit *unseren* Forderungen an der Öffentlichkeit zu stehen. Eine 'Ende offen'-Sendung, in der z.B. Bürger, die gegen eine menschenfeindliche Autobahnstrasse kämpfen, unzensiert sprechen können, hilft auch uns. Genau auch das ist wohl den Chefs im WDR klar geworden: Sendungen, deren Grundsatz es ist, Bürger unzensiert durch 'Moderatoren' sprechen zu lassen, sind gefährlich. Sie ermuntern auch andere, sich nicht unterbuttern zu lassen. Die Meldungen der letzten Wochen zeigen, daß sich offenbar eine 'Einheitsfront' gegen Sendungen dieses Konzepts gebildet haben. Diese 'Front' geht quer durch die Parteien und reicht von Baden-Württemberg über Nordrhein-Westfalen bis nach Schleswig-Holstein. Die großen Erfolge, die Sendungen wie 'Vor Ort', 'Ende offen' und andere haben (wir haben gehört, daß z.B. die Altenheim-Dickebank-Diskussion von etwa 3 Mill. Menschen in NRW gesehen wurde), zeigten, daß das Bild vom 'dummen Arbeiter', der sich bloß mit Trallala-Sendungen berieseln lassen will, nicht stimmt. Auch das macht Sendungen dieser Art gefährlich. Ihr Erfolg ist eine ständige Kritik am seichten Normalprogramm, das angeblich von den Zuschauern gewünscht wird. Wir in den Arbeiterkolonien im Ruhrgebiet brauchen Sendungen, in denen *wir selbst* reden könne, deswegen treten wir heute an die Öffentlichkeit. Gleichzeitig erfüllen wir aber auch eine einfache solidarische Pflicht gegenüber den bedrohten WDR-Redakteuren. Die Kollegen von 'Vor Ort' haben uns geholfen — also helfen wir auch ihnen.

Da das Fernsehen nicht nur den Privilegierten gehört, sondern durch unsere Beiträge finanziert wird, erheben wir folgende Forderungen:

1. 'Vor Ort' soll weiter so arbeiten wie bisher.

2. Derartige Sendungen müssen ausgeweitet werden, d.h. *nicht* wie geplant 30 Min. sondern 1 1/2 Stunden mindestens, die Anfangszeiten auf 20.15 Uhr und *nicht* 21.45 Uhr festlegen, eine Übernahme ins ARD-Programm.

3. Mehr Sendungen; das Konzept von 'Vor Ort' hat sich bewährt, die Konsequenzen sind:

4. Journalisten, die noch das Rückgrat haben, die Bürger zu Wort kommen zu lassen, müssen ohne Druck und ohne Einschüchterung arbeiten können,

5. Rücknahme der Kündigung von Herrn Bundiers,

6. Gespräch mit den verantwortlichen Herren des WDR, den Herren von Sell, Loch und Hübner.

Aufgrund der Wichtigkeit, die die Öffentlichkeitsarbeit, nämlich die Information, für uns bedeutet, ist die heutige Pressekonferenz der Auftakt weiterer Aktionen, die sich wie folgt darstellen:

1. Telefonate, Briefe auch an den Rundfunk- und Verwaltungsrat und Unterschriftensammlungen aus den Siedlungen.

2. Zusammebarbeit mit der Initiative 'Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR'. Am 9.12. werden Vertreter der Initiative aus den Arbeitersiedlungen an einer Podiumsdiskussion der Kölner Initiative teilnehmen.

3. Kontaktaufnahme mit allen Initiativen, die bislang in 'Vor Ort' und 'Ende offen' teilgenommen haben, mit dem Ziel einer gemeinsamen Erklärung und einer gemeinsamen Aktion vor dem WDR-Gebäude in Köln.

4. Gespräch mit verantwortlichen Medienpolitikern sowie Verantwortlichen im WDR."

Arbeitsgemeinschaft der Initiativen
aus dem Ruhrgebiet für den Erhalt
der Arbeitersiedlungen

Kontaktadresse:
Christiane Müller-Rehm, Brunostr. 39, 4650 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/ 82 953

Am 4.12. (Sonntag) findet im Anschluß an das ARD-Abendprogramm eine Diskussion mit von Sell und Kritikern des WDR WDR statt (so gegen 22.00 oder 22.30 Uhr, die Sendung heißt "Glashaus").

GESCHÜRTER "VOLKSZORN" GEGEN LINKE KNEIPE

DÜSSELDORF 14. November *Von der Kneipe "Zum alten Fährhaus":*

Auch in Düsseldorf wird die Terroristenfahndung mit großem Eifer betrieben - großangelegte Hausdurchsuchungen hat es gegeben, zuletzt eine wegen des in der Zeitung "Gegenwind" nachgedruckten Buback-Nachrufes.

In Düsseldorf kann sich die Polizei auch nicht über mangelnde 'Mitarbeit' der Bevölkerung beklagen - im Gegenteil, am letzten Wochenende sah sie sich sogar genötigt, eine linke Kneipe gegen den mit Eifer geschürten "Volkszorn" der Bauern in "Kappes"-Hamm, einem etwas ländlichen Stadtteil von Düsseldorf, zu verteidigen. Diesen war die Kneipe voller Langhaariger mit AKW-Nein–Plaketten schon lange unheimlich. Dann hatten sie sicher auch einiges über die Terroristen "unter uns" gehört und so beschlossen sie unter dem Einfluß des Schützenfestes zur nächtlichen Selbsthilfe zu greifen: Eine Menge von 150 aufrechten Deutschen war drauf und dran, die 30 Besucher der Kneipe "auszuräuchern" oder noch Schlimmeres mit ihnen anzustellen.

Laut Presseberichten (und wie auch aus den Kommentaren der Leute hervorging) hatte das 'Signal' zu dieser Aktion eine Hausdurchsuchung am vorhergehenden Mittwoch gegeben. Die NRZ schreibt über ein Interview mit dem Polizeipräsidenten in Düsseldorf: "Daß ein massiver Polizeieinsatz am Mittwoch vergangener Woche viele Vorurteile noch verstärkt haben könnte, gibt der Polizeipräsident allerdings zu. 18 Beamte, die meisten mit Maschinenpistolen bewaffnet, waren ins "Fährhaus" eingedrungen und hatten nach linksradikalen Schriften gesucht. Ohne Erfolg. Jäger: "Gegen die jungen Leute liegt nichts vor."

Dieser Polizeieinsatz hat übrigens um 2 Uhr nachmittags stattgefunden, wenn natürlich niemand in der Kneipe ist, die 'Bevölkerung' aber am meisten mitkriegt. Und daß nichts gefunden wurde, stimmt wohl auch nicht so ganz, denn immerhin wurde einiges beschlagnahmt, so eine Mappe mit ID's (wie könnte es auch anders sein). Für die Hammer (Bürger) war jetzt natürlich klar, daß ihr langgehegter Verdacht, es mit den Terroristen zu tun zu haben, der Wahrheit entsprach. Und da man dem Staat ja heute nicht mehr trauen kann, griffen sie nach dem alten Muster zur Selbstjustiz und gingen wie wild auf die Kneipe los, woraufhin dann die Polizei benachrichtigt wurde und innerhalb kürzester Zeit ein Aufgebot von 30 Streifenwagen die Kneipe vor dem "Volkszorn" schützte.

Am nächsten Abend sollen sogar 4 Hundertschaften in Bereitschaft gestanden haben, da die Polizei einen anonymen Hinweis hatte, daß an diesem Abend etwas "starten" sollte.

Die ganze Angelegenheit hat einigen Staub aufgewirbelt. Die Presse berichtete umfangreich, und sogar einige nachdenkliche Artikel über die Auswirkungen der Terroristen-Hetze waren zu finden. Das Nachspiel für uns:

Wir überdachten unser Verhältnis zur Hammer Bevölkerung, verteilten ein Flugblatt, das auch einige positive Reaktionen hervorrief, und wollen auch weiterhin etwas "durchsichtiger" arbeiten.

Die andere Folge ist, das jetzt plötzlich das Ordnungsamt auf uns aufmerksam geworden ist und Beanstandungen vorbringt, andererseits plötzlich von Abbruch des Hauses die Rede ist. Auch eine Unterschriftenliste gegen die Kneipe ist in Hamm zusammengesellt worden.
Der Kampf geht auf anderen Ebenen weiter. Aber wir lassen uns natürlich nicht so schnell klein kriegen und zumindest machen wir unsere Erfahrungen für die nächste (größere) Kneipe.

Kommt mal vorbei, wenn Ihr in Düsseldorf seid!

"Zum alten Fährhaus", Fährstr. 264, 4 Düsseldorf-Hamm

POLIZEI FORDERT MENSCHENAUFLAUF ZUR LYNCHJUSTIZ AUF !

SCHWETZINGEN 21. November Als ich um 17.45 Uhr die Unterführung in der Nähe des Schwetzinger Bahnhofs durchqueren wollte, traf ich einen Bekannten, mit dem ich dort ins Gespräch kam. So erlebte ich folgende Ereignisse hautnah mit:

Drei KBW–Genossen, einer mit Megaphon, stellten sich 5m von mit entfernt zu einem Transparent, auf dem eine "Stellungnahme" zu den heutigen Polizeiüberfällen gegen 16 Uhr auf die KBW-Büros in Frankfurt (200 Polizisten beschlagnahmten eine Polizeimütze, eine Gaspistole, Flugblätter), Heidelberg und Mannheim aufgeschriebn war. Dort kommentierten sie diese wiederholten Einschüchterungsversuche. Innerhalb zwei, drei Minuten blockierten mehr als 30 Leute den Zugang zur Unterführung. Ein großer Teil dieser Bürger gab sich besonders demokratisch und offen, indem sie die 3 KBW-ler auch handgreiflich niederschrien, nicht auf Argumente eingingen sondern Paralellen zu Rußland - KBW - Terrorrismus herschrien. Natürlich fand diese Menschengruppe eine "Diskussion" ungesetzlich und rief die Polizei, die dann auch in Gestalt von zunächst zwei Polizisten im VW ankam. Der KBW-Mensch mit Megaphon wollte ebendieses noch in Sicherheit bringen, doch zwei Arbeiter (!) hetzten die Polizei auf sie, welche sie daraufhin zum VW schle iften. (Man vergleiche j e t z t Rußland - BRD). Vom VW aus schrie der eine Polizeist noch in die Menge: "Haut denen doch ein paar auf die Schnauze!" Und das, obwohl einzelne aus dem Pöbel schon beifallheischend durch die Menge schlichen und unter anderem folgendes von sich gaben: "Denen gehört die Fresse zerschlagen; genau wie beim Schleyer!"...oder: „Die gehören doch einfach abgeknallt!" Um es aber noch einmal festzuhalten: In jenem Augenblick forderte der Staatsbeamte die Menge zur Gewalt auf! Hier gab es dann ein paar Gegengeflüster.
Kurz darauf kamen jener Polizist und fünf weitere (einer in Zivil) mit 2 VW-Käfer und einem VW-Bus zurück und schlendert ten drei bis vier Minuten suchend durch die Menge, ohne die zwei diskutierenden KBW-Genossen zu beachten. Der große Schreier (s.o.) lief dabei mit vorgebeugtem Kopf auf mich zu, die Augen ständig auf meine AKW-Nein-Plakette gerichtet , um mich dann zu umrunden.
Nachdem sie aber weiter nichts "Verdächtiges" fanden, führten sie die 2 KBW-ler zur "erkennungsdienstlichen Behandlung" ab. Trotz Aufforderung gaben die Polizisten keine Gründe für diesen Angriff auf die Redefreiheit an. (Von dem KB–Wenig gingen weder Beleidigungen noch Falschheiten aus und "ausnahmsweise" verwendeten sie den allgemein an der Schu

le gelehrten Wortschatz.) Der Polizist (?) in Zivil, der das Kommando zu leiten scheint, weist sich nicht mal als solcher aus.
Erwähnen muß ma noch, daß vier Polizisten die Willigen (so oder so, die Erde wird rot) „in Gewahrsam Genommenen"ohne Anlaß mit stoßenden und schlagenden Argumenten in den VW-Bus trieben. Da kein Anlaß zur Eile vorlag, konnte man dies als primitiven, brutalen Akt werten! (Vergleich Polizei - Brutalität - Terrorismus).

P.S.: Als ein gleich informierter Anwalt die Schwetzinger Polizei auf "leider" noch gültige Gesetze drauf aufmerksam machte, war einer der KBW-ler schon willkürlicherweise erkennungsdienstlichen Behandlungen unterzogen worden.

gesehen, gehört, gefühlt, geschrieben
Guipago

MITTEN IN DER GROSSFAHNDUNG: IDENTIFIZIERTER "TERRORIST" HOLT POLIZEI ZU HILFE

HEIDELBERG
28. November

Einige Heidelberger Bürger haben während der Großfahndung nach den Schleyer-Entführern eine Aktion gemacht, über die sie in einem Flugblatt berichteten:

"Wo man jetzt allerorten zu hören bekommt, daß alle Bürger gemeinsam gegen "Terror und Gewalt" kämpfen müssen, die Fahndungsorgane bei ihrer Suche nach Gewalttätern auf die aktive Mithilfe aller Demokraten angewiesen sind, wo deren Apell auch in der Tat die gesamte Nation zu vormals unerwarteten gemeinsamen Anstrengungen verschmelzt (ein Bürger: "In diesen Tagen hat jeder Bürger die Pflicht, sich für seinen Nachbarn zu interessieren." (!), da wollten auch wir unseren Beitrag nicht zurückhalten!

Nachdem wir nun schon mehrmals in der Zeitung lesen mußten, daß es der Polizei immer noch nicht gelungen ist, einen der 16 gesuchten Gewalttäter zu verhaften, dachten wir daran, doch das Naheliegenste zu tun und auf einen bereits identifizierten, in Heidelberg wohnenden Gewalttäter aufmerksam zu machen, um zu verhindern, daß das gerade erst erreichte begeisterte Engagement der Bürger gegen "Terror und Gewalt" mangels Fahndungserfolg wieder erlahmen könnte.

Bei dem bereits identifizierten Gewalttäter handelt es sich um Clement Druschke, den Wirt der "Waldschänke" auf dem Heiligenberg neben der Thingsstätte. Am 27. Juli 1942 befahl er als Leiter der Gestapo-Außenstelle Jesenice (Jugoslawien) im Rahmen einer Vergeltungsaktion für Partisanenangriffe 45 Bewohner des slowenischen Dorfes Hrusica zu erschießen. Dies gestand er später selbst der Staatsanwaltschaft. Da die staatlichen Fahndungsorgane der BRD in den nachfolgenden Jahrzehnten leider nicht mit demselben Aufwand wie heute gegen die 16 nach Gewalttätern des Naziterrors fahndeten, konnten der ehemalige Gestapochef erst im April dieses Jahres aufgrund der eigenständigen, mühevollen Nachforschungen jugoslawischer Behörden durch einen Überlebenden identifiziert werden. Bisher hat allerdings auch die Staatsanwaltschaft Heidelberg keine Anklage gegen ihn erhoben.

Da wir dieses Verhalten der Staatsanwaltschaft nicht mit der geforderten "gemeinsamen Solidarität der Demokraten gegen Gewalt und Terror" in Einklang bringen konnten, besannen wir uns auf unsere aktive Mithilfepflicht. Wir fuhren daher am letzten Sonntag zur "Waldschänke", wo infolge des spätsommerlichen Wetters ein reger Besucherverkehr war. Durch die Aufführung eines kurzen Hörspiels, das in unmißverständlicher Weise die Gewalttaten des Herrn Druschke darstellte, und auch unserem Unverständnis gegenüber der Haltung der Staatsanwaltschaft Ausdruck verlieh, versuchten wir, die dort versammelten Mitbürger zu informieren, und ihr gewaltfeindliches Pflichtbewußtsein auch hier zu mobilisieren.

Doch welche Enttäuschung mußten wir bei der Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten erleben!

Ein Gast des Lokals drohte uns, er werde die Verstärkeranlage "entzweischlagen", ein anderer meinte: "Schließlich leben wir in einer Demokratie", während er Zuhörer zu verscheuchen suchte, und fügte schließlich hinzu: "Wenn ihr das nochmal macht, kriegt ihr eins auf die Schnauze!" Konnten wir uns diese Reaktionen noch damit erklären, daß es wie unser Ministerpräsident Filbinger sagte, leider immer noch einige Mitbürger gibt, die bei der Verfolgung von Gewalttätern "beiseitestehen", waren wir vom Verhalten der vielen restlichen Waldschänkebesucher und Spaziergänger tief enttäuscht!

Sie ließen keinerlei staatsbürgerliche Pflichtbegeisterung erkennen, im Gegenteil, die meisten von ihnen erweckten den Eindruck, als fühlten sie sich in ihrer Sonntagsruhe gestört; ja, sie schienen sogar erleichtert, als schließlich, durch den identifizierten Gewalttäter alarmiert, die Polizei eintraf und das Hörspielband beschlagnahmte. Wie ist es erklärlich, daß diesselben Bürger, die mit großem Eifer die "Terroristenfahndung" der letzten Tage unterstützten, die die Okkupation sämtlicher Medien durch Fahndungsberichte billigten, die Verständnis haben, wenn ihnen durch Straßenkontrollen der Polizei viel Zeit verloren geht, daß diesselben Bürger dann, wenn es um Informationen über einen Nazi-"Terroristen" geht, in dessen Lokal sie gerade ihre Getränke einnehmen, nur von "Krach" reden und ans Kaffeetrinken denken. Hängt das etwa damit zusammen, daß 68 % der westdeutschen Bevölkerung die Todesstrafe für "Terroristen" fordern und ebenso 68 % der Meinung sind, man solle bei Kappler Gnade vor Recht ergehen lassen? Handelt es dabei etwa um dieselben 68 %? Sind etwa viele von denen, die nun so gegen "Terror und Gewalt" auftreten, der Ansicht, daß die Gewalt des Herrn Druschke eine ebenso notwendige und gerechtfertigte Gegengewalt gegen "Sympathisanten" von "terroristischen" Partisanen war, wie die Gewalt der Bundesregierung, die in Mogadischu kaltschnäuzig das Leben von 93 Menschen aufs Spiel setzte?

Einige Heidelberger Bürger"

PRESSEERKLÄRUNG ZUR VERHAFTUNG VON ROSEMARIE PRIESS

HAMBURG
23. November

"Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Kuhn hat den Haftbefehl gegen Rosemarie Prieß nach mündlicher Haftprüfung am 9.11. 1977 bestätigt. Rosemarie Prieß wurde am 2.10.77 im Zug in Lübeck festgenommen, als sie von Dänemark kommend zu ihrem Wohnsitz nach Hamburg zurückkehrte. Frau Prieß wird vorgeworfen, Mitglied in der sog. Haag-Mayer-Bande zu sein.

Entgegen § 114 der Strafprozeßordnung benennt der Haftbefehl keine konkrete Tatsachen, insbesondere keine Orts- und Zeitangaben, aus denen sich der Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroritischen Vereinigung ergibt. Praktisch reduziert sich der Verdacht nur darauf, daß Frau Prieß in einer Wohnung mit der gesuchten Susanne Albrecht und Silke Maier-Witt längere Zeit gelebt hat. Als verdächtig wird weiter angesehen:

- Frau Prieß soll früher im Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen gearbeitet haben.
- Frau Prieß soll sich mehrfach im Büro von Rechtsanwalt Dr. Croissant "aufgehalten" haben.
- In der von einer Wohngemeinschaft bewohnten Wohnung meiner Mandantin wurden Flugblätter mit Erklärungen der R.A.F. gefunden.
- In der Wohnung wurde ein Foto des Justizministers Posser gefunden, das vor etwa 20 Jahren aufgenommen worden ist.

Ermittlungsrichter Kuhn hat den Haftbefehl bestätigt, obwohl die Ermittlungsbehörden offenbar keine Beweise haben, sondern nur mit kriminalistischen Spekulationen arbeiten. Dies ergibt sich daraus, daß

1. aus der Haftanstalt geschriebene Briefe meiner Mandantin beschlagnahmt wurden, um Anhaltspunkte über die politische "Einstellung" meiner Mandantin zu finden,
2. daß der Bundesrichter Kuhn der Bundesanwaltschaft zur Auflage gemacht hat, die in der Wohnung gefundenen Papiere und Aufzeichnungen beschleunigt auszuwerten, da "diese Auswertung noch nicht befriedigend erfolgt sei."

Frau Prieß hat in der Haftprüfung erklärt, sie kenne keine sog. Haag-Mayer-Bande, sie sei kein Mitglied und unterstütze diese auch nicht. Nach Ansicht der Verteidigung handelt es sich bei der Verhaftung meiner Mandantin um eine polizeitaktische präventive Maßnahme. Der Hintergrund besteht darin, daß Frau Prieß politische Gefangene in der BRD besucht und die Öffentlichkeit über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD unterrichtet hat. Es ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbar, daß meine Mandantin in Haft gehalten wird, obwohl die jetzigen Ermittlungsergebnisse eine weitere Inhaftierung nicht rechtfertigen und eine endgültige Rechtfertigung erst durch weitere Untersuchungen für möglich gehalten wird.

Gisela Gebauer, Rechtsanwältin in Hamburg 50, Friedensallee 50

Hamburg, den 11.11.1977"

SCHWULE GEGEN UNTERDRÜCKUNG UND FASCHISMUS–BROSCHÜRE ZUM RUSSELL TRIBUNAL

ULMBACH
28. November

Die Arbeitsgruppe "Repression gegen Schwule", die von Schwulen aus 14 Städten (Essen, Wstberlin, Bielefeld, Heidelberg, Göttingen, Oberhausen, Hamburg, Oldenburg, Würzburg, Klappenburg, Frankfurt, Hannover, Kassel, Marburg) gebildet wird, legt die Broschüre "Schwule gegen Unterdrückung und Faschismus" der Öffentlichkeit vor. Wir haben darin einige Beispiele der konkreten, aber teilweise nicht offen sichtbaren Schwulenunterdrückung dargestellt. Das sind die selteneren Fälle, in denen Schwulenunterdrückung faßlich, vermittelbar und damit auch bekämpfbar ist. Es sind einige Spitzen des Eisberges, der in seiner Gesamtheit unsichtbar, unverstehbar ist – weil er in uns ist, in unsere Köpfe eingeprägt, in unseren Handlungen besteht. Sehen und beschreiben könnte man ihm nur vom Zustand der Befreiung her, in vagen Umrissen erkennen, indem wir unsere Vorstellungen von Freiheit mit unseren Beobachutngen der Wirklichkeit konfrontieren. Wir haben alle Teil daran und können ihn nur in gemeinsamer Kommunikation, Diskussion und solidarischer Kritik abschmelzen.

Bestellungen über Lothar Lang, Hohenzollerndamm 17, 1 Berlin 31. Vorkasse 2 DM 3 0,50 DM Porto und Verpackung, in Briefmarken oder auf Spendenkonto 'Homosexuelle Aktion Westberlin e.V.' 28 96 96 - 108 Postscheckamt Westberlin, Sticjwort "NARGS".

GRÜNDUNG DER "F.A.G." (FRANKFURTER ANTISCHWULEN REPRESSIONS GRUPPE) FRANKFURTER SCHWULE UND DAS RUSSELL – TRIBUNAL

In Zusammenhang mit der Vorbereitung zum Russell-Tribunal und der Arbeit der Nationalen Arbeitsgruppe "Repression gegen Schwule" haben wir - das sind einige Schwule aus dem "Anderen Ufer" in Frankfurt - uns getroffen, um das Thema "Schwulenunterdrückung" zu erarbeiten. Wir wollen in der F.A.G. ("fag" auf amerikanisch heißt ‚schwul') versuchen, unter dem spezifischen Thema "Repression gegen Schwule" alle Formen der Unterdrückung und Hetze gegen Schwule zu erfassen und sie soweit wie möglich öffentlich zu machen.

Da wir die Repression gegen Schwule als integraler Bestandteil der allgemeinen Repression gegen Andersdenkende und politische "Abweichler" begreifen, sind wir auch bemüht, theoretisch die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bedingungen dieser Repression herauszuarbeiten und aufzuzeigen.

Um die Repressionsmechanismen gegen Schwule zu konkretisieren, sind wir auf die Mitarbeit und die Zulieferung von umfangreichem Informationsmaterial sowie Erlebnisberichten angewiesen. Wir fordern daher alle auf, uns zu berichten, wo sie Fälle von Diskriminierung, Beleidigungen, Verboten, Drohungen oder sonstigen Einschränkungen erlebt haben oder ihnen berichtet wurden. Insbesondere interessieren uns Fälle von Razzien auf Klappen (Bedürfnisanstalten), Kneipen, Kündigungen und/oder Berufsverboten (wobei auch vorgeschobene Gründe, die sich nicht unbedingt auf das Schwulsein berufen, interessant sind), Gehirnschnippelei an Schwulen, persönlichen Drohungen am Arbeitsplatz oder in der Ausbildung und Formen von Selbstzensur.
Als weiteren Schwerpunkt beabsichtigen wir die besondere Stellung und Behandlung von Schwulen im Knast zu untersuchen. Wir bemühen uns, Kontakt mit Schwulen im Knast, aber auch mit Anwälten, Pfarrern oder anderen Knastbediensteten aufzunehmen. Dazu benötigen wir auch Unterlagen über Urteile im Strafverfahren gegen Schwule.

Alle, die zu diesen Bereichen Erfahrungen gemacht haben oder denen über zweite oder dritte davon berichtet wurde, bitten wir, uns Eure Information so genau und detailliert wie möglich mitzuteilen.
Wer Lust hat, an der F.A.G. teilzunehmen, kann uns jeden Montag um 20 Uhr im "anderen Ufer" (Frankfurt, Mercator/Gaußstr.) finden. ("Andere Ufer" - Kommunikationszentrum/Cafe in Frankfurt).

Kontaktadresse:

Andreas Hay, Friesengasse 18, 6 Frankfurt, Tel. 0611/ 70 5637

HAMBURGER ZIVILDIENSTLEISTENDE WEHREN SICH GEGEN MILITARISIERUNG

HAMBURG
4. November

„Wir sind eine Gruppe von 90 kriegsdienstverweigerern, die hier in Hamburg ihren Zivildienst ableisten. Wir sind in der Alten- und Behindertenarbeit bei Sozialämtern und Kirchengemeinden eingesetzt, das heißt: wir machen bei den von uns betreuten Leuten sauber, kaufen ein; einige werden von uns gewaschen. Wir haben uns hier versammelt, um auf das aufmerksam zu machen was sich seit einiger Zeit in unserer Gruppe abspielt, und was passieren wird, wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird!

Seitdem die Diskussion um die Aussetzung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer läuft, mußten wir eine zunehmend negative Entwicklung im Zivildienst feststellen. Wir werden immer mehr kontrolliert und voneinander isoliert. Ein Beispiel für die Unterbindung der Zusammenarbeit ist das Verbot der "Bezirkstreffen": Bei den Bezirkstreffen trafen sich die Kollegen, die bei verschiedenen Stellen innerhalb eines Bezirks meistens für sich alleine arbeiten; dort wurden Urlaubsvertretungen arrangiert, neuen Kollegen über die Anfangsschwierigkeiten geholfen und Erfahrungen ausgetauscht. Diese Treffen wurden nun ohne Begründung verboten. Die Sprechzeit bei unseren Vertrauensleuten wurde von zweimal auf einmal monatlich zusammengestrichen., wiederum ohne Begründung! Durch diese und ähnliche Maßnahmen wird eine konstruktive Zusammenarbeit unmöglich gemacht. Und ständig kommen weitere Verschärfungen hinzu. Seit einiger Zeit sind wir gezwungen, jeden Tag peinlichst genaue "Arbeitsnachweise" zu führen, wie sie davor nur Einzelnen zur Strafe befohlen wurden.

Das was nach außen hin als "Liberalisierung des Zivildienstes" dargestellt wird, sind in Wirklichkeit zunehmende Bestrebungen, uns noch weiter unterzuordnen und uns in ein militärisches Befehls-und-Gehorsams-Verhältnis zu zwängen. Deutlichstes Zeichen für die aufkommende militärische Organisation im Zivildienst ist die Einrichtung von Zivildienstkasernen Eine solche Kaserne besteht in Castrop-Rauxel. Die dort zusammengeschlossenen Zivildienstleistenden sollen wie auch wir Alte und Behinderte betreuen. Sie sollen von dort aus täglich zu neuen Einsätzen im Ruhrgebiet vermietet werden. Wir wissen aus unserer Arbeit, daß diese Art der Hilfe zu unpersönlich ist, um echte Unterstützung geben zu können. Auch aus diesem Grund haben sich die Zivildienstleistenden die bisher dorthin einberufen wurden, geweigert, dazubleiben und passiven Widerstand geleistet. Daraufhin wurden sie wahllos ins gesamte Bundesgebiet strafversetzt.

Mit unserer Kriegsdienstverweigerung haben wir uns auch der Eingliederung in militärische Strukturen verweigert, und fühlen uns daher verpflichtet, gegen die Militarisierung im Zivildienst und die Tendenzen zum allgemeinen Arbeitsdienst zu kämpfen."

ERKLÄRUNG

"Am 4.11.77 haben in der Zeit von 9 - 11 Uhr (also während der Dienstzeit) Kollegen der Zivildienstgruppe Hamburg und anderer Hamburger Zivildienststellen im Einkaufszentrum Hamburger Straße eine Protest- und Informationsaktion durchgeführt. Ziel war es, die Bevölkerung mit verschiedenen Mitteln auf die Tendenz zur fortschreitenden Militarisierung des Zivildienstes aufmerksam zu machen. An der Aktion nahmen ungefähr 45 Kollegen teil.Während der Aktion wurde die folgende Resolution beschlossen:

An den Bundesminister für Arbeit und Soziales, den Leiter des Bundesamtes für Zivildienst, Herrn Iven, den Regionalbetreuer des Bundesamtes, Herrn Kuckuck, den Senator für Arbeit und Soziales, die Leiterin der Altenhilfe der Sozialbehörde, Frau Ganz, den Leiter der Zivildienstgruppe Hamburg, Herrn Faß

Am 4.11.1977 haben wir, Kollegen der Zivildienstgruppe Hamburg, eine zweistündige Protestaktion durchgeführt. An dieser Atkion nahmen im Rahmen des Aktionstages der Hamburger Zivildienstleistenden auch zahlreiche Kollegen aus anderen Dienststellen teil. Ziel der Aktion soll es sein, die Bevölkerung, aber auch das Bundesamt für Zivildienst (BAZ), auf unseren Widerstand gegen die Militarisierung des Zivildienstes aufmerksam zu machen.

Insbesondere wenden wir uns gegen:

- die Einrichtung der ersten Zivildienstkaserne (10 weitere sind geplant), des "Vinckehofs" in Castrop-Rauxel, und die jüngsten Versuche, durch die Strafversetzung von 30 Kollegen aus dem Vinckehof den Widerstand gegen die Kasernierung zu unterdrücken
- die Versuche, in bereits bestehenden Dienstunterkünften kasernenähnliche Zustände herzustellen, insbesondere durch das willkürliche Inkraftsetzen von neuen Hausordnungen, die u.a. Besuchsverbote im eigenen Zimmer und Ausgangssperren beinhalten; dies ist z.B. in Freiburg und Mölln geschehen.
- die zunehmende Repression in der Zivildienstgruppe Hamburg die sich z.B. im Verbot der Bezirkstreffen für die Kollegen, den Zwang zur Führung von Arbeitsnachweisen, dem Verbot der zweiten Vertrauensleutesprechzeit im Monat und dem willkürlichen Absetzen der Dienstbesprechungen zeigt. Diese Maßnahmen sind als Versuch des BAZ zu werten, den bisher recht breiten Widerstand der Kollegen gegen die "neue Tendenz im Zivildienst" zu zerschlagen, in dem die Kollegen voneinander isoliert werden.

Wir sehen in allen diesen Bestrebungen den Versuch, auf dem Hintergrund der Rechtsentwicklung in der BRD den Zivildienst in einen Arbeitsdienst zu verwandeln. Schon heute denkt man beim BAZ laut über einen Einsatz von ZDL bei Bahn und Post und über die Einberufung von Frauen zum Zivildienst nach.

Gegen diese Tendenzen gilt es den Widerstand zu organisieren. Wir sind voll solidarisch mit allen Versuchen dazu, insbesondere mit dem Warnstreik der Freiburger Kollegen vom 2.9.77. Die heutige Aktion ist ein Anfang für Hamburg, der Kampf geht weiter."

Kollegen der Zivildienstgruppe Hamburg und andere Hamburger Dienststellen
4.11.1977

Kontaktadresse:
Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL)
- Antimilitarismusgruppe im MLK -
Grindelberg 9, 2000 Hamburg 13



DREGGERS FÜNFTE KOLONNE "SCHÜLER-UNION" LIEFERT SCHÜLER AN POLIZEI AUS

NEU-ISENBURG 21. November *Eine Gruppe von Schülern aus Neu-Isenburg (Südhessen) ließ uns den folgenden Bericht über Praktiken der CDU-Schülerorganisation "Schülerunion" an ihrer Schule zugehen:*

Anfang November fanden an der Goethe-Schule Neu-Isenburg Wahlen zur Schülervertretung (SV) statt. Die Schülerunion (SU) hat es bei dieser Gelegenheit endgültig geschafft, alle wichtigen Funktionen innerhalb der SV zu übernehmen und wird damit eine vernünftige SV-Politik verhindern. Wie auch anderswo herrscht jetzt an unserer Schule Freiheit-statt-Sozialismus, mit anderen Worten: ZUCHT und ORDNUNG. Wie das im einzelnen aussehen kann, mag folgende Geschichte verdeutlichen:

Ein Schüler der 10.Klasse hatte ein von der SU zur SV-Wahl verbreitetes Flugblatt in eine Kollage umgeändert, auf der die Kandidaten der SU leicht verunstaltet als im Zusammenhang mit der Schleyer-Fahndung dringend gesuchte Terroristen abgebildet sind. Dieses fiktive Fahndungsflugblatt, das nicht zur Veröffentlichung vorgesehen war, zeigte der Schüler einem seiner Mitschüler, der daraufhin Leute aus der SU darüber informierte; um einer angeblichen Vervielfältigung vorzubeugen, klauten die aufgebrachten Hilfsdregger das Flugblatt aus der Schultasche des 'Urhebers'. Ohne sich mit diesem in Verbindung zu setzen, konsultierten sie einen sog. Vertrauenslehrer, verlangten von der Schulleitung, daß der Schüler von der Schule fliegen sollte und zogen (jetzt kommt der Hammer!) mit ihrem Beweisstück zur Polizei. Da sie dort jedoch keine Anzeige erstatteten - immerhin müssen die Ordnungshüter die Art und Weise gebilligt haben, wie die SU das Flugblatt in ihren Besitz wandern ließ (durch Diebstahl!) - steht zu befürchten, daß die Hilfsdregger den betroffenen Schüler bei der politischen Polizei denunziert haben. Ein Elternabend wurde daraufhin einberufen, auf dem die SU ihre Forderungen wiederholte. Bislang hat sie sich jedoch geweigert, eine STellungnahme abzugeben. Es ist schon mehrmals bekannt geworden, daß Mitglieder der SU mit der politischen Polizei zusammenarbeiten, so z.B. in Nordrhein-Westfalen, wo ein Schüler den Verfassungsschutz mit Angaben über unliebsame Schüler und Lehrer versorgte.

Wir denken, daß sich jeder, der ähnliches zu berichten weiß, mit uns in Verbindung setzen sollte. Wir sind eine relativ kleine Gruppe von Schülern der Goethe-Schule Neu-Isenburg, die in den eingeschränkten SV-Satzungen keine Möglichkeiten sieht, ihre Interessen zu vertreten. Unsere Aktivitäten richten sich gegen solche wie oben geschilderte Vorkommnisse, sowie gegen Repressionen gegen Schüler im allgemeinen. Wer Erfahrungen gemacht hat mit diesem Bereich des Sich-Wehrens kann ruhig mal mit uns Erfahrungen austauschen.

Kontaktadresse:

Club Voltaire/Schülerselbsthilfe, Friedrichstr./Ecke Beethovenstraße, 6078 Neu-Isenburg



DIE RATIONALE DISKUSSION ZUM HRG FINDET NICHT STATT.

Frankfurt 28.11.77 *Den gestrigen Ereignissen an der Frankfurter Uni schicken wir einen Teil der inneruniversitären HRG-Diskussion voraus. Wir übernehmen sie im Wesentlichen aus verschiedenen ASTA-Infos*
Wen
Wesentlichen aus verschiedenen ASTA—SHI Infos.
(Wichtig ist es die gesamten Geschehnisse unter dem Blickwinkel, daß im nächsten Herbst in Hessen Landtagswahlen stattfinden zu betrachten).

DER ABLAUF REIN FAKTISCH !

Gestern sollte in der Uni Frankfurt im überfüllten H VI und per Übertragung im ebenfalls überfüllten H V eine Diskussionsveranstaltung zum Hessischen Hochschulgesetz (HHG) stattfinden. Diese endete nach wenigen Minuten mit einem Eklat.

Kurz nachdem ein Fernsehteam des Hessischen Rundfunks sich in den total überfüllten Hörsaal vorgearbeitet und vom Auditorium die Genehmigung zum Filmen erhalten hatte, erschien Krollmann mit seinen Abgeordneten. Den Kommilitonen fiel sofort die Präsenz einiger Zivilbullen auf, von denen man/frau erwarten konnte, daß sie bewaffnet seien(was auch nachträglich vom Asta bestätigt wurde). Schnell und einstimmig wurde die Forderung "Bullen raus", unterstützt durch Sprechchöre, erhoben. Krollmann kritisiert den Begriff Bullen für "steuerzahlende Bürger", erwähnt aber auch, daß er sich nicht bedroht fühlt. Als der Diskussionsleiter ,Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften,Herr Jahn, die offensichtlich nicht beizulegenden Gegensätze zwischen Krollmann und dem Auditorium erkennt, erklärt er, die Diskussion nicht eröffnen zu können. Als Krollmann daraufhin durch die dichtgedrängten Studenten dem Ausgang zustrebt, kommt es durch hinzudrängende Zivilbullen auf dem Podium zu einer Rangelei, in deren Verlauf sich die Wut einiger Studenten in Form von Eiern und Tomaten entlädt. Natürlich ist niemand verletzt worden. In Kenntnis einer häufig zweifelhaften Verwendung von Pressematerial(z.B. für Ermittlungsverfahren) fordert das Auditorium daraufhin noch die Herausgabe der Filme,die den Abzug Krollmanns, d.h. die Rangelei, festgehalten hatten. Dies wird auch erfüllt.

SITUATIONSBERICHT EINER STUDENTIN

Die anschließenden Diskussionen im Hörsaal, sowie die folgende Aktion können nur dann richtig verstanden werden, wenn man ein Stück Einblick in die Stimmung der "Studentenmassen" erhält.

Kein endenwollender Beifall auf die klar und unmißverständliche Forderung eines SHI-Vertreters mindestens die Hälfte der HR-Berichterstattung den Darstellungen der Studenten zu überlassen und unsere Einflußnahme auf Endproduktion der Sendung zu sichern.Die Stellungnahme des Fernsehfritzen: "Ich finde es außerordentlich freundlich, daß ich hier sprechen darf. Je nachdem wie sie sich hier verhalten werden, fällt die Berichterstattung aus. Ich denke, daß dies keine Frage der Quantität , sondern der Inhalte sein wird." Das Presseverhalten der letzten Wochen ist in allen Köpfen,so einfach kommt er nicht davon. Wiederholung der Forderungen: Sollte es nach alle dem doch möglich sein, Studentendruck auf das Fernsehen auszuüben ?
Versuche realitätsnaher Berichterstattung werden zugesagt.
Während die hohen Gäste sich durch die Reihen zwängen, beginnt ein Spektakel:"Hier spricht der Ordnungsdienst. Wir sind hier um für die Sicherheit unserer Gäste zu sorgen, je-

den Störer werden wir aus der Versammlung entfernen." Angewandtes Ordnungsrecht ? Theater einer Fachbereichsgruppe ? Der Saal spielt mit, grölt, pfeift, klatscht. Das Podium füllt sich und das Spiel - unser Versuch, den Gang der Veranstaltung in der Hand zu behalten- kehrt sich in bedrohliche Realität. Der offizielle Sicherheitsschutz präsentiert sich. Am späten Abend geht die Information: 'Eine Pist(le ist gefunden'- an der Uni rum

Wegen dieser zwei Männer so ein Theater, brüllt es hinter mi als wir wiederholt fordern, diese Diskussion ohne den Eindruck von körpernaher Gewalt führen zu können. In der Tat bemerke ich jetzt die unzähligen Zivilen im Raum. Der persönliche "Polizeireferent" Krollmanns gibt Blinkzeichen direkt in meine Ecke. Sekundenlang frage ich mich, wer in meiner Umgebung eigentlich nicht aus Staatsschutzgründen hier ist?

Angst, Verwirrung und das Bedürfnis , die geplante Veranstaltung doch noch zu erleben, streiten sich.

"Ich fühle mich hier nicht bedroht," gibt Krollmann bekannt, erkläre mich aber solidarisch mit einem steuerzahlenden Bü ger. Hohn, blanker Zynismus in Anbetracht der Tatsache, daß in letzter Zeit nicht nur unschuldige 17jährige aus Versehen von solchen Bürgern erschossen werden, sie sich jetzt auch schon vor lauter Überwahn selbst killen.

Wir fordern nochmals: die Polizei aus dem Saal! Daraufhin Krollmann: Wir machen gerne von ihrem Angebot Gebrauc Eier und Tomaten. (Die Sicherheitstypen bahnen den Herrschaften unsanft den Weg, Handgreiflichkeiten von beiden Seiten sind die Folge.)

Ich habe sie als Erlösung aus einer unglaublichen Spannunc empfunden. Regelrecht harmlos, demgegenüber was da an geballter Macht, unausweichlichem Eklat im Raume war! Trotzdem wurde mir bei der hektisch bis eindimensional geführten Diskussion danach ziemlich unwohl. Das waren nicht alles demonstrationsgewohnte Spontis, die da so massenhaft erschienen waren. Ihre Zweifel an dem Vorschlag sofort zum Hessischen Rundfunk zu marschieren, um eine Berichterstattung, die mit dem wirklichen Ablauf der Veranstaltung übereinstimmt, zu erwirken: "Da werden wir sowieso gleich wieder in die Radikalenecke gepackt, uns versteht sowieso keiner..." machten deutlich, wie sehr die herrschende Öffentlichkeitsmeinung Raum in den Köpfen bekommen hat. Wäre es nicht wichtig auf solche Einwände einzugehen ?

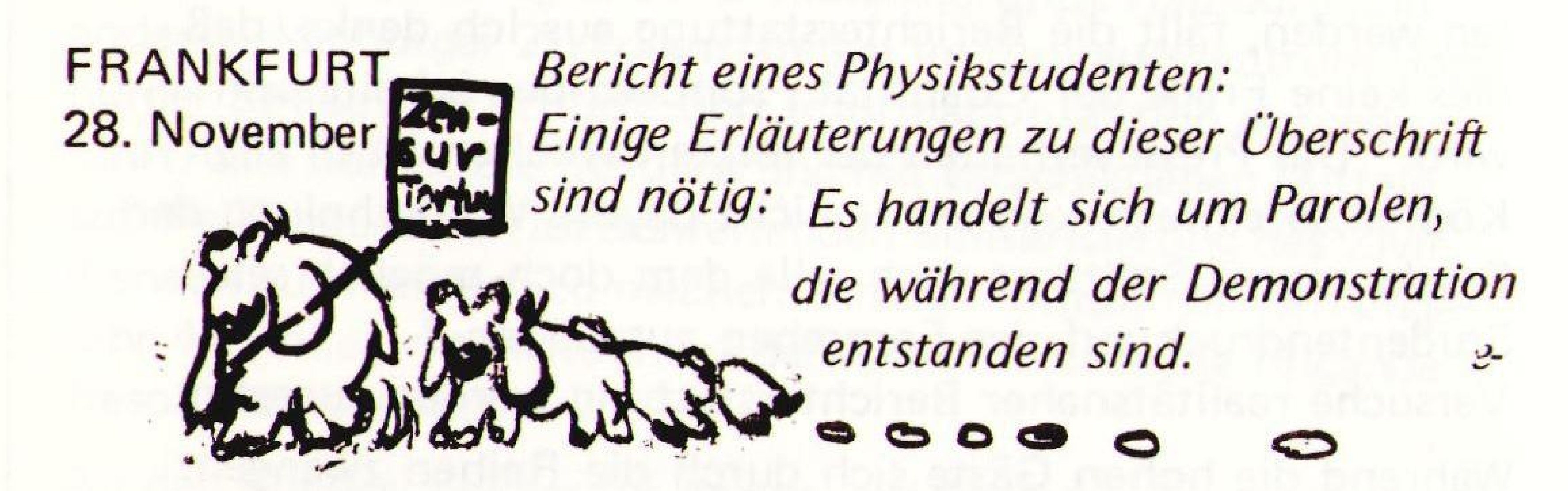
Ein SHI-Vertreter stellte glücklicherweise nochmals den Hergang der Ereignisse am Podium klar, es war wirklich nicht für alle nachvollziehbar gewesen.

Bei denen jedenfalls, die später an der Demonstration beteiligt waren, dürften auch die letzten Zweifel an der Verhältnismäßigkeit unserer Reaktionen beseitigt worden sein. Von Beginn der Veranstaltung waren nahe der Universität bereits Hundertschaften von Grünen bereit gestellt gewesen. Dieser Hergang war inizziert oder zumindest erhofft ?

Auf welches Eigenbild läßt deren Feindbild schließen ? schrieb heute der Frankfurter Asta in seinem Info.

DIE WAHRHEIT ÜBER KROLLMANN'S EI AB SOFORT IM HR DREI ODER RADIO ALICE AUF DER BERTRAMSWIESE

FRANKFURT 28. November *Bericht eines Physikstudenten: Einige Erläuterungen zu dieser Überschrift sind nötig: Es handelt sich um Parolen, die während der Demonstration entstanden sind.*



1. Radio Alice ist ein freier Sender in Bologna - In Italien gibt es eine Gesetzeslücke, die zumindest private Sender nicht verbietet. Eine Gruppe autonomer Linker - die gibt es übrigens in nahezu jeder größeren italienischen Stadt - hat einen Sender eingerichtet, der als Medium der Bewegung fungiert. Sie veröffentlichen Initiativen anderer Gruppen, greifen aber auch selbst in die städtischen Geschehnisse ein. (Wer Lust hat, es gibt ein Buch über Radio Alice: **„Alice ist der Teufel" - Praxis einer subversiven Kommunikation, Merve Verlag Berlin, 8,-- Mark.**

2. Die Bertramswiese ist der Platz vor dem Hessischen Rundfunk.

Nach der ziemlich chaotischen Auflösung der Versammlung im H V trafen sich alle, die zum Hessischen Rundfunk (HR) mitgehen wollten auf dem Campus. Plötzlich setzte sich der Anfang der Demonstration in Bewegung in Richtung Bockenheimer Landstr. An der Straße stockte der Zug, an der Spitze war man sich scheinbar nicht klar, ob man auf die Straße gehen soll, und in welche Richtung. Aber es ging weiter und das war gut, denn es wurde immer kälter (so gegen 1/2 6 Uhr abends). Wir waren noch keine 100 Meter gegangen, da tauchten schon die ersten grünen Mannschaftswagen und Blaulichter auf. Jetzt war die Frage, ob die "Ordnungshüter" diese spontane Demonstration von über 1 000 Studenten aufzulösen versuchten. Aber es wurde uns über Megaphon mitgeteilt, daß die Demo ab jetzt genehmigt sei und wir zum HR ziehen 'durften'.

Wir zogen auf den wichtigsten Frankfurter Verkehrsstraßen in die innenstadt und entsprechend war das von uns verursachte Verkehrschaos. Alle 'neuralgischen' Punkte wie die Zeil (wichtigste Frankfurter Einkaufsstraße und Fußgängerzone) waren von der Polizei abgeschirmt worden - wie immer.

Man sah sich sogar genötigt, das Gebäude der Elisabethen-Fürstenberger Schule vor den 'bösen' Studenten zu schützen. Das Abendgymnsaium Frankfurt hält dort seinen Unterricht ab. Die Stimmung der Vollversammlung übertrug sich auf die Demo. Das Lied vom Meister Jacob wurde umgedichtet in "Meister Krollmann, hörst Du uns, hörst Du die Studenten, HRG nee nee nee"

So um 1/2 7 kamen wir am Hessischen Rundfunk an und eine Delegation von drei Leuten durfte den stark bewachten HR betreten und mit der Leitung über die Presseerklärung reden. Jetzt standen also 1 000 Leute vor dem Run dfunk und warteten auf die Ergebnisse der Verhandlungen. Die Temperatur sank unter 0°C und so ist verständlich, daß der Ruf nach Eintritt in die Kantine laut wurde. Wir vertreiben uns die Zeit, indem wir anfingen zu tanzen (gegen die kalten Füße) und zu singen und brüllen (zur Unterstützung der Delegation).

So kurz nach 7 kamen die Drei wieder raus und erklärten uns, daß

1. ! das Polizeiaufgebot nicht durch den Sender verursacht worden ist, sondern daß der HR mittlerweile unter den allgemeinen Gebäudeschutz fällt.
2. ! die Presseerklärung des ASTA in einer redaktionell zwar gekürzten , aber inhaltlich nicht geänderten Form in der Hessenschau gesendet werden wird.

Dann wurde die Versammlung für beendet erklärt, und alle hetzten zur Straßbenbahn oder zum Bus, um möglichst schnell nach Hause zu gelangen, um zu sehen wieweit die Zusicherungen der Redakteure eingehalten werden.

Der Fernsehbericht war dann auch wesentlich objektiver als man es sonst gewöhnt ist, und als dann die Presseerklärung des ASTA ohne inhaltliche Änderungen gekürzt gesendet wurde, hab ich mich in einer phantastischen Stimmung befunden.

Bei der Demonstration ist mir aufgefallen, daß ich viele Bekannte sah, die ich vorher auf keiner Demo in Frankfurt gesehen habe. Während der Demo hat sich ein unwahrscheinliches Solidaritätsgefühl entwickelt. Der Höhepunkt war, als die Leute aus dem Rundfunk rauskamen und sagten, was

sie erreicht hatten. Von der Stimmung her - abgesehen von der Kälte und der Müdigkeit des langen Weges - wäre anschließend ein Fest auf dem Campus fällig gewesen.

NACHBEMERKUNG

Die beiden beschriebenen Veranstaltungen haben die Urabstimmung bzw. den zu erwartenden Streik sicher dynamisiert.
Praktisch geworden ist die Auswirkung des "Sumpf-Teach-In" schon, in dem der Bücherstand zur festen Domäne im Turm geworden ist. Nicht nur der Umsatz, sondern auch die Bereitschaft der Studenten diesen zu verteidigen ist gestiegen.

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke** Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler** Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Prof. D. Helmut Gollwitzer**, Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg** Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller



BILDERDIENST IM ID

Postfach 90 03 43, Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt/Main 90
Tel.: 0611/ 70 43 52
PSchKto: Ffm 360 811 - 608
Preise: 5 DM pro Sendung plus 1,50 DM pro Bild

* Fotos von französichen Anwälten, die bei der letzten Verhandlung wegen der Auslieferung Croissants demonstrierten
* Fotos von Büchertischen und geräumten Büchertischen in Heidelberg
* Fotos von der HRG/HHG-Veranstaltung an der Frankfurter Uni, bei der der hessische Kultusminister Krollmann Zivilpolizisten mit in den Saal brachte, und von einem rohen Ei getroffen wurde
* Ehrenwerte Herren bei einer Wehrpflichtigen-Veranstaltung des Bundeswehrverbandes im Konrad-Adenauer-Haus der CDU (Bonn)

MESCALERO-AFFÄRE: ERSTE HAUPTVERHANDLUNG

Düsseldorf *In das derzeitige politische Klima, das durch Im November den Abbau demokratischer Rechte wie auch durch vermehrtes Auftreten reaktionärer Forderungen grob charakterisiert werden kann, reiht sich die anstehende* **Hauptverhandlung am 15.Dezember vor dem Düsseldorfer Amtsgericht** *gegen drei Genossen des Fachbereichsstudentenrats Sozialarbeit/Sozialpädagogik der Fachhochschule Düsseldorf ein.*
Die Kommilitonen werden beschuldigt, durch den Nachdruck des Buback-Nachrufs in der Fachschaftszeitung "Die Lupe" gegen § 130 (Volksverhetzung), § 140Abs.2 (Billigung und Belohnung von Straftaten) sowie gegen § 189 (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben; Verstöße, die z.T. mit mehreren Jahren Haft bestraft werden können.
Von den Staatsanwaltschaften der BRD sind mittlerweile über 150 Ermittlungsverfahren in derselben Sache eingeleitet worden, der Düsseldorfer Prozeß wird somit entscheidenden und beispielhaften Charakter haben.

Kontaktadresse: **Fachbereichsrat der Fachbereiche Sozialarbeit und Sozialpädagogik FH Düsseldorf Universitätsstr.1, Gebäude 24.21 , 4000 Düsseldorf**
Spenden: **Postscheckkonto Essen 2671 70 - 431 (Prozeß)**

GELDSPERRE FÜR DEN ASTA DER FH - DARMSTADT

DARMSTADT 28. November *Eine neue Art und Weise zur Behinderung der AStA-Arbeit hat sich die Verwaltung der FH-Darmstadt einfallen lassen. Hier der Brief des AStA an de den Hochschul-ID:*

Seit dem 4. November dieses Jahres hält die Verwaltung der FHS Darmstadt stud. Gelder in Höhe von ca. 10.000 DM zurück, dies wird folgendermaßen begründet: (Unzusammenhängende Auszüge aus einer Berufungsbegründungsschrift):

"Die Studentenschaft der FHS-Darmstadt hat in den vergangenen Jahren sehr häufig gestreikt, vor allem auch bei anderen aktuellen Anlässen wurden Fenster, Wände und Plattenwege von Studenten verschmiert, Der ASTA wurde wiederholt daraufhingewiesen, daß dies unzulässig ist.
"In der Nacht vom 10./11. 1.73 wurden 97 Fenster des Hochhauses der FHS-Darmstadt verschmiert. Da dies zur Nachtzeit geschah, konnte dies nur der ASTA ... gewesen sein."

"Zum Beweise dafür, wie Studentenvertreter mit dem Eigentum des Landes Hessen umgehen, und wie beliebt bei ihnen das Verschmieren von Wänden ist, überreiche ich (d. Anwalt der Verwaltung, Anm.d.AStA) dem Gericht 20 interessante Fotografien aus dem ehemaligen Geschäftszimmer des ASTA das er vor einigen Wochen räumen mußte."

DIE UNI-VV BESCHLIESST URABSTIMMUNG ZUM STREIK

FRANKFURT 30. Nov. 77 **Berichtigung:**
Im letzten ID hieß es, der Streik an der Ffm.-Uni sei bereits beschlossen. Das trifft nicht zu.

Vielmehr läuft seit Mittwoch, 30.11. bis 2.12. die Urabstimmung (lt. Vollversammlungsbeschluß vom 23.11.77).

STUDENTEN SOLLEN WENIGER LESEN – DIE MENSA IST ZUM ESSEN DA

HEIDELBERG
1.Dezember

Erkämpftes Recht der Studenten ist es seit 68 in Heidelberg - genau wie an den meisten Universitäten im Mensabereich Bücher zu verkaufen.

Aber seit 2 Wochen will die Universität d.h. Herr Czaikowski - Leiter des Studentenwerks - diesen Brauch abschaffen. Nicht etwa, weil Studenten zuviel lesen oder weil in der BRD eine Hetzkampagne gegen Bücher läuft, sondern weil er plötzlich feststellte, daß da "da Sicherheit und Hygiene oder fundamentale Belange des Personals beeinträchtigt werden, der Bücherverkauf seine Grenze finden muß". Aber bis jetzt hat das nicht ganz geklappt.

Obwohl erst die einzelnen Bücheraten von dem Mensaeingang vertrieben worden waren, etablierte sich bald eine kollektive Verteidigung. 8 Gruppen setzten dieses Mal die Büchertische im Eßsaal auf. Nach dem ersten Versuch der Verbannung am 24. November durch einen Polizeieinsatz scheint sich jetzt Herr Niederländer – Rektor der Uni – mindestens provisorisch besonnen zu haben. Zitat von ihm: „Wer noch Zeit zum Lesen hat, studiert nicht richtig, und die Mensa ist zum Essen da."

Am 28. November und am 1. Dezember verlief der Bücherverkauf reibungslos. Seit Montag werden in Heidelberg mehr Bücher denn je verkauft.
Der Polizei hat das Mensaessen nicht geschmeckt.

KEINE BÜCHERVERBRENNUNG



Bücher werden in Deutschland, 1977 noch



nicht verbrannt.



Sie werden lediglich Polizei-Recht-Staatlich



aus der Heidelberger Uni Mensa, am 24.11.77. verbannt

tom jordan
pix: Andreas Werner

VERHAFTUNG EINES AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN

TÜBINGEN
28. NOVEMBER

Am Freitag, dem 11.11.77, wurde in Tübingen der Kanadier Francis de Blois verhaftet und nach Stuttgart-Stammheim ins Gefängnis gebracht. Francis soll angeblich am 2. Juni dieses Jahres ein Flugblatt des Kommunistischen Studentenbundes/ Marxisten-Leninisten (KSB/ML) verteilt haben, in dem der Mord an Buback gebilligt werde. Außerdem beinhalte das Flugblatt ein Lenin-Zitat, das Gewalt rechtfertige. Tatsächlich aber wird in dem betreffenden Flugblatt dem Mord an Buback anhand von verschiedenen Beispielen gegenübergestellt, daß gerade in letzter Zeit mehrere Menschen von Polizisten erschossen oder angeschossen wurden. Es wird in dem Flugblatt ferner gesagt, daß Buback für den Mord an Katharina Hammerschmid und Holger Meins verantwortlich sei. Buback wird als „Manager von Verteidigerbespitzelung und Ausschluß fortschrittlicher Rechtsanwälte" bezeichnet.
Weiter heißt es dort: „Dieser Herr verdient keine Träne der Trauer, und wenn der individuelle Terror zehnmal ein schädliches Mittel zur Durchsetzung revolutionärer Politik ist." Das angeführte Lenin-Zitat lautet: „Terroristische Akte sind unzweckmäßige Mittel des politischen Kampfes... Wir sind aber nicht gegen politischen Mord...Nur Massenbewegung kann als wirklicher politischer Kampf angesehen werden. Nur im direk-

ten, unmittelbaren Zusammenhang mit der Massenbewegung kann terroristisches Handeln von Nutzen sein."

Einziger Zeuge gegen Francis de Blois ist ein Spitzel, dessen Namen die Polizei nicht nennt und der Aussageverbot hat.

Ein weiterer Punkt der Anklage ist der, daß die Aufenthaltsgenehmigung von Francis seit einem halben Jahr etwa abgelaufen ist. Was er an Schutz durch die Ausländergesetze erwarten darf, sei bloß durch folgende Paragraphen der Ausländergesetzgebung gezeigt:

§ 2 Aufenthaltserlaubnis

(1) ...Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt.

§ 10 Ausweisung

(1) Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn er
1. die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet,
6. gegen eine Vorschrift des Aufenthaltsrechts verstößt.

In Tübingen hat sich inzwischen ein Komitee „Freiheit für Francis" gebildet das unter folgenden Forderungen arbeitet:

Freiheit für Francis ! Sofortige Entlassung ! Gewährung einer Aufenthaltsgenehmigung ! Einstellung des Verfahrens!

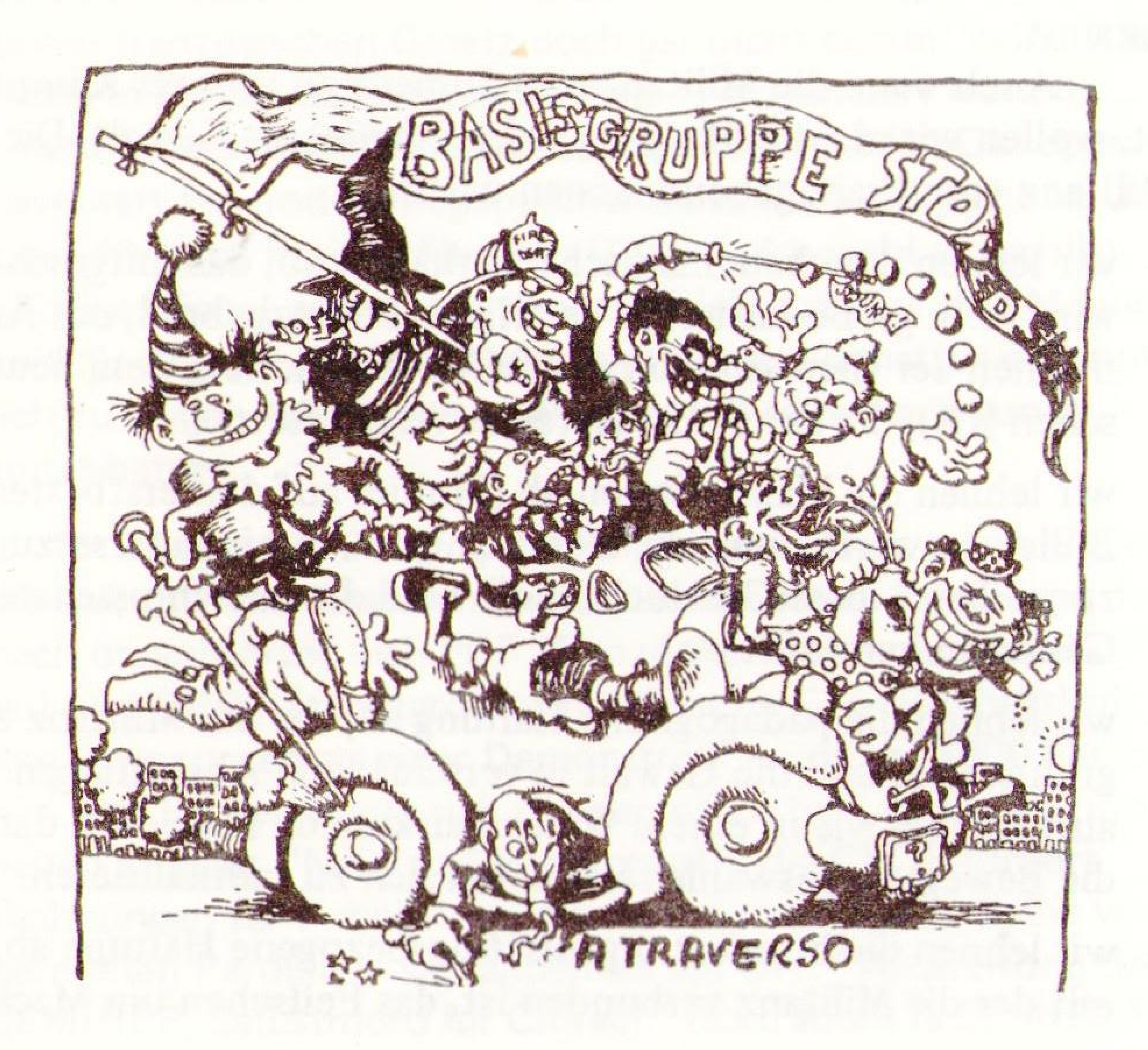
Letzte Woche gingen etwa 20 Studenten auf's Amtsgericht, um von dem Richter Stein, der den Haftbefehl unterzeichnet hatte, die sofortige Zurücknahme des Haftbefehls zu erreichen. Stein begründete beim Haftprüfungstermin jedoch die weitere Inhaftierung von Francis damit, daß Flucht- und Verdunkelungsgefahr bestehe. Die Sache ist inzwischen beim Oberlandesgericht gelandet, wo in der Woche vom 28.11. erneut ein Haftprüfungstermin stattfinden soll, dieses Mal vielleicht **öffentlich** im Gegensatz zu dem vom 22.11. vor dem Landesgericht in Stuttgart.

Noch etwas zu Francis selbst: Er lebt seit 10 Jahren in Tübingen und hat sich als ehemaliger Ausländerreferent des AStA gerade für die Belange der ausländischen Kommilitonen sehr eingesetzt.

Das Komitee hat dazu aufgerufen, in einer Postkartenaktion beim zuständigen Richter Stein gegen die Kriminalisierung von Francis zu protestieren und vor allem auch an Francis nach Stammheim zu schreiben. Er darf nur alle 10 Tage jeweils drei Besucher empfangen !
Hier die Adressen:

ancis de Blois, JVA Stammheim, 7 Stuttgart-Stammheim.

Richter Stein, Amtsgericht Tübingen, Zimmer 23, 74 Tübingen.



INTERNATIONALES

KONTROVERSE DISKUSSIONEN UM DIE DEMONSTRATIONEN IN PARIS NACH DER ABSCHIEBUNG VON K. CROISSANT

PARIS/ FRANKFURT Am 18.10.77 fand in Paris eine große Demonstration gegen die Auslieferung von Croissant statt. Aufgerufen hatten fast alle 'linksradikalen' Organisationen (gemeint sind damit in Frankreich die 'Parteiaufbaugruppen' jenseits von Sozialistischer und Kommunister Partei), vor allem Ligue Communiste Revolutionaire – LCR – und Lutte Ouvriere) sowie eine Reihe von Initiativen im Rahmen der Croissant-Kampagne und kleinere ‚anarchistische' und ‚autonome' Gruppen (es fehlten: die großen linken Parteien). Zur Demo gekommen waren etwa 15.000 Leute. Darunter auch das erste Mal ‚organisiert' (und mit Helmen, Stangen, Mollies usw. vorbereitet) die Genossen und Genossinnen der ‚Vollversammlung der autonomen Gruppen von Paris': ein Block von 300-500 Leuten. Unter der Parole ‚offensiv und Autonom' wollten und haben sie aus der Demo heraus ‚harte Aktionen' mitinitiiert: es gingen viele Scheiben zu Bruch, auch ein paar Tankstellen, viele Mollies gegen Polizisten wurden geworfen und es gab ständig Auseinandersetzungen mit der Polizei bzw. der CRS (kasernierte Polizei). Außerdem kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen dem Ordnungsdienst der linksradikalen Organisationen und den ‚Autonomen'.

Die ‚Autonomen' existieren in dieser Form erst seit 2 Monaten: nach der Schleyer-Entführung hatten sich das erste Mal Leute aus verschiedenen kleinen anarchistischen und ‚operaistischen' Gruppen (Camarades) mit unorganisierten Genossen und Genossinnen in dieser ‚Vollversammlung der Pariser autonomen Gruppen' getroffen: um eine organisierte Antwort zu finden gegen die Repression, ‚autonom' von den bestehenden Parteiaufbaugruppen. Sie hatten die Besetzung der Tageszeitung ‚Liberation' aus Protest gegen deren Berichterstattung in der Schleyerentführung (und darüber hinaus) durchgeführt und zu einer Demonstration gegen die Auslieferung Croissants aufgerufen, die verboten worden war. Die rund 500 Demonstranten wurden dann von der CRS gleich an den Metroausgängen abgefangen und auseinandergetrieben. Am Freitag, auf der großen Demo, sind sie dann das erste Mal als politische Kraft im Rahmen der ganzen linken Gruppen von Paris aufgetreten, mit dem erklärten Ziel, eine politische Alternative zu den bestehenden Gruppen anzubieten und voran treiben zu wollen.

Die Politik der ‚Autonomen' auf der Demonstration hat zu einer breiten Diskussion geführt. Wir haben im folgenden Auszüge aus drei Beiträgen übersetzt, die in der ‚Liberation' vom 21.November veröffentlicht wurden. Die Liberation hatte den ‚Autonomen' angeboten, eine Seite zur Darstellung ihrer Position selbst zusammenzustellen. Wir drucken Auszüge aus zwei Beiträgen dieser Selbstdarstellung ab, die auch einen Eindruck über die Diskussionen und Auseinandersetzung innerhalb der ‚Autonomen' vermitteln, sowie Auszüge aus einem Kommentar der Redaktion von Liberation, der das Verhalten der ‚Autonomen' auf der Demonstration kritisiert.

AUSZÜGE AUS DEM KOMMENTAR DER LIBERATION:

„Die verobjektivierten, moralisierenden und in falscher Weise ‚ausgewogenen' Berichte, die wir in der Liberation am Tage danach veröffentlicht hatten – abends noch schnell zusammengestellt, damit die Zeitung rechtzeitig erscheinen konnte –, haben nicht unseren Gefühlen von Traurigkeit und Verbitterung entsprochen, die bei den meisten Redaktionsmitgliedern an diesem Abend vorherrschten.

Jenseits aller unterschiedlichen Positionen und Empfindungen, die ausgeprägt innerhalb der Redaktion bestehen und

die wir nicht einebnen wollen, sind wir uns einig in der Ablehnung jeglicher politischer Methoden, die darauf abzielen oder zumindest dazu führen, die Leute zu instrumentalisieren, sie zu Objekten zu machen, denen man das Recht von eigenen Vorstellungen und selbststimmten Handeln abspricht.

Und genau dazu hat das Verhalten der autonomen Gruppen am Freitag abend – gezielt und bewußt – geführt: tausende von Leuten wurden gegen ihren Willen zum Schweigen gezwungen: entweder wieder nach Hause zu gehen oder sich unter den eintönigen Parolen der am besten organisierten Linksradikalen Gruppen mürrisch zu versammeln.

Es stimmt nicht, daß es am Freitag in den Straßen von Paris 10 000 disziplinierte Anhänger einer dahintrottenden Schweigemarsch-Demo und 400 bis 500 ‚Autonome' gegeben hätte, die entschlossen waren, Fensterscheiben, Tankstellen und Mannschaftswagen der Polizei kurz und klein zu schlagen. Doch so ist es nach außen hin erschienen. Deswegen sind wir verbittert. Dafür verantwortlich sind dieses Mal nicht die disziplinierten Ordnungsdienste und vorherige Absprachen des linksradikalen Organisations-Kartells. Die Verantwortung liegt bei der Politik, der sich die autonomen Gruppen verschrieben haben: eine Demonstration als Geisel zu benutzen, um die eigenen Vorstellungen durchzusetzen.

Das Problem besteht nicht darin, Anhänger von ‚Gewalt' oder ‚Gewaltlosigkeit' zu sein.... Jeder kann sich wegen uns zusammenschließen und nach seiner Vorstellung handeln, auch auf seine eigene Rechnung solche Demos durchführen, die höhnisch ‚offensiv' getauft werden. Aber wir lehnen es ab,daß diejenigen, die damit nicht einverstanden sind, als Kanonenfutter mißbraucht werden. Wir lehnen es ab, daß jede ‚libertäre' Meinungsäußerung abgewürgt wird. Wir lassen uns – und damit gleichzeitig die Gründe unseres Kampfes – nicht in die Ecke drängen, nur damit einige vor jeder Schaufensterscheibe ihre Schaukämpfe mit den linksradikalen Organisationen austragen können."

AUSZÜGE AUS DER ‚EINSTIMMIG ANGENOMMENEN' ERKLÄRUNG DER ‚PARISER VOLLVERSAMMLUNG DER AUTONOMEN GRUPPEN' vom Samstag nach der Demo am 19.November:

„Jawohl, es gab Auseinandersetzungen während der Demonstration am Freitag. Wir hatten zu einem offensiven Gegenschlag aufgerufen... Es ging darum, auf die Ausweisung (von Croissant) zu antworten und gegen die Kriminalisierung auf europäischer Ebene zu kämpfen. Wir sind der Meinung, daß nur das Machtpotential der revolutionären Bewegung die Repression, die alle Ebenen der Gesellschaft zu beherrschen sucht, zurückschlagen und so wirksam die wirklichen Freiheiten, die Möglichkeiten des Kampfes, verteidigen kann. Alle, die auf institutionelle Möglichkeiten gesetzt hatten – indem sie feinsinnig mit den ‚Widersprüchen' innerhalb des Staatsapparates oder zwischen den Staaten (Frankreich/BRD) spielten – haben nichts erreicht. Wir setzen nur auf das, was im Kampf zählt....

Diese harte Demonstration war das Mindeste, was wir Klaus Croissant, den Genossen der RAF und uns selber schuldig sind. Denn wir scheuen uns nicht zu sagen, daß die Auslieferung ein Grund mehr ist, für unsere eigenen Bedürfnisse, für unsere Verteidigung, zu kämpfen.

Die Demo vom Freitag hat gezeigt, daß viele GEnossen noch unartikuliert und spontan die Auseinandersetzung suchten, denn sie garantiert, daß die Verteidigung der Freiheitsrechte nicht zu einem weiteren hohlen Wort verkommt. Jeder wußte nach der Auslieferung von Croissant, daß ein ‚würdiger' Aufmarsch (wie ihn die linksradikalen Organisationen wollten) eine weitere Niederlage gewesen wäre.

Unsere Politik hat dem Bedürfnis nach Militanz und Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung entsprochen. Zum wiederholten Male: es war und ist nicht unsere Absicht, diejenigen Genossen, die ein gewisses Maß an Militanz nicht übernehmen wollen, dazu zu zwingen; sondern wir wollen denjenigen, die das Verlangen danach haben, die Möglichkeit geben, mit größerer Wirksamkeit und als politische Kraft aufzutreten. Und von solchen Genossen gibt es mehr, als die linken Gruppen anerkennen wollen.

Daher lehnen wir es ab, vereinzelte Aktionen zu verurteilen. Sie sind Teil der Spontaneität der Bewegung. Zwar erschöpft sich die Autonomie nicht in gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem Repressionsapparat. Sie kennt auch andere Mittel des Kampfes. Aber am Freitagabend gab es keine andere Alternative. Unsere Aufgabe als ‚Autonome' ist es, diesen Willen, dem Staat die Auslieferung teuer stehen kommen zu lassen, besser und kollektiv zu organisieren.

Das nächste Mal werden wir es besser schaffen. Wir wollen nicht von den taktierenden linksradikalen Gruppen anerkannt werden (insbesondere nicht von der Ligue Communiste, die heute der KP von vor vier Jahren gleicht). Wir glauben, daß eine immer breitere Schicht der Bewegung besteht, die sich als Teil der ‚Autonomie' begreift, auchwenn sie nicht in der ‚Vollversammlung der autonomen Gruppen' teilnimmt. Ihnen gegenüber sind wir verantwortlich. Wir werden die Verantwortung übernehmen."

ERKLÄRUNG VON GENOSSEN UND GENOSSINNEN „AUS DER VOLLVERSAMMLUNG DER AUTONOMEN GRUPPEN, DIE AUCH IM BLOCK DER AUTONOMEN AN DER DEMO TEILGENOMMEN HABEN" :

„Wir hatten ein riesiges Bedürfnis nach Militanz in unseren Köpfen und Händen, ein Bedürfnis alles, was wir erreichen konnten, zu zerschlagen: alle Fangarme und Symbole des Systems, das ganze Schweigen dieses Staates. Diese ganze Wut hat dem Block der ‚Autonomen' in der Freitag-Demonstration seine Kraft gegeben, hat gut 1 000 Leuten die Parole in den Mund gelegt: „offensiv und Autonom".

Dennoch hatten wir nach der Demo nicht das Gefühl, unsere Militanz auch ausgedrückt zu haben, sondern hatten ein dumpfes Gefühl im Bauch. Wir hatten zwar das Gefühl, daß diese Demo eine neue Stufe in unserer Geschichte war. Aber dennoch hatte jeder von uns auch das Gefühl, daß seine eigene Militanz unterdrückt worden war. Eine Militanz, die keine Übergriffe akzeptiert, wurde durch ein Militanz-Spektakel erstickt, eine spontane Militanz wurde durch eine bewußt-demonstrative Militanz abgelenkt und bedeckt, die zum Maßstab im gegenseitigen Feilschen politischer Apparate eingesetzt wurde. Wir haben unsere eigene, vielleicht naive Militanz darin nicht wiedererkannt.

Auch wenn die Militanz eine Dimension unseres Kampfes ist, wollen wir nicht einfach irgendeine beliebige Gewalt. Die Militanz vom Freitagabend lehnen wir ab.

- wir lehnen das chauvinistische Verhalten ab, das mitgeschleppt wird (z.B. große Latten in der Hand, Potenzgebrüll, das Anmachen der Genossin von der OCT (vergleichbar dem deutschen KB), die deren Lautsprecherwagen fuhr)
- wir lehnen die Manipulation ab (Mollies auf den erstbesten Bullen zu werfen und die Demo in eine Auseinandersetzung zu treiben : diese Geschichte soll wohl die entschlossensten Genossen herausfiltern)
- wir lehnen die pädagogische Haltung ab, die der Militanz zugrunde liegt und die Gewalt in verschiedene Abstufungen aufteilt und wie in einem Warenhauskatalog feilbietet, damit die Bewegung auswählen kann, um sich zu radikalisieren.
- wir lehnen die borniert organisationsbezogene Haltung ab, mit der die Militanz verbunden ist, das Feilschen um Macht

innerhalb der Linksradikalen. In der großen Zeit der Organisationen gab es technische Spezialisten für die Militanz. Heute gibt es politische Spezialisten nach dem Motto: Jeder Stein, den ihr werft, hilft, unsere Macht zu stärken.'

- wir lehnen ihren reagierenden Charakter ab: wenn man z.B. Typen sieht, die Fensterscheiben nur einschmeißen, um die Trotzkisten zu ärgern, die ihrerseits wie einst die KP ‚Schluß mit der Provokation' kreischen.
- wir lehnen ein Sektierertum schlimmster leninistischer Prägung ab (wenn etwa die Parole über Irmgard Möller nicht aufgenommen wird, nur weil sie von der Ligue Communiste kommt).
- Außerdem lehnen wir die Erpressung und den Terror ab, der die Vollversammlung überlagert, alle erforderlichen Debatten erstickt und die ‚offizielle Autonomie' dazu bringt, daß sie sich in den Schwanz beißt (was ja auch eine normale Geste bei Chauvis ist, wenn sie sich isolieren).

Wir lehnen diese Formen von Gewalt ab, weil sie uns von unserer eigenen Militanz trennen. Wir wollen nicht eingesperrt sein in die Alternative zwischen der Spirale, in die uns die ‚Genossin P 38' (P 38' ist Name einer Pistole = Symbol der militanten Autonomisten Italiens) treibt und dem historischen Kompromiß der Organisationen.

Für uns heißt ‚autonom' sein, an einer Bewegung teilzunehmen, die den neuen Reformismus, das verbale Hick-Hack und die zentralistische Paranoia ablehnt. Wir sind weder pazifistisch noch respektabel und ‚verantwortlich' und haben uns befreit von der Sorge um eine Strategie und um die Klasseneinheit. Wir wollen eine alltägliche Militanz ausüben, entsprechend unseren kollektiven Kampfbedürfnissen und unserer inneren Temperatur."

ENDLICH: AUTONOMIE MIT MEHR PHANTASIE!

PARIS
28. November

Zwischen den in letzter Zeit ebenso zahlreichen wie chaotischen Aktivitäten der Pariser "Autonomen" scheint mit dieser Demonstration zur Solidarisierung mit den gewaltsam vertriebenen Hausbesitzern am letzten Donnerstag sich eine Strömung durchgesetzt zu haben, die bald wohl noch mehr von sich reden machen wird ...

Am Donnerstag, den 24. November, räumte die Polizei ein besetztes Haus im 14. Arrondissment – obwohl sie das nach einem französischen Gesetz doch gar nicht durfte: keine Räumung in der Winterperiode ab dem 1. November! Nun, in einem Quartier, das schon von zahlreichen wilden Okkupanten bevölkert ist, und zu Beginn einer Saison, die dergleichen Untaten für ganz Paris befürchten läßt, mußte wohl ein schlagkräftiges Fanal gesetzt werden; zugleich war dies eine Möglichkeit für Chirac, sich den Wohnungsbaugesellschaften erkenntlich zu zeigen, die doch so wirkungsvoll seine Partei unterstützt hatten.

Am Abend des 24. ging die Polizei gewaltsam gegen alle vor, die sich mit den Besetzern solidarisiert hatten. Zwei Tage danach organisierten sich PCF (französische kommunistische Partei) und CFDT (zweitgrößte französische Gewerkschaft)mit d den Autonomen zu einer Demonstration von ca. 1000 Personen. Die PC vereinigte sich um den einfachen, radikalen und neuen Slogan: "Nein zu Räumungen!", die CFDT fordert Wohnungen für Arbeitslose, die Autonomen haben keine vorbereiteten Parolen – sie fanden sie am Ort: "Ausweisung der SEMIREP, Selbstmord für Chirac!" (Extradons la SEMIREP, suicidons Chirac!", SEMIREP ist die Baugesellschaft, die das Haus räumen ließ), sodann gefolgt von "Ja, Marchais war ein Genosse" ("Oui, Marchais ètait un camerade") und schließlich "Ja, Marchais war ein Bauunternehmer" (Oui, Marchais ètait un promoteur), dies, um nochmal an den vieldiskutierten Slogan anzuknüpfen: "Oui, Baader ètait un camerade".

Als die Demonstration vor das gräumte und schon zugemauerte Haus kam, begannen die Autonomen ebenso ruhig wie entschlossen mit der "Entmauerung". Die PC protestierte, sogleich umgeben von allen Demonstranten: "Nein zur Provokation", dann "Union, Adtion, Programme commun". Von nun an marschiert die PC in Schweigen weiter, allseitig umgeben von den Autonomen, die sich nun solcherart erkühnten: "Einheit, Hausbesetzung und gemeinsames Programm" (Union, squattons, Programme commun) und weiter, in schöner Mai-Erinnerung "PCF – Grüpplein" (PCF – groupuscule), sowie die Aufnahme eines sehr populären Werbeslogans "Hausbesetzung ist billiger als Darty – Champagner für alle" (le squatt est moins cher que chez Darty – Champagne pour tout le monde", Darty ist ein Elektrounternehmen mit folgendem Werbespruch: Bei Darty ist's billiger), um die von der PC erbettelten tristen HLMs (soziale Billigwohnungen) überflüssig zu machen. Weiter geht's mit "Nationalisierung aller besetzten Häuser und ihrer Filialen" (Nationalisation des squatts et de leurs filiales), gefolgt von der Drohung "Besetzen wir den Colonel Fabien" (am Platz C. Fabien liegt der Sitz der PCF), um dann einen Höhepunkt in einer subtilen Verbindung von einer brennenden politischen Aktualität mit der Ironie angelegentlich des Stalinismus zu finden: "Ja Fabien war ein Colonel!". Im Augenblick, wo die PC aufgrund all dieser Verleumdungen ihre Spruchbänder einzurollen begann, löst sich eine kleine Gruppe von der Demo und legte ein Feuerchen an das Gebäude der SEMIREP, das alle Demonstranten so gut schützten, daß die Feuerwehr erst nach einer Viertelstunde erfolgreich ihren verhinderten Einsatz beginnen konnte.

Die Moral von der Geschicht': Materielle Gewalt und Phantasie können eine gute Einheit bilden. Nach Zweifel und Kritik, ausgelöst vor allem durch die Croissant-Demonstration, konnten die Autonomen zeigen, daß sie über "mehr Pfeile zu ihrem Bogen" verfügen.
Demnächst wird getanzt auf den Demos.

ZUR VERHAFTUNG VON THOMAS GRATT UND OTMAR KEPLINGER

WIEN
25.November

Von der Österreichischen Russell-Initiative erhielten wir nachfolgende Pressemitteilung:

"Zwei unserer Mitarbeiter, Thomas Gratt und Othmar Keplinger sind als angebliche "Palmers-Entführer" in der Schweiz festgenommen worden, in Wien sind zur Zeit vier Personen, wahrscheinlich ebenfalls Mitarbeiter unserer Initiative, festgenommen.

In Zusammenhang mit verschiedenen Presse- und Fernsehmeldungen stellen wir fest:

Thomas Gratt und Othmar Keplinger waren bzw. sind Mitarbeiter der Öster. Russell-Initiative, obige Arbeitsgruppe. Thomas Gratt ist Studienrichtungsvertreter des Theaterwissenschaftlichen Instituts und presserechtlich Verantwortlicher des Infos der Linken Liste am Hauptausschuß der Universität Wien. Entgegen der Behauptung der "Zeit im Bild 2" gestern wurde unsere Arbeitsgruppe niemals aus der Linken Liste ausgeschlossen. Solche unwahren Thesen sollen die beiden Festgenommenen innerhalb der Linken Liste isolieren.

Othmar Keplinger als "Palmers-Entführer" aufzubauen, ist absurd. Er wird seit vier Wochen rund um die Uhr von bis zu vier Beamten der Abteilung I - Staatspolizeiliches Büro observiert. Dieser Umstand wurde bereits in unserer Pressemitteilung vom 18. Nov. mitgeteilt. Entgegen anderen Behauptungen wurden die Ermittlungen wegen der Gefangennahme von W.M. Palmers von der Abteilung I geführt - erst letzten Montag fand eine mehrstündige, streng geheime Besprechung dieser Abteilung im Polizeipräsidium statt. Es ist eine Lüge der Polizei, wenn behauptet wird, es sei nicht bekannt, seit wann sich Keplinger in der Schweiz aufhalte - niemand weiß besser über Keplingers genauen Tagesablauf in Wien Bescheid, als die Polizei selbst.

Eine weitere nachweisbare Lüge.

Beide werden in der Schweiz von Rechtsanwalt Rambert von der Schweizer Sektion des Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa (IVK) vertreten.

Eine weitere nachweisbare Lüge der Polizei bzw. des Ministeriums bzw. des Ministers: Othmar Keplinger wurde nicht im Zusammenhang der Protestkundgebung wegen der Morde an den drei Stammheimer Gefangenen festgenommen. Es wurden zwei männliche und eine weibliche Person seinerzeit festgenommen und in das Wachzimmer Am Hof gebracht - Othmar Keplinger war nicht dabei.

Im Zusammenhang damit erhebt sich die Frage: woher stammt das in diversen Zeitungen veröffentlichte Bild Keplingers? Offensichtlich ist, daß hier das Staatspolizeiliche Büro in bester Gestapo-Tradition Personen, die gegen die Menschenrechtsverletzungen an den Gefangenen protestieren, präventiv erfaßt.

Obwohl also die Gelegenheit genutzt werden soll, unsere Initiative zu kriminalisieren - mit bekannten Mitteln: nächtliche Hausdurchsuchungen und Festnahmen, gezielte Falschmeldungen (in der Wohnung Keplingers seien Bekleidungsstücke von W.M. Palmer gefunden worden), Massenverhaftungen, Namensverschweigung - werden wir weiterhin informieren".

Österreichische Initiative zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über Repression in der BRD

1011 Wien, Postfach 806, Telephon 5639115 (z.Zt. wegen Festnahmen unbeantwortet)

Gratts und Keplinger sind zur Zeit (1.12.) wegen unerlaubtem Waffenbesitz und Hehlerei angeklagt. Sie sollen jetzt in der Schweiz vor Gericht gebracht werden und nur nach Ablauf einer evtl. Strafe an Österreich ausgeliefert werden. Anscheinend werden beide den Antrag stellen, als Kriegsgefangene anerkannt zu werden. Es gibt anscheinend in der Schweiz diese Möglichkeit.

Weitere Verhaftungen

Wien, 1.12.77

Nach dem die Mitglieder der Arbeitsgruppe "Politischer Gefangener" (Othmar) Keplinger und (Thomas) Gratt im angeblichen Zusammenhang mit der Entführungsaffaire des bekannten Wiener Strumpfkönigs Palmers an der Schweiz-Italienischen Grenze in Chiasso verhaftet worden waren, setzte in Wien eine Verhaftungswelle ein. Einige Mitglieder des Unterstützungskomitees des Russell-Tribunals wurden von der Österreichischen Polizei festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und stundenlang verhört. Die Fragen bewegten sich um zwei Themenkreise: 1. Ermittlungen über die Personen Keplinger und Gratt, 2. ganz offensichtlich nicht damit zusammenhängende Fragen über Lebensgewohnheiten, Freunde und Bekannte, politische Zugehörigkeiten, wer divers e Zeitungen in diversen Lokalen verkauft. Es wird sondiert, wie die Zusammenhänge bei alternativen Zeitungen und Projekten sind, wie die Berührungspunkte und Fäden untereinander laufen. Die Befragung war meist recht gut auf diese , der Mittelschicht angehörenden Verhörten, abgstimmt.. Sie spielte sich zum Teil gewollt freundlich ab, solange die Verhörten nciht versuchten, ihre gesetzlichen Rechte wahrzunehmen. Sie wurden psychisch und physisch bedroht; unzulässige Fragen wurden gestellt.

Außer den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Politischer Gefangener waren auch Personen betroffen, die in keiner Weise politisch tätig sind. Weiter nahm die Österreichische Polizei einige Hausdurchsuchungen vor. Widerrechtlich wurden dabei Schriftstücke, Telephonnotizen, Fahrkarten, etc,. beschlagnahmt, beziehungsweise sind diese in ungeklärter Weise aus den Wohnungen verschwunden. Aufgrund dieser Unterlagen fanden Hausdurchsuchungen statt. Die Verhafteten der ersten Welle mussten nach 48 Stunden wieder freigelassen werden, werden jedoch z.Zt. polizeilich observiert. Ein Mitglied der Redaktion einer Wiener Stadtzeitung wurde während seiner Nachforschungen angehalten und mehrere Stunden im Polizeipräsidium in gleicher Weise verhört. Weitere Verhaftungen werden z.Zt. laufend vorgenommen.

Frage: Wieviele Verhaftungen gibt es ...?

A.: Ungefähr 15, bis jetzt.

ALENTEJO: DIE PORTUGIESISCHE REGIERUNG PROBT NEUE METHODEN DER REPRESSION

LISSABON
Herbst 1977

Aus 'Pagina um' vom 28.9.1977 :

Beim Bemühen der Regierung, ein günstiges Klima für die Anwendung des noch nicht in Kraft getretenen "Gesetzes Barreto" zu schaffen, beginnt man damit, die spitzfindigsten Repressionsmittel zu verwenden, um die alentejanischen Landarbeiter gefügig zu machen...(Barreto ist Landwirtschaftsminister)

Eines der offenkundigsten Beispiele für die repressive Handlungsweise der GNR (Guardia Nacional Republicana) ereignete sich auf dem Landgut 'Herdade dos Textos' in Arraiolos (bei Evora).

Dieses Gut ist Bestandteil des Produktionskollektivs '6.August' wo gegenwärtig 328 Mitarbeiter arbeiten, und zwar auf einer Fläche, auf der vor der Besetzung nur 130 Arbeiter eine Beschäftigung hatten.

Ohne sich auf irgendwelche Gründe zu berufen, ordnet die Regierung jetzt die Abtrennung jenes Gutes (Herdade dos Textos) an, um es der Stiftung Abreu Calado zurückzugeben.

Um die Abtrennung zu verwirklichen, schickt die Regierung am 20. September auf das Gut eine Abteilung des Zentrums für Agrarreform (staatl. Behörde) aus Evora mit der Unterstützung von mehr als 200 Polizisten. Mit etwa 30 gepanzerten Jeeps, Polizeihunden, Pferden, einem Hubschrauber, Maschinengewehren, Schlagstöcken, Visieren und Schildern fallen sie in die Kooperative ein und drängen die etwa 400 dort versammelten Arbeiter zurück.

Das Ergebnis dieser gewalttätigen Zurückdrängung waren 4 Verhaftete und mehr als 50 Verletzte, unter ihnen ein Arbeiter, der mit gebrochenem Unterkiefer ins Hospital Santa Maria eingeliefert werden mußte.

Durch die sog. Ordnungskräfte geschädigte Arbeiter sprachen mit 'Pagina um': "Das jetzt geräumte Landgut Herdade dos Textos war der Sitz unserer Kooperative und gehörte zur Stiftung Abreu Calado. In diesem Augenblick bleiben dort nur drei Arbeiter; in der Vollversammlung, die wir vor der An-

kunft der GNR abhielten, akzeptierte Niemand die Übergabe des Landes."

"Dies alles geschieht, weil die Herren vom Zentrum für Agrarreform sich entschlossen, uns einen Brief zu senden, der verlangte, daß wir das Gut verlassen sollten, obwohl es nicht einmal unter das Reservierungsrecht fiel. Da machten wir eine Vollversammlung und blieben die ganze Nacht über auf dem Gut. Morgens kamen die Kräfte der Repression, und als wir ein Gespräch mit den Herren vom Zentrum und der Leitung der Stiftung wollten, gaben uns die Kräfte der Repression 5 Minuten, uns zu zerstreuen. Vor Ablauf der Frist luden sie (ihre Waffen) und machten sich daran, uns mit den Pferden und Hunden bis zu einem Kilometer außerhalb des Gutes zu verfolgen."

Und die Arbeiter der Kooperative '6.August' fahren fort: "Frauen wurden oberhalb des Gürtels entkleidet, und sie wurden alle abgetastet. Indem sie vorgaben zu durchsuchen, tasteten sie die jungen Mädchen ab und provozierten damit die Personen."

Ein anderer Arbeiter erzählt einen von ihm bezeugten Vorfall: "Eine meiner Schwestern wollte sich unter einem Schlepper verstecken. 'Schlagt mich nicht, ich habe fünf Kinder und muß noch großziehn!' Da packt sie einer am Bein und sagt zu ihr: 'Komm da heraus, Hure. Wohin gehst du, Schamlose, Scheißhure? ' Nur Mutter nannten sie sie nicht."

Und sie fahren fort: "Ein Junge, der in einem Jeep festgehalten wurde, hörte ihre Unterhaltungen, die sich auf die Arbeiter bezogen:'Das beste wäre es, einige dort an einer Steineiche aufzuhängen.'"

Abgesehen von der Bedeutung einer derartig repressiven Handlungsweise enthüllen andere Tatsachen klar den Sinn der Regierungspolitik: Auf der Herade dos Textos, auf 260 ha von der besten Erde einer Kooperative mit vielen dutzend Arbeitern, bleiben jetzt nur drei zur Arbeit. Andererseits wird dieses Gut der Stiftung Abreu Calado zugefügt, die ihren Sitz in Benavila hat, 60 km von Arraiolos entfernt. Die Arbeiter bekundeten schon ihre Abneigung, über eine solche Entfernung arbeiten zu gehen, und die von Arraiolos haben ihre eigene Kooperative, die sie nur aufgrund von Gewalt verlassen werden.

Aussage von Carlos Fadista, Mitglied des Produktionskollektivs '6. August': "Wir gingen zu einer Verhandlung mit der Abordnung der Stiftung Abreu Calado von Benavila, aber sie wurde uns nicht gewährt. Da trafen ein Hubschrauber und die GNR mit Jeeps ein - die Abordnung von Benavila war noch nicht im Büro angekommen - und sie befahlen unverzüglich über ein Megaphon den Rückzug der Personen innerhalb von 5 Minuten. Als die Personen anfingen sich zurückzuziehen, begannen die Prügeleien. Vom Fenster des Büros aus sahen wir die gestürzten Genossen. Und im Büro bedrängten sie uns, um uns zu zwingen zu unterschreiben.
Wir befanden uns in einer schlechten Lage, denn einerseits bedrängten sie uns im Büro, um uns zu zwingen zu unterschreiben, und andererseits mußten wir ihr repressives Vorgehen gegen unsere Genossen mitansehen. Wir sahen diese zu Boden gestürzt, wobei drei oder auch vier Polizisten auf einen einzigen Genossen einschlugen.
Wir haben nicht unterschrieben und stellen das hiermit richtig - ich bin von der leitenden Komission und kann dem widersprechen, was die Zeitung 'Luta' gesagt hat, nämlich daß wir unterschrieben hätten. Das ist falsch. Wir haben nicht unterschrieben und den Verantwortlichen gesagt, daß wir nur unterschreiben würden, wenn sie uns töteten. Sie ließen uns nicht einmal Zeit, die Verhandlungen zu eröffnen. Sie sagten uns nur, daß der Erlaß vorliege und erfüllt werden müsse.
Was die verletzten Personen und die Prügeleien betrifft, habe ich allein von meiner Kooperative 18 Personen, die angegriffen wurden, unter ihnen einen Kollegen, der barbarisch geschlagen wurde, obwohl der Genosse im Krankenhaus noch schlimmer dran ist, denn er hat einen gebrochenen Unterkiefer."

Auch in der Agrarkooperative Carrascal tauchten noch am selben Tag die Techniker vom Zentrum aus Evora mit fast 300 Polizisten auf und entzogen der Kooperative 140 ha.

Die Festsetzung dieser Reservierung, in der Herdade da Murteira gelegen, war Gegenstand einander folgender Briefe des Zentrums an die Kooperative, bis schließlich am 21. September die GNR sich auf den Überfall vorbereitete. Die Arbeiter erachteten es als nutzlos, Widerstand zu leisten und zogen sich zurück, ohne daß Zwischenfälle zu verzeichnen gewesen wären.
Ein Mitglied der Arbeiterkomission sagte uns: "Wir haben gesagt, daß wir keinerlei Gespräch mit der GNR wünschten und daß wir nicht bereit wären, mit ihnen zu kämpfen." Und er fügte hinzu: "Der Leutnant der GNR kam zu mir und sagte zu mir: 'Siehst du, ihr habt den Leuten das Land weggenommen, und jetzt wird es endlich zurückgegeben. Wie fühlt ihr euch jetzt? ' Da habe ich ihm gesagt: 'Ich habe immer auf dem Land gearbeitet, und nun muß ich weiter darauf arbeiten.

Was nicht recht ist, ist die Tatsache, das Land demjenigen zu übergeben, der es nicht bearbeiten wollte und der es wiederum der Verwahrlosung überlassen wird.'
In der Tat berichten uns die Arbeiter, alles Gebüsch aus der Zeit vor der Besetzung gerodet zu haben, so daß das Land ertragsfähig wurde. Und als sie beabsichtigten, mit der Saat zu beginnen, tauchte der Gutsbesitzer auf und beanspruchte die Reservierung, die seiner Meinung nach "nicht so bleiben kann, denn das Gut muß ganz zurück."

LIP – AUTONOMER INDUSTRIELLER WIEDERBEGINN

BESANCON
8. November

Am Dienstag, den 8. November wurde bei LIP gewählt - in geheimer Wahl und der ersten in den 18 Monaten Kampf (Anm. nach den Konflikten 1973 wurde die Fabrik im April 1976 wieder besetzt). Am Ende der lebhaften Vollversammlung, zu der 450 LIP's erschienen waren, stimmten 370 für die autonome Wiederaufnahme der Produktion.

In der Woche vorher waren 3 Informationsschriften an alle verteilt worden, die den Sinn der Wiederaufnahme erklärten, die jetzt nach den 18 Monaten des "klassischen"Kampfes notwendig geworden ist. Notwendig, weil sich die staatliche Seite nach wie vor in Schweigen hüllt und im eigenen Bereich die Technologie veraltet, die Maschinen langsam verrotten.

Dieser Wiederbeginn auf der industriellen Ebene soll auch hier zeigen, daß LIP lebensfähig ist und ist in 4 Etappen vorgesehen, die die Produktion einleiten sollen.
1. Etappe im November:
- Beginn der Verhandlungen mit dem Konkursverwalter über den Kauf der Maschinen, des Vorrats, des Geländes und der Gebäude
- Wahl von Verantwortlichen für das Projekt durch die Vollversammlung, die jederzeit abwählbar sind
- Vorbereitung eines internationalen Solidaritätsapells
- Gründung eines Vereins der Freunde von LIP
- Vorbereitung eines Tages der offenen Tür für die erste Woche im Dezember (s. Nachtrag)

2. Etappe bis Weihnachten 1977
- Verbreitung des internationalen Apells
- Intensivierung der Unterstützungskampagne
- intensive Kommerzialisierung (Uhrenverkauf) und Suche nach Absatzmöglichkeiten

3. Etappe, Januar bis Februar '78
- Fortführung des Uhrenverkaufs mit neuen Modellen und neuen Produkten
- Suche nach Möglichkeiten als Zulieferant von verschiedenen Produkten

4. Etappe bis März '78
- Beginn der industriellen Produktion

"Wir werden nicht so schnell 500 Arbeitsplätze bei LIP schaffen können. Dieses Projekt ist eine Wette, ein Kampf, den wir allen vorschlagen. Wenn wir diese Wette verlieren, werden wir untergehen, aber dann alle zusammen. Um sie zu gewinnen, werden wir wie jedermann/jedefrau arbeiten aber auch zugleich kämpfen müssen. Das werden die Aktivitäten sein, die unseren Kampf noch lange Zeit beherrschen werden. Wir müssen uns auf Hinterhalte gefaßt machen, nicht in Wirtschaftlichkeitsdenken versinken und niemals den politischen Aspekt unseres Kampfes aus den Augen verlieren."

Über die zukünftige Organisationsstruktur von LIP äußert sich Jean Raguenes, ein CFDT-Vertreter: "...ein Team von 10 Personen, homogen, mit zeitlich begrenztem Mandat für zwei Monate bis das Projekt am Laufen ist. Das ist keine starres Projekt, denn wir werden dann das Team erweitern um jeweils einen Vertreter, die von den einzelnen Komissionen entsandt werden. Dieses Team bildet dann ein Kollektiv zur Führung und Verwaltung des Kampfes und wird durch die Vollversammlung kontrolliert.

Es wurde auch über die zukünftige juristische Struktur von LIP Präzisierungen eingebracht, denn es gab viele Verwirrungen um den Begriff der "Cooperative". Wir beharren nicht auf dem Wort "Cooperative", weil es vielleicht auch andere Ausdrücke dafür gibt Wir haben ihn verwendet, weil wir bei der Entwicklung des Projekts keinen besseren hatten. Eigentlich gibt es keinen Begriff, der genau das definiert, was wir machen wollen."

Die LIP's mußten nun in der Wahl zu diesem Projekt Stellung nehmen. Nach dem Gewühl an der riesigen Wahlurne ergaben sich 368 Ja-Stimmen, 73 Nein, wobei die meisten einverstanden waren, sich der Mehrheit zu beugen und 10 Enthaltungen

Daß viele Frage offen bleiben, drückt sich in einem Kommentar Jean Raguenes zum Wahlergebnis aus: "Diese Wahl bedeutet, daß wir in die Zukunft schreiten, auch wenn wir noch nicht so genau wissen, wohin es uns führen wird, aber es gab nur diese Lösung."

nach: Liberation vom 9. November '77

Nachtrag 22. November

TAGE DER OFFENEN TÜR

Am 3. und 4. Dezember gibt es Tage der offenen Tür unter der Parole: "Die Arbeit, die uns verweigert wird selbst in die Hand nehmen." Das Neue Projekt soll vorgestellt werden, Fragen und Kritik beantwortet und diskutiert werden. Die Kantine wird für das Essen sorgen und Übernachtungsmöglichkeiten werden auch geschaffen werden. Das alles findet in der Fabrik statt.



„CHLÄBER VORS MAUL"

BERN
28.November

PRESSEMITTEILUNG der Schweizerischen Journalisten-Union, Sektion des VPOD und der Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest, Bern:

Die Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest (DM) und die Schweizerische Journalisten-Union (SJU) protestieren energisch gegen die Entlassung von Journalisten aus Gründen der privaten politischen Gesinnung, wie sie erneut soeben bei den „Berner Nachrichten" (Eigenwerbung: „E Zytig wo ke Chläber vors Muu nimmt") vorgekommen ist. Sie hat den Redaktior Fred Hänni „nicht wegen Verstössen gegen die publizistische Grundhaltung, sondern wegen der Gesinnung" entlassen, ausgedrückt, durch Mitunterzeichnung eines Offenen Briefes an den Bundesrat zum Strafvollzug im Frauengefängnis Hindelbank.

Daß es noch nicht gelungen ist, den Redaktoren und Journalisten das Mitbestimmungsrecht zur Grundhaltung ihrer Zeitung zu sichern, steht bereits im Gegensatz zu einer echten Pressefreiheit. Die Abhängigkeit vom Verleber aber so weit zu steigern, daß eine fremdbestimmte Grundhaltung sogar privat übernommen werden muss, verwandelt Journalisten in politische Eunuchen, die nicht mehr fähig sind,ihre Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, das Interesse des Bürgers an den Einrichtungen dieses Staates zu wecken und zu fördern. Die Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest und die Schweizerische Journalisten-Union wehren sich gegen diese Erscheinungen, welche einen erschreckenden Abbau unserer politischen Rechte anzeigen.

Kontakt: Fred Müller, Hauptstraße 52, 5225 Oberbötzberg,CH

INFORMATIONSVERANSTALTUNG ZU REPRESSIONEN IN WESTDEUTSCHLAND

LONDON
24. November

Als "normale Sicherheitskontrolle" bezeichnete die Polizei am Flughafen Heathrow die Festnahme von zwei Vertretern des britischen "Komitee gegen Repressionen in Westdeutschland" (CARWG), die Heinz Funke, Rechtsanwalt von Andreas Baader, empfangen wollten.
Eine Festnahme erwartet man normalerweise nicht, wenn man jemanden vom Flughafen abholen will. Es zeigt jedoch ein gutes Beispiel von der "Normalität", mit der Leute wie Funke und andere konfrontiert werden, die mutig genug sind, die offizielle "Selbstmord"Version vom Tod der Gefangenen der Roten Armee Fraktion im Stmmheimer Gefängnis in Frage zu stellen.
Vor 200 Teilnehmern der CARWG-Veranstaltung in London am 10.11. berichtete Funke später über die jüngsten Verfolgungen von Dissidenten: über die Ermittlungen gegen Pfarrer Ensslin; darüber, daß keiner der Anwälte es wagt anzudeuten, daß die Gefangenen ermordet worden sein könnten; über die Hexenjagd der Presse nach der Pressekonferenz der Anwälte, die als "Aufhetzung zum Mord" bezeichnet wird.
Funke gab außerdem weitere Information über die Ereignisse in Stammheim bis zum Tod der Gefangenen.
Außer einem Beitrag von Erich Fried wurde auch ein Bericht über den Inahlt eines geheimen westdeutschen Polizeidokuments gegeben, das Pläne zur Untergrabung des Bertrand Russel Tribunals über Repression in der BRD enthält. Danach sollten Parteien und Individuen unter Druck gesetzt werden, um ihre Teilnahme am Tribunal zu verhindern.

aus: Socialist Challenge 17.11.77

Liebe Leute, dies ist der erste ID, bei dem die Abteilung INTERNATIONALES mal nicht am Ende der Heft Hierarchie steht. Das allerdings nur, weil aus überbringungstechnischen Gründen das Päckchen mit den internationalen Nachrichten zeitlich vor jenem mit den verstreuten Meldungen aus dem Inlande in das Lay - out Zimmer hereingereicht wurde. Als alles schon weitgehends gebebbt war, fiel uns das Unvorhergesehene wie Schuppen von den Augen. Eine kurze Notkonferenz kam zu dem dramatischen Entschluß: Mer lasses wie's iss .

SOLIDARITÄTSKOMITEE FÜR RECHTSUCHENDE IM KNAST GEGRÜNDET

ESSEN
15. November

Erst jetzt erhielten wir folgende Mitteilung:

„Hallo, Freunde und Genossen, einige Zeilen an euch aus dem Abfalleimer der Gesellschaft, aus dem es heute etwas Erfreuliches zu berichten gibt, wie ich/wir meinen. Am 11. Februar 1977 ist hier ein Komitee gegründet worden, das sich zur Aufgabe gestellt hat, die unterbliebenen realen Informationen über Kriegsgefangene und politische Gefangene zu verbreiten, weiter durch solidarische Proteste auf die Mißstände innerhalb der Anstalt(en) aufmerksam zu machen. Ebenso wie ...r uns zur Aufgabe gesetzt haben, jeden Gefangenen über seine Rechte aufzuklären, da festgestellt wurde, daß selbst hier die ohnehin mageren Rechte der Gesetzgebung nicht voll ausgeschöpft werden. Aus diesem Grunde wurde das Komitee unter folgendem Namen gegründet: „Solidaritätskomitee für Rechtsuchende (SKfRs)". Die ganze Sache wurde unter dem oben gezeichneten Emblem gegründet. Für die Gründung zeigt sich verantwortlich: H.-Ulrich Wemker, Werner Franke sowie Heinz Hermeling und Norbert Leetz.



In erster Linie muß es unsere Aufgabe sein, jedes/jegliches Infomaterial an Gefangene zu verbreiten und weiterzugeben, soweit wir das gewünschte Material zur Verfügung haben. Im Namen aller nochmals vielen Dank für die bisher zugesandten Mittel, denn nur so kann unsere Arbeit Früchte tragen! Das gesamte Infomaterial werden wir allerdings aus folgenden Gründen nicht verschenken, sondern lediglich ausleihen:

1. weil es uns aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, mehrere gleiche Exemplare zu bestellen,

2. weil wir Buchläden, das „WISK", den Frankfurter ID, nicht unnötig belasten wollen,

3. weil wir so vielen Gefangenen wie nur irgend möglich helfen und das uns zur Verfügung stehende Info- und sonstige Material zugänglich machen wollen.

Die Adressen werden wir für uns — das heißt nur für wirkliche Interessenten — behalten, weil wir glauben, daß die Bestellungen sonst überhand nehmen würden. Wir bitten um Anregungen, Tips und solidarische Zusammenarbeit! Allerdings müßten die Anregungen etc. so formuliert sein, daß sie der Scheiß-Zensur standhalten. Dieses Schreiben geht einen freien Weg. Eventuelle Folgen werden uns von unserem Ziel nicht abbringen, ebenso wird eine Verlegung in eine andere Anstalt keinen von uns von seiner Aufgabe abbringen. Niemand von uns wird sich durch faschistische Kampagnen beeinflussen, abschrecken oder gar einschüchtern lassen. Wie eben bereits angegeben, wollen wir uns nicht nur für die Verbreitung von realen INFORMATIONEN einsetzen, sondern wenn wir etwas stärker sind, auch gegen Lügen, Mißstände und Isolation solidarisieren und vereint protestieren.

Heute halten wir diesen Schritt für noch verfrüht. Wir hoffen, daß wir erfolgreich arbeiten können und unsere Arbeit fruchtbar sein wird. Jeder Wechsel einer Adresse durch Verlegung etc. von jedem einzelnen von uns wird in Infos sowie Alternativ-Zeitungen bekannt gegeben, damit es immer möglich ist, jeden einzelnen von uns direkt anzuschreiben."

Kontaktadressen:

H.-Ulrich Wemker, JVS Werl, Postfach 301, 4760 Werl
Werner Franke, JVA Münster, Gartenstraße 24, 4400 Münster
Heinz Hermelin, JVA Essen, Krawehlstraße 59, 4300 Essen
Norbert Leetz, Centralkrankenhaus, Ulmenstraße 95, 4000 Düsseldorf 30

VERNICHTUNG VON ED - UNTERLAGEN

MÜNCHEN
28. November

Im ID 204 haben wir über den Versuch einer Münchner Genossin, erkennungsdienstliche Unterlagen von ihr vernichten zu lassen, berichtet. Das bayrische Landeskriminalamt lehnte diesen Antrag ab. Andere "Personen des öffentlichen Rechts" haben den gleichen Versuch gestartet und ebenfalls einen ablehnenden Bescheid erhalten. Dagegen laufen auf verschiedene Weise Widersprüche:
- über einen Rechtsanwalt (Ergebnis steht noch aus),
- selbständig.

Im folgenden veröffentlichen wir das vorläufige Ergebnis eines selbständigen Vorgehens:

"Anlage: 1 Einzahlungsschein

Sehr geehrter Herr G.,

Ihr Widerspruch gegen den Bescheid des Bayerischen Landeskriminalamtes vom 14.10.1977 ist am 17.11.1977 hier eingegangen.
Nach Art. 15 Abs. 1 des Kostengesetzes vom 25.6.1969 (GVBl. S. 165) kann die Behandlung Ihres Widerspruchs von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses abhängig gemacht werden. Sie werden daher ersucht, bis zum 5.12.1977 einen Kostenvorschuß in Höhe von DM 153,- durch Einzahlung mit beiliegendem Einzahlungsschein ... zu entrichten. Solange der Vorschuß von DM 153,- nicht eingegangen ist, kann Ihr Widerspruch nicht behandelt werden (Art. 15 Abs. 1 KG).
Wird der Kostenvorschuß nicht binnen der o.a. Frist eingezahlt, so wird Ihr Widerspruch als zurückgenommen behandelt werden (Art. 15 Abs. 1 Satz 3 KG).
In diesem Falle werden eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zur Hälfte der Gebühr, die für die Vornahme der beantragten Amtshandlung festzusetzen gewesen wäre, und die angefallenen Auslagen erhoben werden (Art. 10 Abs. 2 KG).

Hochachtungsvoll

Dr. Giglberger (Oberregierungsrat)"

LESERBRIEF EINES DEUTSCHEN GENOSSEN AUS FRANKREICH

FRANKFURT
30. November

"Ich lese den ID, was mich auf ernstere Gedanken bringt. Zum Tod der Stammheimer Genossen - Jan Carl Raspe habe ich zweimal in Stammheim besucht, vor ungefähr 1 u. 1 1/2 Jahren - stellt sich ja jedem von uns die Frage, ob dieser Staat bewußt und willentlich mordet. Ich habe festgestellt, daß die Franzosen, wen ich halt so spreche, das sind zum größten Teil die sog. normalen Leute, viel eher von Mord sprechen, verübt von staatlichen Organen an den Gefangenen, als die Leute in der BRD. Im Gegensatz zum Konjunkturländchen BRD mit zeitweilig liberaler örtlicher Aufheiterung haben es die Franzosen auch noch nach dem Krieg mit einer zentralen brutalen Staatsgewalt zu tun gehabt, vom Gendarmen angefangen. Die Bourgeoisie, die sich hier viel unverschämter und offener zeigt, hat viel weniger Hehl daraus gemacht, wer die Macht hat, als in der BRD. Die Franzosen, die von Mord sprechen, gehen dabei von einem Staatsverständnis, einer Staatserfahrung aus, die mir realistischer, aber auch weitaus beängstigender scheint, als unser Bild von diesen Herrschaften.
Hier ist übrigens auch nicht der Landfrieden, den man sich wünscht. Ich bin innerhalb von 5 Monaten 5 mal von den Bullen angemacht worden, einmal mit 1 1/2 stündigem Verhör, es wurde ganz offen gefragt, ob ich politisch organisiert sei, mit wem ich verkehre usw. Als ich die Antwort verweigert habe, sagte man mir, es sei zu empfehlen zu antworten, gegen mich könnten sie immer was finden, bei meinem Motorrad angefangen. Das hat niemanden gewundert, ist hier gute Tradition.
In einem Örtchen, wo man sein Haus offen läßt, schließen wir die Türen, wenn wir weiter wegfahren, nicht wegen der Diebe, die es hier nicht gibt, sondern wegen der Pollente, die es hier gibt. Viele Grüße also aus dem Land, das eben Claus Croissant ans Messer geliefert hat.

PROTESTE GEGEN "DAMENBOXEN"

HAMBURG
24. Nov. 77

Zu dem trotz vieler Proteste immer noch stattfindenden Veranstaltungen des sogenannten "Damenboxens" kam folgende Stellungnahme einer Frauengruppe aus Hamburg.

"Daß das Damenboxen immer noch stattfindet, ist eine Sauerei!!! Leider waren wir momentan noch nicht in der Lage, die Veranstaltung ganz zu verhindern, aber wir haben durch Zucker im Tank des Veranstalterautos und mit einem Fahrtenmesser zerstochene Reifen von drei Autos den Spaß an der sexistischen Veranstaltung etwas geschmälert und einigen Sachschaden angerichtet. Reifenzerstechen geht übrigens ganz schnell!

Wir finden es absolut richtig, den Gewinn vom Veranstalter soviel wie möglich zu schmälern, am besten natürlich die Veranstaltung zu verhindern. Wir werden jede Gewalt von Männern, Staat, Bullen, Bonzen usw. gegen uns erwidern und da zuschlagen, wo sie es nicht vermuten und uns nicht so einfach kriegen können. In diesem Fall, also da, wo uns die Männer nicht verprügeln konnten, wie z.B. wenn wir zu wenigen in die Veranstaltung gegangen wären und sie sich an unserer ohnmächtigen Wut noch extra aufgegeilt hätten.

Lesbenfront Alternativsport"

Die Frankfurter Rundschau schreibt zum gleichen Thema am 1. Dezember 77:

"Zahlreiche Proteste gegen Frauenboxen"

"Neu-Isenburg. Bei der Stadtverwaltung gingen zahlreiche Proteste von Bürgern gegen Veranstaltungen am 5. und 6. Dezember in der Hugenottenhalle ein, bei denen Frauen mit nacktem Oberkörper boxen sollten. In einem Brief an die Stadt heißt es, es sei unerträglich, daß in Räumen, die mit erheblichen Steuermitteln subventioniert werden, Sexualität 'als eine wichtige Diskussion von Partnerschaftlichkeit in unserer Gesellschaft' in engem Zusammenhang mit Aggression und Brutalität dargestellt werde. Die Stadtverwaltung hat inzwischen den Vertrag mit dem Veranstalter gekündigt, da dieser fürdie von ihm geplante Mittelbühne keinen Bestuhlungsplan zur Genehmigung vorgelegt habe. Der Veranstalter behauptet dagegen, es sei abgemacht, daß der normale Bestuhlungsplan gelte und das Boxen auf der Bühne stattfinden solle. Er werde eine einstweilige Verfügung beantragen und Schadenersatzklage einreichen."

In der neuesten Ausgabe der Berliner Frauenzeitschrift 'Courage' (Nr. 12) ist ein Artikel von und über Frauen erschienen, die selbst bei diesen Veranstaltungen aufgetreten sind.

URTEIL GEGEN RÖDER

UELZEN
25. November

Nachfolgender Text entstammt zwar der "Frankfurter Rundschau', er ist aber nichtsdestoweniger richtig und die Fortsetzung des im ID 204 begonnenen Berichts über den Prozeß gegen den Rechts-radikalen-anwalt Manfred Röder in Uelzen.

"Mit der Verurteilung des rechtsradikalen Ex-Anwalts Manfred Röder zu einer dreimonatigen Freiheitsstrafe haben die Auseinandersetzungen um die Uelzener Schüler-Aufführung eines umgearbeiteten Nazi-Propagandastücks am Donnerstag vor dem Schöffengericht am Amtsgericht Uelzen zunächst ein Ende gefunden. Das Gericht sah es als bewiesen an, daß sich der mit Berufsverbot belegte Rechtsanwalt am 23.März dieses Jahres als Störer der Theateraufführung des Widerstands gegen Polizeibeamte in Tateinheit mit vorsätzlicher Körperverletzung schuldig gemacht hat. Röder hatte zusammen mit seinen Anhängern die Aufführung massiv gestört, weil er meinte, das von den Schülern aufgeführte Stück verunglimpfe den 1923 wegen Widerstnads gegen die französische Besatzungsmacht im Rhein-Ruhr-Gebiet von Franzosen erschossenen Leo Schlageter."

TERRORISTENNEST IN SALZGITTER

SALZGITTER
18. November

Mit diesen und ähnlichen Unterstellungen versucht die Lokalpresse in Salzgitter mehrere Wohngemeinschaften und das alternative Zentrum "Wildes Huhn" nach ganz tief unten in den Sympathisantensumpf zu ziehen. Über die Pressekampagne, Hausdurchsuchungen etc. informiert jetzt eine Dokumentation;
Anti-Repressions-Info Nr. 1, 24 Seiten für 1,50 DM.

Kontaktadresse: Verein zur Förderung von Kultur und Kommunikation e.V., An der Schölke 5, Postfach 100 764, 3320 Salzgitter 1, Tel. 05341/48760.

DOKUMENTE ZUR TERRORISTENHATZ AN SCHULEN

HAMBURG
28. November

Das Hamburger Referendar- und Lehrerzeitungskollektiv hat Dokumente zur Diffamierungskampagne gegen Lehrer, die Erich Frieds Werke im Unterricht behandelt haben, herausgegeben. Das Kollektiv schreibt dazu:

„Wir wissen: Der Faschismus, der 1933 mit Bücherverbrennungen, Parteienverboten und Ausnahmegesetzen begann, führte schon bald zu millionenfachem Mord und überzog ganz Europa mit seinen Raubfeldzügen.

Sind wir bald wieder so weit, wenn ein Politiker - der Bremer CDU-Fraktionsvorsitzende Neumann - heute ungestraft fordern kann, man solle Gedichte des Schriftstellers Erich Fried verbrennen ? Diese Äußerung ist kein Ausrutscher, sondern Neumann wiederholt sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Und Neumann ist kein Einzelfall.

Da nennt die 'Morgenpost' Fried einen „Verseschmied" und einen „Komitee- und Veranstaltungsprofi", die 'FAZ' schreibt über seine Gedichte, sie „liebäugeln mit dem Mord" - und das alles nur, weil Fried es wagte, zu erwähnen, daß der Terrorismus seine gesellschaftlichen Ursachen in der verschärften Rechtsentwicklung der BRD hat. Wurden damals Bertold Brecht, Heinrich Mann, Alfred Döblin verfolgt, so sind es heute Heinrich Böll, Luise Rinser und Erich Fried, die als „Sympathisanten" und als „Mord- und Sprengstoffliteraten" (Dr. Schneider,CSU) abgestempelt werden.

Gegen Lehrer, die es noch wagen, Gedichte von Fried im Unterricht zu behandeln, werden Untersuchungsverfahren eingeleitet, und Schulsenator Apel fordert dazu auf, „Indoktrinationsversuche" ihm sofort zu melden - notfalls anonym. Die Zeitung druckt gleich die Durchwahltelefonnummer für Denunzianten dick dazu (WELT, 17.11.).

Was ist das für eine Erziehung, wo der Hinweis auf die Nazi-Vergangenheit Schleyers vom Schulsenator als Beschönigung oder Entschuldigung von Mord und Terror diffamiert wird ? Was ist das für eine Erziehung, wo eine Lehrerin, die einen Artikel verteilt, der das „Vergessen" dieser Nazi-Vergangenheit durch die bundesdeutsche Presse kritisiert, durch ein Ermittlungsverfahren wegen „Volksverhetzung" kriminalisiert wird ?

Während Politiker wie Strauß die wahren Terroristen - die chilenischen Mördergenerale - verherrlichen können, wird die Diskussion um die gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus in der BRD kriminalisiert, weil den fortschrittlichen Lehrern die „Schuld" am Terrorismus in die Schuhe geschoben werden soll. Antiautoritäre Erziehung, Konflikttheorie, „Vermiesen" von positiven Vorbildern, Zersetzung von Glaube und Moral - das sind nach Ansicht der Demagogen, die wieder Hochkonjunktur haben, die Ursachen des Terrorismus.

Und da läßt die Abhilfe nicht lange auf sich warten: Der Vorsitzende der rheinischen CDU, Köppler, fordert eine „inhaltliche Neubesinnung" an den Schulen. Wir brauchen wieder Erziehungsanstalten, meint er. Und in Baden-Württemberg bastelt die CDU an einem Gesetz, mit dem der Unterricht der Lehrer besser kontrolliert werden soll."

Die Dokumentensammlung ist für 1 DM zu erhalten über: Karl-Heinz Kuke, Grindelhof 9, 2 Hamburg 13, Tel.: 040 / 410 11 44



STADTRÄTE SEHEN ROT

BERLIN
29. November

Schon fast Routine: Die CDU in Kreuzberg protestierte gegen eine Plakatausstellung von Klaus Staeck im Kreuzberger Bezirksamt. Das Neue vielleicht war: die CDU weigerte sich für die Dauer der Ausstellung an den Sitzungen des Bezirksamtes teilnzunehmen und blieb geschlossen fern (eine neue Methode, die CDU auszuschalten?)

Im CDU-Bezirk Charlottenburg entschied der Volksbildungsrat, daß Peter O. Chotjewitz nicht in bezirklichen Einrichtungen lesen darf (Chotjewitz war zu einer Lesung aus seinem neuen Buch in die Stadtbücherei eingeladen worden und zunächst dann wegen angeblich zu hoher Honorarforderungen wieder ausgeladen worden). Als hinter dieser Absage immer mehr politische Motive vermutet wurden, rückte der CDU-Stadtrat mit seiner Meinung raus: Chotjewitz bekämpfe die freiheitlich demokratische Grundordnung. Anhaltspunkte sollten die Äußerungen von Chotjewitz zum Tod von Holger Meins und Chotjewitz angebliche Nähe zur DKP sein. Radikalenerlaß für Schriftsteller.

In beiden Fällen plusterte sich die SPD über das Verhalten der CDU unheimlich auf und zeigte progressiven Touch, indem sie jetzt wiederum Chotjewitz demonstrativ einlud. In Bezirken, wo die SPD selber die Mehrheit hat, fällt ihr das schon schwerer. SPD-Volksbildungsstadtrat Böhm verbot Lehrern in Neukölln das Tragen der "Atomkraft — Nein danke!"-Plakette. Der Stadtrat beruft sich dabei auf das Landesbeamtengesetz. Inwieweit das Verbot rechtmäßig ist, ist noch unklar. Vom Schulsenat wurde das Verbot als "aus politischen Gründen sehr unglücklich und als unnötige Konfrontation" bezeichnet.

AUFRUF ZUM BÜRGERINITIATIVEN—VERKEHRSKONGRESS

WESTBERLIN
30. November

„Die Bürgerinitiative Westtangente e.V. beabsichtigt, vom 21. - 23. April 1978 einen Bürgerinitiativen-Verkehrskongress durchzuführen, um
- das Problem 'Umweltzerstörung durch Straßenbau' mehr ins öffentliche Bewußtsein zu bringen;
- die Bürgerinitiativen im Verkehrsbereich zusammenzuführen;
- einen Erfahrungsaustausch und persönliches Kennenlernen zu ermöglichen;
- eine Quellen- und Materialsammlung für die Bürgerinitiativenarbeit im Verkehrsbereich aufzubauen.

Es handelt sich dabei um eine längerfristige Aufgabe, die nicht mit dem Verkehrskongress abgeschlossen sein soll, sondern eigentlich dort erst richtig beginnt.
Es sollen Arbeitsgruppen gebildet werden, die Grundinformationen über Verkehr ausarbeiten zu Themen wie:
- Prinzip Verkehrsberuhigung/Grünplanung
- öffentlicher Personennahverkehr
- Fußgänger/Radfahrer
- Auto und Wirtschaftsverkehr
- neue Verkehrsmittel
- Lärm und Luftverschmutzung
- Straßenbau/Stadtplanung

Alle Initiativen, die in diesem Bereich tätig sind oder Interesse und die Einsicht zur überregionalen Zusammenarbeit haben, rufen wir auf, sich bei der BIW zu melden, um die Kongreßunterlagen anzufordern."

Kontaktadresse:
Bürgerinitiative Westtanhente, Cheruskerstr. 10, 1 Berlin 62

Bei Nichtaushandigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushandigung an Absender zuruckschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

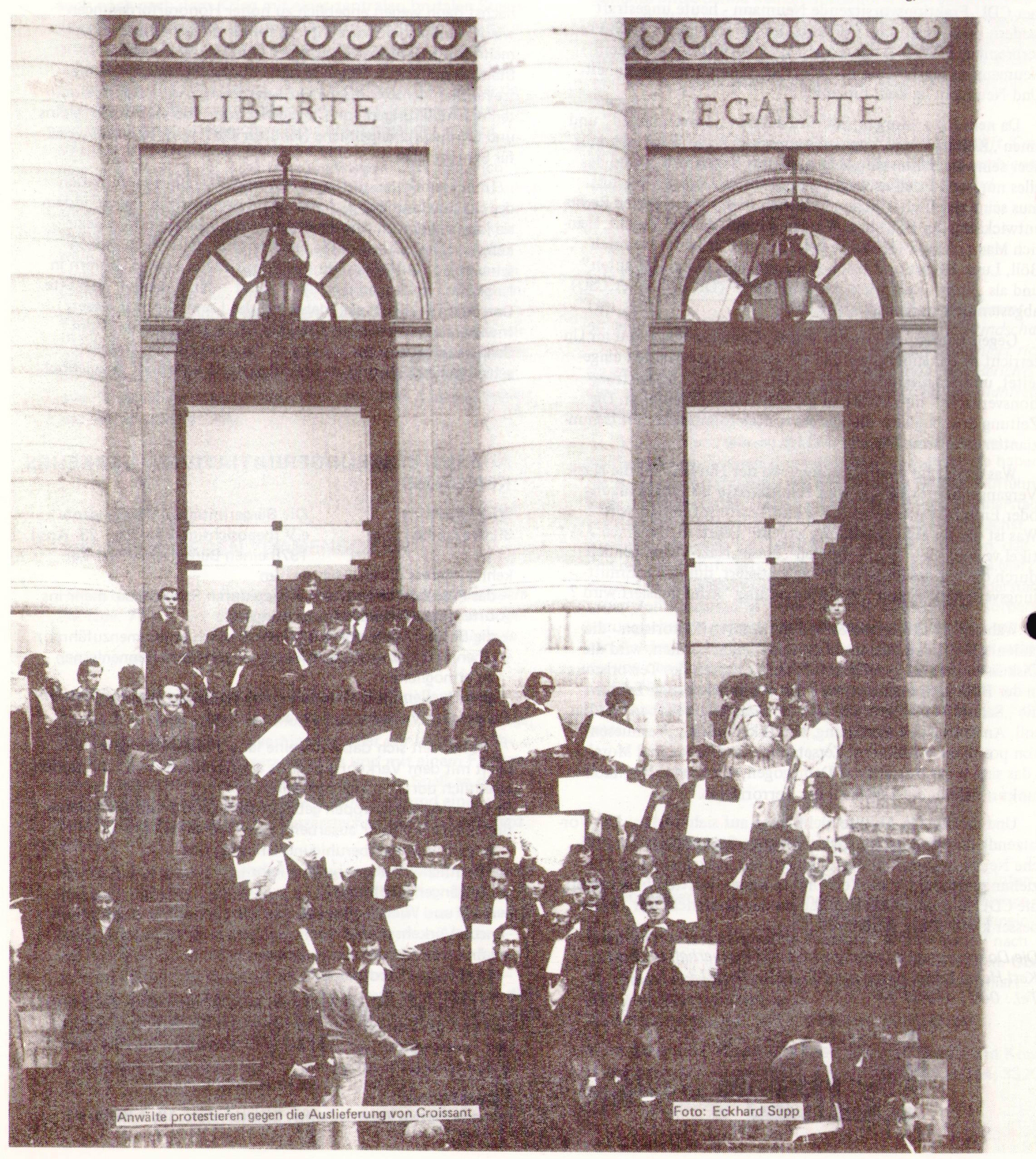
Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare
		3

KOEL

Achtung, liebe Abonenntén!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir; ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Nr. 206

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag, 25.November



Anwälte protestieren gegen die Auslieferung von Croissant

Foto: Eckhard Supp